

Termine:

R 58 - 221

Teil II

Ereignismeldungen UdSSR

Nr. 188 - 195

Justizprüfungsamt?

Ja — nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. Vollmacht Bl.

gegen

wegen

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

Weggelegt

Aufzubewahren

Geschichtlich

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr. 3510

3 P (K) Ar. 9163

BIb 188-195

[illegible]

Ereignismeldungen UdSSR

=====

- 1) Nr. 188 vom 1. 4. 1942 (B Ib - 188-) Bl. 1 - 15
- 2) Nr. 189 vom 3. 4. 1942 (B Ib - 189-) Bl. 16 - 39
- 3) Nr. 190 vom 8. 4. 1942 (B Ib - 190-) Bl. 40 - 74
- 4) Nr. 191 vom 10. 4. 1942 (B Ib - 191-) Bl. 75 - 122
- 5) Nr. 192 vom 14. 4. 1942 (B Ib - 192-) Bl. 123 - 144
- 6) Nr. 193 vom 17. 4. 1942 (B Ib - 193-) Bl. 145 - 162
- 7) Nr. 194 vom 21. 4. 1942 (B Ib - 194-) Bl. 163 - 181
- 8) Nr. 195 vom 24. 4. 1942 (B Ib - 195-) Bl. 182 - 207

BIb - 188 -

1

Der Chef der Sicherheitspolizei
und d.SD

Berlin, den 1. April 1942

- IV A 1 - 1 B/41 gRs. -

Geheimes Reichsgeheim!

65 Ausfertigungen

57 Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 188
=====

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit 1.4.42

Bitte doppelt mitteilen
Merken Höherer - und Polizeiführer Nord (101)
(Jeckeln)

Standort: Riga

Bitte anmitteln Einsatzgruppe A (Jost)

Standort: Krasnogwardeisk

N-Verbindungen: FS Riga, FT Krasnogwardeisk
Feldpost-Nr. 15 119

Bitte nach Frieden-
marken Kommandeur d. Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Estland:
(Dr. Sandberger)

Standort: Reval m. Dienststellen in Narwa,
Dorpat, Kingisepp, Krasnoje-
Selo, Luga und Pleskau

N-Verbindungen: FS Reval, FT Pleskau
Feldpost-Nr. 15 119

Kommandeur d. Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez.Lettland:
(Dr. Lange)

Standort: Riga m. Dienststellen in
Libau, Womar u. Dünaburg
FT. Riga, FS Libau, Wolmar u.
Dünaburg

Feldpost-Nr. 15 447

- 188 -

./.

Kdr. d. Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Litauen:(Jäger)

Standort: Kauen m.Dienststellen in
Wilna u. Schaulen
N-Verbindungen: FT, FS Wilna und Schaulen
Feldpost-Nr. 15 641

Kdr. d. Sipo u.d.SD f.d.Gen. Bez. Weissruthenien:
(Strauch)

Standort: Minsk m.Dienststellen in Wilna
und Baranowitschi
N-Verbindungen: FT und FS Minsk
Feldpost-Nr. 15 641

Stepanow | Höherer - und Pol. Führer Mitte (102) v.d.Bach

Standort: Mogilew

Einsatzgruppe B (Naumann):

Standort: Smolensk
N-Verbindungen: Smolensk, FT
Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über
Vd Smolensk
Feldpost-Nr. 37 857

- 3 -

Sonderkommando 7a (Rapp)

Standort: Klinzy
 N-Verbindungen: FT Klinzy
 Feldpost-Nr. 85 607

Sonderkommando 7b (Ott)

Standort: Brjansk m. Trupp in Orel
 N-Verbindungen: FT Orel
 Feldpost-Nr. 18 535

Einsatzkommando 8 (Richter)

Standort: Mogilew m. Trupp in Borissow,
 Orscha, Gomel u. Bobruisk
 N-Verbindungen: FT Smolensk
 Feldpost-Nr. 37 867

Einsatzkommando 9 (Wiebens)

Standort: Witebsk m. Trupp in Smolensk,
 Nowel, Polozk u. Lepel
 N-Verbindungen: FT Witebsk
 Feldpost-Nr. 37 857

Sonderkommando Moskau

Standort: Roslawl
 N-Verbindungen: FT Roslawl

Höherer - und Polizeiführer Süd (103)-Prützmann-

Standort: Rowne

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez.Kiew (Ehrlinger)

N-Verbindungen: FT Kiew, FS Lemberg, von
 dort Kurier

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez.Nikolajew (Dr.Spann)

Standort: Nikolajew
 N-Verbindungen: FT Nikolajew

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez.Charkow (Dr.Kran-
bitter)

Standort: Charkow
 N-Verbindungen: FT Charkow

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez.Shitomir (Dr.Ratzes-
berger)

Standort: Shitomir
N-Verbindungen: PS Shitomir

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Polhynien (Dr.Pütz)

Standort: Rowno
N-Verbindungen: FT u. PS Rowno

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Dnjeptopetrowsk(Mulde)

Standort: Dnjeptopetrowsk
N-Verbindungen: FT Dnjeptopetrowsk

Einsatzgruppe C (Dr. Thomas)

Standort: Kiew
N-Verbindungen: FT Kiew, P. Lemberg,
von dort Kurier
Feldpost-Nr. 32 704

Sonderkommando 4a (Dr. Weinmann)

Standort: Charkow
N-Verbindungen: FT Charkow
Feldpost-Nr. 32 704

Sonderkommando 4b (Haensch)

Standort: Kramatorskaja m. Grupp in
Shitomir, Rowno, Winnis
N-Verbindungen: FT Gorlowka
Feldpost-Nr. 34 310

Einsatzkommando 6 (Mohr)

Standort: Stalino
N-Verbindungen: FT Stalino
Feldpost-Nr. 35 970

Höherer - und Pol.Führer z.b.V.(Korsemann)

Standort: Rowno.

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)

Standort: Simferopol
N-Verbindungen: F T Simferopol
Feldpost-Nr. 47 540

Sonderkommando 10 a (Seetzen)

Standort: Taganrog m. Trupp in Mariupol
und Melitopol
N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540

Sonderkommando 10 b (Persterer)

Standort: Feodosia m. Trupps in Sudak,
Ismail, Teroku u. Dshankeij
N-Verbindungen: FT. Feodosia
Feldpost-Nr. 47 540

Einsatzkommando 11 b (Dr. Braune)

Standort: Simferopol u. Alushta
Feldpost-Nr. 47 540

Einsatzkommando 12 (Dr. Müller)

Standort: Fedorowka m. Trupp in Pologi,
Biukxas u. Gulja - Pole
N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A:

Standort: Krasnogwardisk.

Estland: 1.) Die Zuerkennung der Selbstverwaltung wird in der estnischen Bevölkerung verschieden besprochen. Es fehlt nicht an Stimmen, die der Meinung sind, dass es sich nur um eine Geste handle, die den Engländern zeigen solle, dass Deutschland den Baltischen Ländern grosszügige Freiheit gewährt.

2.) In der Bevölkerung greift immer mehr die Befürchtung um sich, dass mit Eintreten wärmerer Witterung Epidemien ausbrechen werden. Es wird dabei darauf hingewiesen, dass Estland der Front sehr nahe liegt und dass durch den schlechten Ernährungszustand der Bevölkerung den Krankheits-erregern kein genügender Widerstand entgegengesetzt werden kann.

3.) In estnischen Intelligenzkreisen kursiert ein Gerücht, nach welchem durch Vermittlung des spanischen Staatsführers Franco zwischen Deutschland und England Friedensverhandlungen geführt würden. Deutschland wolle seine Kräfte für den Kampf im Osten frei haben.

4.) Am 21.3. brachte der Finnlandsender in estnischer Sprache einen Aufsatz der "Uusi Suomi" in dem zu dem Erlass des Reichsministers für die Ostgebiete, der die Einführung der Selbstverwaltung in den baltischen Ländern betrifft, Stellung genommen wird. Die Zeitung nennt diesen Erlass beachtenswert und zitiert hierzu Äusserungen deutscher Zeitungen. Durch die Einführung der Selbstverwaltung werde den baltischen Völkern die Möglichkeit gegeben, die Spuren der bolschewistischen Zersetzungen endgültig zu beseitigen.

Einsatzgruppe B:

Standort: Smolensk.

Allgemeines.

Die Angstpsychose vor der Rückkehr der Roten ist in allen Bevölkerungskreisen noch nicht geschwunden. Trotzdem konnte innerhalb der Bevölkerung ein Aufatmen festgestellt werden, da diese der Überzeugung ist, dass mit Beginn der wärmeren Jahreszeit durch eine Offensive der Deutschen der bolschewistische Spuk bald endgültig weggefeht sein wird. Die nachlassenden Fliegerangriffe der Sowjets auf die besetzten Gebiete haben eine Besserung der Stimmung unterstützt und lassen zugleich das Gerücht aufkommen, dass die Bolschewisten sich zurzeit auch auf die endgültige Auseinandersetzung vorbereiten. Mittelpunkt der Tagesgespräche ist die allgemeine Sorge um die Sicherstellung der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die amtlichen Zuteilungen, so wird berichtet, seien zwar ausreichend, aber kämen nicht immer zur Verteilung. In Kreisen der Bevölkerung wird offen davon gesprochen, dass sich in letzter Zeit Übergriffe von Ordnungsdienstangehörigen in Form von Plünderungen ereignet haben und dass selbst die amtlichen Organe wie Bürgermeister verschiedentlich zuerst an sich und ihre Verwandten dächten. Diese Stimmung wird erheblich genährt durch eine geschickte Feindpropaganda in Form von Flugzetteln, Handzetteln und Flüsterpropaganda. Wenn auch diese Propaganda sich nicht so stark mit der Ernährungslage beschäftigt, so verfehlt sie durch nachdrücklichste Drohung und Prophezeiungen über die Rückkehr der Roten Armee nicht ihren Zweck. ./.

So wird im Bezirk Mogilew auch weiterhin über die äusserst schlechte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln geklagt. Lebensmittel sind zwar zur Verteilung vorgesehen, aber in Wirklichkeit bekommt der Arbeiter mit seinen Angehörigen lediglich Brot, Kartoffeln oder andere Nahrungsmittel gibt es tatsächlich nicht. Auch über die Verpflegung der Arbeitenden in den Speisesälen der Fabriken liegen zahlreiche Klagen vor. Das Essen z.B. im Metallkombinat besteht aus einer undefinierbaren Suppe mit gefrorenen schwarzen Kartoffelstücken und ist kaum geniessbar. Die Speisesäle der Stadt verausgaben als Mittagkost ebenfalls fast ungeniessbare Speisen. Selbst die Zusage, verschiedenen Arbeitern des Metallkombinates durch Milchzulagen eine zusätzliche Verpflegung zu garantieren, ist zwar durch Milchlieferung eingehalten, die aber nicht den betreffenden Arbeitern verabreicht, sondern bereits im Büro verteilt worden ist. Dazu kommt noch im Mogilewer-Bezirk die ungerechte Verteilung von Lebensmitteln durch die Bürgermeister an sich selbst, sowie an Freunde, Verwandte und Bekannte. Diese Ungerechtigkeiten müssen zweifellos die Stimmung erheblich gerade in Fabriken beeinflussen.

In Bobruisk ist die Stimmung nach wie vor sehr zurückhaltend. Die Gründe liegen in der schlechten Ernährungslage sowie in der Zunahme der in Umlauf gesetzten Gerüchte. Das Aufflackern der Partisanenbewegung gibt nicht zuletzt den Anlass zur Gerüchtebildung. Im besonderen wird ein energisches Durchgreifen der deutschen militärischen Dienststellen vermisst. Borissow meldet hierzu, dass die Stimmung im Rayon Borissow nicht als ausgesprochen

schlecht zu bezeichnen ist. Abgesehen davon, dass eine Anzahl von Einwohnern noch Angst vor einer möglichen Rückkehr der Roten Armee zeigt, ist die Mehrzahl der Bevölkerung doch bereits anderer Ansicht. Der rege Verkehr entlang der Autobahn verhilft zu der Einsicht, dass in absehbarer Zeit grössere militärische Aktionen bevorstehen und dass daher eine übertriebene Angst falsch am Platze ist. Es gibt allerdings auch andere Kreise, besonders solche, die den Reihen der sogenannten Intelligenz angehören, die lieber Handarbeit leisten und als einfache Arbeiter in den Betrieben tätig sein wollen, als dass sie die ihnen gebührenden Posten mit Verantwortung annehmen wollen. Sie fürchten nämlich dadurch in den Verdacht der Mitarbeit bei deutschen Dienststellen zu kommen. Vereinzelt ruft auch das anbefohlene Arbeitstempo, dem die Russen nicht gewachsen sind, Unwillen hervor. Man bezeichnet dieses Tempo als glatte Übertreibung. Gemachte Versprechungen von deutscher Seite werden abwartend behandelt, ihre Einlösung wird für zweifelhaft gehalten.

Die wiederholten Luftangriffe im vergangenen Monat auf Orscha haben einen starken Eindruck hinterlassen, der bis heute noch nicht verwischt ist.

Die neuerdings verstärkte deutsche Luftabwehr hat zwar der Bevölkerung die Sicherheit wiedergegeben, aber sie nicht davon abhalten können, die Stadt zu verlassen und in den umliegenden Landgemeinden Unterschlupf zu suchen. Gerüchte behaupten, dass die Sowjets wieder äusserst stark seien, und dass daher bald mit ihrer Rückkunft zu rechnen ist. Diese Stadtflucht, die zum Teil ohne jede Anmeldung vor sich

geht, hat zur Folge, dass in der Registrierung der Bevölkerung jede Übersicht fehlt. Auf dem Lande der obengenannten Gebiete ist die Stimmung gleichbleibend gut, lediglich in einigen Orten, in denen sich jetzt vor allem eine verstärkte Partisanentätigkeit bemerkbar macht, ist die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt. Hier hat sich durch Sofortmassnahmen der deutschen Wehrmacht die Stimmung etwas gebessert und vor allem durch das Bekanntwerden der neuen Agrarordnung einen erheblichen Auftrieb erhalten.

Nach wie vor ist in Witebsker Gebiet eine unruhige Stimmung festzustellen. Die Fliiegerangriffe in der Berichtszeit, das Auftreten der Partisanen in der näheren Umgebung haben die Stimmung weiterhin ungünstig beeindruckt. So ist ein Partisanenüberfall auf eine 18 km von Witebsk entfernte Mühle in Masolow an der Strasse nach Gorodok bekanntgeworden. Sämtliche Vorräte, unter anderem mehrere Tonnen Weizenmehl, wurden fortgeschafft. Der Bürgermeister und zwei von deutschen Behörden eingestellte Russen wurden erschossen. Ähnliche Überfälle werden aus Nowka, 40 km nordöstlich von Witebsk gemeldet. In einem anderen Fall wurde 10 km von Witebsk ein Angestellter aus Witebsk samt Pferdeschlitten verschleppt. Diese Vorfälle aus letzter Zeit und die schlechte Ernährungslage sind naturgemäss dazu angetan, die schon stark gedrückte Stimmung der Bevölkerung noch zu verschlechtern.

Die Angst vor einer Rückkehr der Roten hält trotz aller deutschen Sicherungsmassnahmen an. Die Gefahr einer Umzingelung in Witebsk wird befürchtet. Gerüchten zufolge sollen die Bolschewisten die Absicht haben, den Partisanenkrieg wie in Finnland so auch hier in kleineren Gruppen von 15 - 20 Mann zu

führen. Immer wieder hält sich das hartnäckige Gerücht, dass die Deutschen die Bekämpfung der Partisanen zu leicht nehmen und sich über die Folgen des Partisanenkrieges nicht im klaren sind.

Die Stimmung in Lepel ist ähnlich wie in Witebsk. Es ist insofern eine Beruhigung festzustellen, als die seit langem geplante Judenaktion durchgeführt worden und nunmehr nach Ansicht der Bevölkerung die Hauptquelle unwahrer Gerüchte versiegt ist. Die infolge der im vorigen Monat erfolgten Hliegerangriffe der Roten begonnene Landflucht ist abgestoppt und bereits die Rückkehr des grössten Teiles der Flüchtlinge erfolgt.

In Newel ist eine merkliche Besserung der allgemeinen Stimmung und Lage festzustellen. Bedingt durch die anfangs März erfolgte Lockerung der Verkehrssperre für die russische Bevölkerung konnte eine grössere Menge an Lebensmitteln wieder in die Stadt geschafft werden. Lediglich die Tatsache, dass fünf Gemeinden dieses Bezirkes unter direktem Einfluss der Partisanen stehen, lässt die Gefahr kenntlich werden, in der sich das Gebiet um Newel befindet. Trotzdem macht sich auf dem Lande eine immer deutlichere Abkehr vom bolschewistischen Geist bemerkbar.

In Polozk ist die Ansicht der Bevölkerung über die augenblickliche Lage noch sehr schwankend. Bestimmend hierfür ist die Befürchtung, dass sich die Hliegerangriffe bei angeblichem Verstärken der roten Luftwaffe in noch schrecklicherer Form wiederholen könnten. Die Bevölkerung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass mit dem Ende des Winters und mit Beginn der deutschen Operationen die Gefahr einer weiteren Bedrohung von Polozk ausgeschlossen wird und damit eine Befriedung

innerhalb dieses Bezirkes eintritt.

Die in den letzten Wochen verminderte Liegertätigkeit der Bolschewisten im Smolensker Gebiet hat auf die Bevölkerung eine starke beruhigende Wirkung ausgeübt. Die Gerüchte, dass die Partisanen sich konzentrisch den Ein- und Ausfallstrassen von Smolensk nähern und damit eine Beunruhigung des ländlichen Gebietes herbeiführen, hat zum Teil wie ein Schock auf die Bevölkerung gewirkt. Gerüchte sprechen davon, dass die Bolschewiken nach wie vor Smolensk erheblich bedrohen, und dass die wechselseitigen Erfolge im mittleren Frontabschnitt ein Zeichen ungebrochenen Kampfgeistes des Bolschewiken seien. Hinzu kommt noch die schlechte Ernährungslage im Smolensker Gebiet, die zu den verschiedensten Mutmassungen führt. Die Bevölkerung erwartet mit der Auslösung einer neuen deutschen Offensive eine Behebung aller Schwierigkeiten und lässt zugleich ihre Zuversicht zu einem deutschen Siege offenkundig werden.

Über die Stimmung und Lage in den Gebieten von Brjansk, Orel und Kursk liegen neue Meldungen nicht vor, da infolge grösserer Schneeverwehungen Berichte von dort nicht hierher gelangen konnten.

Allgemeine Erscheinungen, die für sämtliche Gebiete und Bezirke zutreffen, sind Schwierigkeiten in der Beschaffung von Brennmateriale, von Haushalts- und anderen Gebrauchsgegenständen. Weiterhin wird auch der Mangel an Genussmitteln wie Tabak und Schnaps als fühlbar empfunden. Die Folge davon ist, dass, wie bereits wiederholt berichtet, der Tauschhandel in diesen Artikeln zu ungeahnter Blüte gestiegen ist. Es wird nur Ware gegen Ware getauscht und somit eine gesunde Waren- und Verbrauchlenkung unterbunden. Der sich hieraus ergebende Schwarz-

handel führt zu einer fast vollkommenen Ausschaltung der Währung und damit zu einer Preissteigerung trotz angeordneten Preisstopps. Gerade diese Marktbewegung macht eine geregelte Versorgung unmöglich, gibt Anlass zu den verschiedensten Gerüchten und beeinflusst stets die allgemeine Stimmung in weitgehendstem Masse ungünstig.

Von den Einsatzgruppen C und D liegen keine Meldungen vor.

III. Reich und besetzte Gebiete:

Der Kdr. d. Sipo u.d.SD in der Untersteiermark
meldet:

Am 29.3.42 um 23.30 Uhr wurde in Loschinzen Gemd. Woellan, Kreis Cillider, Nachtwächter Michael S a b o s c h e k , der bei den staatlichen Aluminiumwerken in Loschinzen beschäftigt ist, von 4 kommunistischen Banditen umstellt, die mit Gewehren und Pistolen bewaffnet waren. Einer der Banditen setzte dem Manne die Pistole an die Brust und verlangte die Herausgabe der Schlüssel zur Aluminiumbaracke. Die Banditen fragten weiter nach dem Sprengstoffmagazin. Der Nachtwächter machte jedoch darüber falsche Angaben und hat dadurch den Diebstahl einer dort lagernden grösseren Menge Sprengmittel verhindert. Die Banditen erbrachen sodann eine Kanzleitür und zündeten die im Raume lagernden Schriften an, wodurch die ungefähr 25 mtr. lange Baracke völlig eingeäschert wurde. Desgleichen wurde auch eine kleinere Baracke in Brand gesteckt, in der sich ein Kompressor befand. Auch diese Baracke verbrannte vollständig. Der Kompressor wurde gänzlich unbrauchbar. Der Gesamtschaden beläuft sich auf ungefähr RM 25.000.-- .

- 201 -

./.

Der Kdr. d. Sipo u.d.SL in Veldes meldet:

Am 27.3.42 fand im Bezirk Laak ein Grosseinsatz der Sipo und Schutzpolizei gegen eine kommunistische Bande statt, die in letzter Zeit mehrere Raub und Mordüberfälle verübt hat. Im Verlaufe des Kampfes wurde die gesamte Bande, insgesamt 19 Mann, vernichtet. Auf Seite der Schutzpolizei waren ebenfalls 8 Tote und 9 Verletzte.

In der Nacht zum 28.3. wurde in der Nähe von Stein ein slovenischer Bauer ermordet, der kürzlich der Gendarmerie Angaben über den Aufenthalt einer Bande gemacht hatte. Diese Bande war etwa 14 Tage bei den Besitzern einer Ortschaft, die sehr abgelegen ist und in der auch der Erschossene wohnte, einquartiert, ohne dass jemand eine Meldung machte. Der Ermordete machte erst dann seine Angaben, als die Bande bereits wieder abgezogen war. Vergeltungsmassnahmen gegen das ganze Dorf sind bereits eingeleitet. Ein weiterer Mord wurde von Banditen in der Nähe der Ortschaft Daplach verübt, wo ebenfalls ein slov. Besitzer ermordet wurde. Auch hier wurden Vergeltungsmassnahmen eingeleitet.

---.---.---

BIb- 189-

16

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 3. April 1942.

-IV A 1 - 1 B/41 gRs. -



65 Ausfertigungen

57 Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 189
=====

Zeit: 3.4.1942

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit Ereignismeldung Nr. 188 vom 1. April 1942
gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen
sind unverändert geblieben.

-203-

./.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A:

Standort: Krasnogwardelsk.

Die Lage im Ingermanland.
=====

Im Gegensatz zu den ländlichen Bezirken Südwestingermanlands ist die Stimmung in den Städten und im nordöstlichen Teil schlecht, bedingt durch die immer trostloser sich gestaltende Ernährungslage. Die Bevölkerung zeigt den bekannten russischen Fatalismus und gibt zersetzenden Gerüchten einen guten Nährboden.

Die Anwerbung von Arbeitskräften für das Reich, die in mehreren Teilen Ingermanlands begonnen hat, stösst auf eine starke Gegenpropaganda, die von Verschleppung in Sklaverei, mangelhaftester Verpflegung und Unterbringung in Deutschland usw. spricht. Ein weiterer stimmungsdrückender Faktor ist in den ständig steigenden Preisen zu sehen. Wer sich zusätzliche Lebensmittel beschaffen will, steht Preisen gegenüber, die ohne jegliches Verhältnis zu den Löhnen sind: 1 kg Butter kostet im Schleichhandel 200 bis 250 Rubel, das sind 20 bis 26 Arbeitstage für den Durchschnittsarbeiter. Die amtlichen Festpreise werden nicht beachtet, und die Bevölkerung neigt dazu, die Schuld an diesen ungeregelten Verhältnissen den deutschen Behörden zuzuschieben. Ein ähnliches Absinken des Vertrauens zu den deutschen Stellen ist wie in den Städten auch im nordöstlichen Ingermanland zu beobachten. Dort zeigen sich auch ausgesprochen national russische Kreise immer zugänglicher der bolschewistischen Zersetzungspropa-

ganda. Andererseits ist im Gebiet um Pleskau ein Abklingen der bolschewistischen Einflüsse festzustellen, da sich die in den letzten Monaten verbreiteten Gerüchte über Rückkehr der Roten Armee nicht bewahrheitet haben. Eine nachhaltigere Wirkung dieser Propaganda zeigt sich nur bei der jüngeren Generation.

Bisher sind rd. 2 000 Personen deutschen Volkstums über Riga ins Altreich umgesiedelt worden. Im Raum der 16. Armee sind die entsprechenden Evakuierungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen.

In Pleskau meldeten sich 133 Personen auf den Aufruf zur Registrierung Deutschstämmiger hin, hauptsächlich getrieben durch Hoffnung auf finanzielle Unterstützung. Ein Drittel hatte deutsche Eltern, ein weiteres Drittel nur einen deutschen Vater, ein Sechstel eine deutsche Mutter. Die Verheirateten hatten meist russische Ehegatten. An Kindern wurden 66 im Alter bis 16 Jahren gemeldet. Die Hälfte der erfaßten Personen ist über 60 Jahre alt, etwa vier Fünftel Frauen. Etwa ein Drittel gibt an, daß die Vorfahren direkt aus dem Altreich nach Pleskau eingewandert sind, der Rest entstammt Familien aus dem Baltikum.

Die Gesamtzahl der bisher evakuierten Flüchtlinge beläuft sich schätzungsweise auf rd. 70 000 Personen.

Eine lagermässige Unterbringung kann in den meisten Fällen nicht vorgenommen werden. Bei den Flüchtlingen handelt es sich zumeist um arbeits-einsatzfähige Frauen, ältere Personen männlichen Geschlechts und Kinder. Männer zwischen 20 und 45 Jahren sind verhältnismäßig wenig vorhanden,

da sie fast ausnahmslos mobilisiert sind. Im allgemeinen ist die Lage der Flüchtlinge katastrophal. In allen Bezirken sind die Saatgutverräte aufgezehrt.

Der grösste Teil der Flüchtlinge eignet sich für die Landarbeit. Es ist zu erwarten, daß 25 - 30 000 Personen sofort einsatzfähig sind, davon höchstens 4 000 Männer. Facharbeiterberufe sind nur geringfügig vorhanden.

Im Rahmen der Landarbeiterumsiedlung sind z.Zt. 1 500 Personen abtransportbereit, die in Krasnogwardeisk zusammengezogen werden. Der erste Transportzug mit 700 Personen sollte am 22.2. über Pleskau nach Danzig abrollen. Infolge militärischer Dispositionen war jedoch ein Beginn des Abtransportes noch nicht möglich.

Drei Anwerbekommissionen setzen ihre Tätigkeit in den Gebieten Samrasee, Krasnogwardeisk und Opotschka fort. Es wird damit gerechnet, daß aus dem Petersburger Gebiet ungefähr ab 10.3.42 laufend abtransportiert wird, soweit Leerzüge zur Verfügung stehen.

Nach den bisher gemachten Feststellungen handelt es sich rassisch überwiegend um Westslawen, wie sie auch in den östlichen Randgebieten des Reiches anzutreffen sind. Menschen mit gutmütiger Natur, die am zweckmässigsten mit freundlicher Energie und nicht mit dem Knüppel zu regieren sind. Deutsche Arbeitsleistungen können aber nur allmählich von ihnen erwartet werden. Durchschnittlich sind die Männer weniger arbeitsfreudig als die Frauen. Fast alle Personen haben sich freiwillig zur Arbeitsaufnahme ins Reich gemeldet.

Seitens des Reichskommissars ist unlängst gebeten worden, 15 000 Flüchtlinge für Lettland und weitere 25 000 als landwirtschaftliche Helfer nach Estland zu verbringen, da die Landwirtschaft in diesen beiden Ländern ohne zusätzliche fremde Hilfe ihre Aufgaben im Rahmen der Erzeugungsschlacht nicht erfüllen könnte. Vom Ostministerium wurde aber dieser Einsatz von russischen Flüchtlingen für unzweckmässig gehalten und abgelehnt.

Nach einem nunmehr zweimonatigen Kampf gegen den Flecktyphus ist festzustellen, daß trotz der schweren materiellen Lage der Bevölkerung keine bedeutende Vermehrung der Erkrankungsfälle seit dem Höchststand gegen Ende Februar eingetreten ist. Die Krise scheint endgültig überwunden zu sein, und die noch herrschende Epidemie kann somit zu einer der leichten gezählt werden. Da zur Bekämpfung des Fleckfiebers von vornherein die notwendigsten Voraussetzungen fehlten, können die bisherigen Ergebnisse als ausgesprochen günstig bezeichnet werden.

Andere Infektionskrankheiten sind z.Zt. selten. Allerdings wird in russischen Ärztekreisen zu Beginn des Frühjahrs mit dem Ausbruch einer Dysentherieseeuche gerechnet.

Von deutscher Seite beschränkt sich die propagandistische Bearbeitung der Bevölkerung auf die in sehr bescheidenem Umfang erscheinenden russischen Zeitungen sowie in den Landbezirken auf die periodisch abgehaltenen Bauernversammlungen. Rundfunksendungen werden mit Ausnahme der Stadt Pleskau kaum gehört, da die entsprechenden Geräte fehlen. Im Grossen gesehen fehlt es der deutschen Propaganda an der erforderlichen Schwungkraft und sie ist nach Aussage der wohl-

wellenden russischen Kreise zum Teil ungeschickt aufgezogen und nicht schlagkräftig genug. Ausserdem trägt sie der russischen Mentalität zu wenig Rechnung.

Eine aus dem üblichen Rahmen fallende Propagandatätigkeit wird in Verbindung mit der neuen Agrarreform in der nächsten Zeit anlaufen.

Im Hinblick auf die kommende Frühjahrsbestellung liegt der Zeitpunkt der Einführung der neuen Agrarverordnung, die seit 8.3.42 in allen Dorfgemeinschaften durchgeführt wird, stimmungsmässig sehr vorteilhaft.

Die Saatgutversorgung, welche am Anfang des Jahres noch als gesichert angesehen werden konnte, hat sich inzwischen ausserordentlich kritisch gestaltet, nachdem ein Teil der als stille Reserven eingelagerten Sommerkornsaaten der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden musste. Die eigenmächtigen Eingriffe der Truppe in die Saatbestände der Bauern lassen sich z.Zt. noch nicht überblicken. Infolgedessen müssen erhebliche Mengen an Leinsaat, welche für den Abtransport ins Reich bestimmt waren, zurückgehalten werden und überall da zur Aussaat gelangen, wo sich andere Saaten nicht beschaffen lassen. Nach einer vorläufigen Schätzung fehlen z.Zt. Saaten für ein Gebiet von 100 000 ha.

Für das Frühjahr ist von der Truppe eine Pferde-Musterung zu erwarten, die die jetzt schon erheblichen Schwierigkeiten noch vergrössern dürfte. Die sehr starke winterliche Beanspruchung der Tiere hat einen grossen Verschleiss und damit verbunden eine Herabsetzung der Arbeitsleistung herbeigeführt. Seitens des Wiko wird der Umbau von Traktoren auf Holzgasgeneratorenbetrieb mit

22

Hochdruck fortgesetzt. So wurden unlängst noch 92 russische und 65 lettische Fachkräfte an den MTS eingesetzt. Die Umschulung zahlreicher Arbeiter und Traktoristen auf Holzgasbetrieb ist im Gange.

Die industrielle Lage ist stets zweitrangig gewesen. Vorherrschend sind z.Zt. die Flachsfabriken (grösstes geschlossenes Flachsanbaugebiet Europas), die aber fast ausnahmslos in einem derartig verkommenen Zustand übernommen wurden, daß die derzeitige Verarbeitungsproduktion durch die häufigen Reparaturen ständig ins Stokken gerät. Es mangelt in jeder Hinsicht an den notwendigsten Maschinenersatzteilen und sonstigen Materialien.

Die Anspannung der gesamten Verkehrslage blieb weiterhin bestehen und hat sich gegen Ende des Monats durch starke Schneefälle im östlichen Gebiet weiter erhöht. Die Rollbahnen sind nach wie vor befahrbar und werden ständig durch grössere Baukolonnen in guter Verfassung gehalten.

Der Ausfall an Fahrzeugen ist sehr bedeutend; die Reparaturen halten mit dem Ausfall nicht Schritt. Zur weiteren Einschränkung des Straßenverkehrs führt der Treibstoffmangel.

Die Planungen für die grosse neue Nord-Süd-Verbindung, die Petersburg mit der Krim verbinden soll und über Pleskau-Witebsk-Kiew führt, stehen vor ihrem Abschluss. Die Arbeitsaufnahme soll in den Frühjahrsmonaten bereits an mehreren Abschnitten gleichzeitig beginnen.

Durch die starke Kälte bis zu 45 Grad konnte der gesamte Eisenbahnverkehr nur mit den grössten Anstrengungen aufrechterhalten werden. Der Mangel an geeigneten und fahrbereiten Lokomotiven macht sich immer stärker fühlbar.

Das Vordringen der Roten Armee im Raume südlich des Ilmensees und der gelungene Durchbruch über die Rollbahn Nowgorod-Tschudow hat die Partisanentätigkeit im ganzen Gebiet stark aufleben lassen. Als Hauptzentren sind z.Zt. die Gebiete um Cholm, das Quellgebiet der Welikaja, Luga und Orjedsh anzusehen. Von den beteiligten deutschen Dienststellen sind umfangreiche Gegenmaßnahmen ergriffen worden. So wurden im Raum um Luga zwei der aktivsten Partisanenbänden unter Führung von Panow und Lukin beinahe restlos aufgerieben.

Über die Anzahl der vorhandenen Juden liegen z.Zt. keine Zahlen vor. Im allgemeinen dürfte es sich nur noch um vereinzelt siedelnde Juden handeln, die den bisherigen Erfassungen entgehen konnten.

Der Pleskauer Bezirk bis einschl. Porchow sowie Luga und Krassnoje Selo sind judenfrei.

Die nationalrussische Strömung innerhalb der Bevölkerung, die noch gegen Ende des vergangenen Jahres in Diskussionen auftauchte und vertreten wurde, ist in letzter Zeit nicht mehr wahrnehmbar gewesen. Die seinerzeitigen Vermutungen, daß sich schon eine unbekannte feste nationalrussische Organisation gebildet habe, konnten bisher durch keinerlei Anhaltspunkte gerechtfertigt werden.

Auch sind die Nivellierungsmaßnahmen der bolschewistischen Regierung so gründlich erfolgt, daß sich heute nur noch vereinzelte Angehörige der sogenannten russischen Intelligenz für diesen Gedanken einsetzen würden, wogegen die breite Masse für derartige Ideen überhaupt nicht mehr empfänglich ist. In der Masse steht nur der alltägliche Existenzkampf, der jede Zukunftsgestaltung, ob so oder so, als nebensächlich erscheinen läßt, im Vordergrund.

Aus Weißruthenien:

Im Verlaufe der Aktion gegen die Partisanenbewegung in Weissruthenien konnten bisher 163 Personen festgenommen werden. An Waffen wurden sichergestellt:

8 Pistolen,
60 Handgranaten,
2 MG's,
20 Karabiner und etwa
200 Schuss Munition.

Bisherige Ermittlungen haben folgendes ergeben:

Der Chef der Partisanenbewegung Minsk hatte einen Stab aufgestellt, der aus 10 Abteilungen bestand, deren Leiter durchweg Offiziere oder Verwaltungsbeamte der Roten Armee waren. Es gelang, den Chef der sowjetischen Partisanenbewegung Minsk, R o k o w , und zahlreiche andere führende Persönlichkeiten festzunehmen. Der Stab hatte sich die Aufgabe gestellt, den deutschen Generalkommissar zu vergiften, Brunnen- und Wasseranlagen in Minsk zu verseuchen und militärische Objekte auszuspähen. Mehrere Bakterienkulturen konnten sichergestellt werden. Ausspähungen militärischer Objekte waren bereits weit fortgeschritten. Im Gebäude der Sicherheitspolizei Minsk war ein jüdischer Heizer, im Gebäude des Gen.Komm. zwei jüdische Heizer und ein Bedienungsmädchen beschäftigt, die für die Partisanen arbeiteten. Auch zu anderen Dienststellen bestanden gute Verbindungen.

Unter dem Stabe arbeiteten 9 z.T. sehr gut organisierte Partisanengruppen. 3 Gruppen liegen in dem Waldgebiet Anuschkewitschi im Rayon Lahoisk. Ihre Gesamtstärke beträgt 2 - 300 Mann. Eine weitere Gruppe von 400 Mann hat ihren

Standort in Rudensk. Die übrigen Gruppen sind unbedeutend.

Neben der Partisanenabteilung steht in Minsk noch die Partei, die eine gewisse Aufsicht führt. Der Organisator des Parteiapparates, der grusinische Jude Mustafa D e l i k u r d g l y , konnte festgenommen werden. Die Leitung der Partei lag in den Händen eines 7-köpfigen Komitees. Eine illegale Gruppe von 60 Ghettojuden finanzierte die Parteiarbeit, beschaffte Waffen und verstärkte die Partisanengruppe laufend. 60 - 80 Juden wurden aus dem Ghetto den Partisanen zugeführt. In der Wohnung des Juden D e l i k u r d g l y wurden mehrere Empfangsgeräte, ausserdem Verbandsstoffe und Medikamente sichergestellt. Weiter wurde eine tadellos eingearbeitete Druckerei ausgehoben und 8 Schreibmaschinen beschlagnahmt.

Einsatzgruppe B:Standort: S m o l e n s kDeutsche Propaganda.

Übereinstimmend wird aus den Gebieten des Bereiches eine unzulängliche deutsche Propaganda gemeldet. Im Gegensatz zu der intensiven Feindpropaganda, der jeder Weg und jedes Mittel recht ist, beschäftigt sich nach Ansicht der einheimischen Bevölkerung die deutsche Propaganda zu wenig mit dem russischen Menschen. Es wird der Stadtpunkt vertreten, dass durch eine wirksame deutsche Propaganda und damit Aufklärung der einheimischen Bevölkerung vor allem über den Stand der Kriegssereignisse die Stimmung der Bevölkerung sich nicht unwesentlich zu Gunsten der Deutschen heben würde. Die Verbreitung wirksamer Maueranschläge, Übertragungen von Nachrichten, Verteilung von Flugzetteln, Filmvorführungen usw. erscheinen hier für die Propagandaführung unerlässlich und von grösster Bedeutung. Der bisherige Aushang von Plakaten war bis auf Ausnahmen unwirksam. Dadurch, dass verschiedene Stellen ohne vorherige gegenseitige Unterrichtung Maueranschläge anbrachten, entstand innerhalb der einheimischen Bevölkerung ein unklares Bild über das wirkliche Vorhaben der deutschen Behörden. So konnte festgestellt werden, dass die neue Agrar-Ordnung in Roslawl weder durch die russischen Zeitungen, noch durch Propagandamaterial bekannt geworden ist. Lediglich die Ankündigung, eine Besprechung stattfinden zu lassen, auf welcher die nähere Durchführung beraten wird, und dass beabsichtigt ist, in der nächsten Ausgabe der örtlichen Presse gegen Mitte März den Erlass zu veröffentlichen, brachte der Bevölkerung gerüchtweise Kenntnis von der Agrar-Ordnung.

Es scheint unumgänglich notwendig, die einheimische Landbevölkerung mehr als bisher auf weitere in nächster Zeit zu erwartende einschneidenden Massnahmen, wie z.B. geringere Brotzuteilung, Abzug von Vieh usw., vorzubereiten und entsprechend aufzuklären.

Die durchgeführte Propagandaaktion im Gebiet von Mogilew mit einem kurzen Ausgang ~~aus~~ der Rede des Führers vom 30.1.42, Bilder und Karten von der Front mit Wehrmachtsberichten und Aufstellen von öffentlichen Lautsprechern auf Strassen und Plätzen zeigten, dass die russische Bevölkerung das Geschehen mit Interesse verfolgt. Es gehört zum russischen Wesen, dass die Bevölkerung genau wissen will, wie es mit ihr steht und was sich um sie tut.

Auswirkungen der neuen Agrar-Ordnung.

Über die Aufnahme der neuen Agrar-Ordnung, die in den ersten Märztagen der russischen bäuerlichen Bevölkerung mittels Flugblätter, durch Anschlag, durch die Presse oder in mündlichen Bekanntgaben seitens der Bürgermeister zur Kenntnis gegeben wurde, liegen nunmehr eine Anzahl Stimmen vor. Sie ermöglichen ein Bild, welche Vor- und Nachteile sich der russische Bauer von der praktischen Durchführung der Verordnung verspricht und welche künftigen Erwartungen er noch an sie zu stellen hat.

Erstmalig fühlt sich der russische Bauer durch den Erlass persönlich angesprochen. Obwohl man ihm seiner Meinung nach keine goldenen Berge verspricht, fühlt er sich aus der Unsicherheit erlöst, in die ihn bisher umlaufende Gerüchte und eigene Vermutungen gebracht haben. Er sieht Klarheit und etwas Entscheidendes vor Augen. Sein Betätigungsdrang hat

damit einen Ansporn erhalten. Der Bauer empfindet, dass ihm hiermit etwas Greifbares in die Hand gegeben wird.

Die Agrar-Ordnung hat daher im ersten Augenblick überall einen guten Eindruck hinterlassen und spontane Freude und Begeisterung entfacht. Dies führte beispielsweise soweit, dass bei der Verteilung der Hausparzellen in Starodub von Dorfältesten ein reudentanz aufgeführt wurde, und dass anlässlich einer Versammlung in Mogilew, in der den Bauern die Agrar-Ordnung bekanntgegeben wurde, der Rayon-Bürgermeister in seiner Dankansprache ein Hoch auf den Führer ausbrachte. Durch Anordnung der Militärdienststellen sind in den einzelnen Bezirken propagandistische Vorbereitungen getroffen worden, um jeweils in einem festlichen Rahmen den Bauern die bevorstehende Rückgabe ihres Grund und Bodens bekanntzugeben. Eine einheitliche Anweisung an die Kreislandwirte gewährleistet zugleich die gleichmässige Behandlung aller Fragen, die im Zusammenhang mit der neuen Agrar-Ordnung stehen. Die einberufenen Versammlungen waren durchweg gut besucht und fanden bei den Bauern starkes Interesse.

Da zu dieser Agrar-Ordnung vorläufig noch nähere Ausführungsbestimmungen fehlen, sind andererseits bei den Bauern gewisse Bedenken aufgekommen. Die Erfahrungen, die der russische Bauer seit der Zeit seiner Leibeigenschaft und unter dem Sowjet-Regime gemacht hat, haben ihn allen Versprechungen gegenüber misstrauisch gemacht. So sehr er die Abschaffung des Kolchossystems begrüsst, wirkt dennoch die bevorstehende Einführung der Geminwirtschaft noch nicht überzeugend. Die neue Verordnung ist für ihn nicht in allen Punkten klar. Verschiedene Stimmen lassen erkennen,

dass nach Ansicht gewisser Bauernkreise alles beim Alten bleibt, dass die frühere Kolchosa jetzt Gemeinwirtschaft heisst, also nur "ein altes Gebilde mit einem neuen Schild". Wenn die Bauern auch zum grossen Teil begreifen, dass die Gemeinwirtschaft nur der erste Schritt zur endgültigen Regelung der Landfrage ist, so ist ihnen das ganze Kolchossystem derartig verhasst, dass sie verständlicherweise die "Gemeinwirtschaft" innerlich ablehnen. Die Landbau-Genossenschaft erfreut sich nach den Aussagen der Bauern dagegen grösseren Zuspruchs, da sie begreifen, dass nicht jeder Bauer sofort eine Einzelwirtschaft betreiben kann. So interessieren die Bauern in der Zusammenarbeit in der Gemeinwirtschaft die Fragen: "Wer muss Saatgut geben, wer besorgt Arbeitsvieh und Gespanne, wer muss landwirtschaftliche Geräte besorgen bzw. sie instandhalten, wie geht die Ernte-Verteilung vor sich und wie gross wird die Naturaliensteuer sein?" Es bleibt daher das Bestreben der Bauern, unter allen Umständen in den Besitz von Grund und Boden zu kommen, um dadurch für sich und seine Familie und darüber hinaus durch seinen Fleiss für die Bevölkerung zu sorgen.

Eine weitere Unsicherheit sieht der Bauer daher in den Punkten der Verordnung, in denen gesagt wird, dass die Bauern das Recht auf eigenen Boden erhalten werden, wenn sie fleissig sind, den Bestimmungen der deutschen Behörden nachkommen und wenn sie politisch zuverlässig sind. Durch diesen Passus in der Verordnung fühlt der Bauer, dass er wohl das Land in seiner Nutzung hat, aber doch nicht Eigentümer des Bodens sein wird. Angesichts der Tatsache, dass es mit dem Saatgut, den landwirtschaftlichen Geräten, Arbeitspferden und Arbeitskräften sehr schlecht bestellt

ist, sind die meisten russischen Agronomen der Auffassung, dass die ganze landwirtschaftliche Aktion in diesem Jahre von weit grösserem Erfolg wäre, wenn man den Bauern weitnöglichst entgegenkommt und die Bestimmungen der Agrarordnung aufs grosszügigste auslegt und anwendet. Der vorhandene Mangel an Pferden und das Fehlen landwirtschaftlicher Maschinen macht es zur Notwendigkeit, dass die Privatinitiative in den Vordergrund gestellt werden muss. Die augenblicklichen Kriegshandlungen und die damit verbundenen Aushebungen von Pferden haben den Pferdebestand zumindest um 50 % reduziert, so dass eine Frühjahrsbestellung nach dem System der Genossenschaft geradezu unmöglich erscheint. Dagegen wird die Meinung vertreten, dass bei Aufteilung der Kolchosen die Bauern bestrebt sein werden, von morgens bis spät abends auf dem Lande zu arbeiten, um die Frühjahrsbestellung zu sichern. Wenn die Bauern schon in diesen Wochen die Feldstreifen zur persönlichen Bestellung erhalten, werden sie schon irgendwie Saatgut aufbringen, selbst wenn sie dadurch eine Zeitlang gezwungen sind zu hungern.

Die russischen Landwirte sind der Meinung, dass die persönliche Initiative der Bauern ein Faktor ist, der nicht unterschätzt werden darf. Wird der Bauer an seiner Arbeit unmittelbar interessiert, so wird er mit Bestimmtheit auch eine erhöhte Leistung und Arbeitsfreude zeigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass verschiedene Bauern und gerade die unsichtigeren seit den vorigen Herbst Vorkehrungen für die Inbetriebnahme einer Einzelwirtschaft getroffen haben. Es war ihnen möglich, im vergangenen Herbst von ihren Produkten mehr zurückzubehalten, als dies früher der Fall war, und es besteht durchaus die Annahme, dass bei Förderung der Privatinitiative manches aus den Ver-

stecken geholt wird, das der Bauer nicht in einen allgemeinen Topf werfen will.

Auch in Bezug auf die Landgenossenschaften besteht in den Dörfern, die erfasst werden konnten, die Hoffnung, dass die Landbau-Genossenschaft nicht unbedingt alle Wirtschaften eines Dorfes umfassen muss, sondern dass die Erlaubnis zur Bildung von Landbau-Genossenschaften mit einer kleineren Zahl von Bauernhöfen erteilt wird. Hierfür spricht, dass aus persönlichen und wirtschaftlichen Gründen ein Zusammenlegen von Einzelwirtschaften einen entscheidend grösseren Erfolg ergeben.

Infolge der Umlage und durch die Entnahme von Getreide aller Art durch die jetzt eingesetzten Kampfgruppen sind die Saatgutvorräte stark gelichtet. Die in den Kolchosen vorrätigen Saatgutbestände reichen nach Ansicht deutscher und russischer Stellen nicht aus, um die Frühjahrsbestellung durchzuführen. Die Bauern haben aus ihrer eigenen Ernte, dem Deputatlohn und schliesslich auf unrechtmässige Weise erworbenes Saatgut greifbar, womit eine Ergänzung der zur Verfügung stehenden Vorräte herbeigeführt werden könnte. Dabei ist festzustellen, dass die Ertragshöhe auf den Kolchosen nicht nur zurückgegangen, sondern auch die Aussaatmengen immer geringer gewählt sind, weil das Saatgut für andere Zwecke verwendet wurde. Somit dürfte die Zuteilung der Flächen an den Bauern eine normale Aussaat stärken und wahrscheinlich auch eine bessere Bearbeitung schon in diesem Jahre gewährleisten. Die Privatinitiative wird sich so gegenüber dem Kollektiv überlegen zeigen, weil grössere Flächen im Herbst

nicht gepflügt wurden und eine frühzeitige und vermehrte Arbeit im Frühjahr eine grössere Sicherheit auf Erfolg verspricht als die Gemeinwirtschaft.

Der Viehbestand hat in letzter Zeit durch die Eingriffe der Vi-Dienststellen ausserordentlich abgenommen, so dass zum nächsten Jahr die Fleischversorgung gefährdet erscheint. Auch hier würde bei erheblicher Landzuteilung bedeutend mehr Vieh gehalten, vor allem Schweine und Schafe, die schnell ins Fleisch wachsen. Die Ansicht der Bauern geht in diesem Falle dahin, dass sein persönliches Interesse im Vordergrund stehen muss. Verschiedene Gebiete haben bereits seit längerer Zeit die Frühjahrsbestellung vorbereitet und dementsprechend organisatorisch ihre Planung vorgenommen. Dies war z.B. der Fall im Gebiete von Orscha, wo kaum Schwierigkeiten zu erwarten waren und nun durch die Aushebung von 1500 Pferden die Frühjahrsbestellung in Frage gestellt worden ist.

Bei allen oben erwähnten Schwierigkeiten, die evtl. bei Durchführung der Agrar-Ordnung sich noch ergeben könnten, muss jedoch, wie anfangs gesagt, die grundsätzliche Bereitwilligkeit der russischen Bauern am Wiederaufbau seines Landes, im besonderen seine bereits offenkundig gezeigte Zustimmung zur Agrar-Ordnung, inner wieder hervorgehoben werden. Hier ergibt sich nun für die zuständigen deutschen Behörden eine grosse Möglichkeit, alle Register einer gründlichen und auf alle Fragen eingehenden Propagandatätigkeit zu ziehen. Es muss unter allen Umständen erreicht werden, die Agrar-Ordnung den Bauern so schmackhaft zu machen, dass mit ihr der russische Bauer gewonnen und eine Steigerung seiner Arbeitsleistung erzielt wird.

Ernährungslage.

Die Lage auf dem Gebiete der Volksernährung ist, wie aus allen Berichten übereinstimmend ersichtlich, unzulänglich bzw. schlecht. Die Bevölkerung der Städte Magilew, Orscha, Smol, Bobruisk und Borissow erhält trotz der antlich festgesetzten Lebensmittel-mengen bis auf kleine Ausnahmen nur eine Brotzuteilung, während andere Nahrungsmittel nicht zur Verfügung stehen. Wie bereits erwähnt, ist auch die Essenausgabe in den verschiedenen Fabriken und in den öffentlichen Speisesälen nicht ausreichend. Vingen meldet Vitebsk, dass die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung nunmehr bis Ende Mai voraussichtlich gesichert ist. Eine durchgeführte Aktion der Stadtverwaltung hat mit Unterstützung des weissruthenischen Selbsthilfewerks in Minsk einen ansprechenden Erfolg gezeitigt. Es wurden aus dem Gebiete der Zivilverwaltung 50 Tonnen Getreide eingebracht. Die Abholung dieser Mengen wird durch die Stadtverwaltung demnächst durchgeführt. Die bestehende Reserve an Kartoffeln hat sich von 300.000 kg auf 500.000 kg erhöht, so dass hier ein Ausgleich für den Wegfall der Zuweisung an Pilsenerfrüchten geschaffen ist. Das gleichzeitige Absinken der Bevölkerungszahl in Vitebsk bis Ende Februar auf 38.006 Einwohner, hervorgerufen durch Flucht nach Fliegerangriffen und Abwanderung infolge mangelnder Versorgung der nichtarbeitenden Bevölkerung, hat ebenfalls eine Entspannung der allgemeinen Ernährung mit sich gebracht.

Die Ernährung der Bevölkerung in Lepel ist, im Gegensatz zu der Landbevölkerung dieses Bezirkes, die noch genügend Lebensmittel versteckt hält und deshalb ohne Schwierigkeiten bis zur nächsten Ernte

durchhalten wird, nach wie vor unmöglich.
Arbeits- und Sozialwesen.

Die Arbeitsvermittlung von russischen Arbeitern in das Reich wird fortgesetzt. Die Arbeit der Kommissionen der zuständigen Arbeitsämter ist, wie bisher ersichtlich, durchaus erfolgreich. Mitten in der Kriegszeit und Umgebung meldet inzwischen die Zahl der in das Reich zu vermittelnden Personen mit 700. Der Transport war für 25.3.42 geplant.

Am 10.3.42 erhielt das Arbeitsamt Roslawl den Auftrag, einen Transport russischer Arbeitskräfte für das Reich zusammenzustellen und nach der in Minsk eingerichteten Umschlagstelle zu befördern. Es wurden 320 Personen gemeldet, von denen 60 Männer und 20 Frauen die Reise nicht antraten. 30 Handwerker, die dringend am Ort benötigt werden, wurden zurückgestellt.

Auch aus den anderen Gebieten wird das Interesse an einer Arbeitsvermittlung in das Reich gemeldet.

In kürzester Zeit wird die Bekanntgabe einer bereits erlassenen Verordnung des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte zur Regelung des Arbeitseinsatzes in Aussicht gestellt. Um die Arbeitslosigkeit im hiesigen Gebiet zu beseitigen und einen planmäßigen Einsatz jeder Arbeitskraft für den Wiederaufbau des Landes zu sichern, wird die Arbeitspflicht angeordnet. Danach unterliegt jeder Bewohner dieses Gebietes vom vollendeten 15. Lebensjahre an nach Massgabe seiner Arbeitsfähigkeit der Arbeitspflicht. Weiter ist in dieser Verordnung die Meldepflicht ausgesprochen sowie der Arbeitsplatzwechsel und die Zuständigkeit der Arbeitsämter geregelt. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung wird zugleich einem Wunsche der Bevölkerung Rechnung

getragen, die von sich aus jede Arbeit bejaht. Die Arbeitslosigkeit wurde in den Wintermonaten teilweise durch Notstandsarbeiten, insbesondere Schneeräumen, überbrückt. Allerdings führt diese Art der Beschäftigung dazu, die Arbeitsdisziplin zu untergraben, da es überall an dem nun einmal notwendigen Aufsichtspersonal mangelt. Grundsätzlich erschienen nach Aufforderung nur ca. die Hälfte der dringend benötigten Arbeitskräfte. Erst durch entsprechende Strafen (Geldstrafen) ist es gelungen, die "Arbeitswilligkeit" zu heben. Auch auf den Märkten hat sich anlässlich von Überholungen gezeigt, dass ein Teil der sich am Tauschhandel betätigenden Personen vollarbeitsunfähig waren und nach Feststellung ihrer Personalien den zuständigen Arbeitsamt gemeldet werden konnten.

./.

- 21 -

Einsatzgruppe C:
Standort: K i e w .

Durch den Kdr. d.Sipo u.d.SD in Kiew erfolgt die Festnahme der langjährigen Parteifunktionärin und Vorsitzenden des Volksgerichtshofes in Broware Maria N i k i t e n, die über 200 Urteile gegen Personen ausgesprochen hatte, die wegen ihrer antibolschewistischen bzw. deutschfreundlichen Einstellung bekannt waren. Die N. war Geheimagentin des NKWD. In dem Ort Semipolka hat sie auf der Kolchose alle Maschinen und das gesamte Getreide vernichten und das ganze Vieh wegtreiben lassen. Wer sich ihrer Anordnung widersetzte, wurde erschossen.

Weiterhin wurde der alte Kommunist und NKWD-Agent Peter K u r i l o n k o in das Gefängnis eingeliefert, der 45 Personen zur Anzeige gebracht, 3 unschuldige Männer und eine Frau erschossen und als Angehöriger der Roten Miliz in Kiweikuhres ein Schreckensregiment geführt hatte.

Auf dem Marktplatz in Schepetowka (Kdr.-Bereich Rowno) wurde am 8.3.42 ein Flugblatt aufgefunden, das zur Bildung von Partisanengruppen aufforderte. Es hatte folgenden Wortlaut: "Genossen! Die Front befindet sich von uns in der Entfernung von 400 km. Beim Rückzug nehmen die Faschisten unsere Männer, Brüder, Schwestern und Väter mit sich, um sie an die Front gegen die SSSR zu stellen. Denkt daran, dass das Organisieren von Partisanenabteilungen unsere Befreiung von verfluchten Faschismus beschleunigen wird. Tod den Faschismus. Freunde der SSSR."

Der Kdr. d.Sipo u.d.SD in Nitlajew meldet eine sehr lebhaftere KP-Tätigkeit. Ehemalige Kommunisten treiben Hetzpropaganda, Sowjetoffiziere und Kommissare organisieren Partisanengruppen und unterhalten ein illegales Netz von Verbindungen. Als Mittelpunkt lebhafter Partisanentätigkeit kam der Rayon Gruschka

angesehen werden. 10 Partisanen wurden durch die Gendarmerie erschossen. Darunter 6 Leutnante, 2 Kommissare und 2 Frauen, in Cherson wurden 5 Personen dingfest gemacht, die Partisanengruppen zu bilden beabsichtigten.

In Illovaiske wurden 30 Geiseln erschossen, nachdem bei Fliegerangriffen wiederholt Leuchtzeichen abgegeben und die Täter nicht zu ermitteln waren.

In Shtonir wurde in Gayssin der Soldatenfriedhof durch unbekannte Täter geschändet. In Zuge der Ermittlungen wurden 50 Geiseln aus Gayssin und Umgebung festgesetzt und die Hälfte davon erschossen.

In der Zeit vom 28.3. bis einschliesslich 31.3. wurden insgesamt 434 Personen der Sondermassnahme zugeführt. Davon waren

- 33 politische Funktionäre
- 48 Saboteure und Fländerer
- 352 Juden und
- 1 Geisteskranker.

Von der Einsatzgruppe D liegen keine Meldungen vor.

III. Reich und besetzte Gebiete:

Der Kdr.d.Sipo u.d.SD in Veldes, Oberkrain meldet:

Für die in den letzten Tagen verübten Morde wurden am 31.3.42 in der Strafanstalt in V i g s u n 30 Kommunistische Gewaltverbrecher erschossen.

In der Nacht zum 1.4.42 wurde der Bürgermeister der Gemeinde B r e s i e c h , P o c e v a r , in seiner Wohnung von etwa 15 bewaffneten Banditen überfallen. Die Wohnung wurde ausgeraubt; dabei fielen den Banditen 5 Gewehre, die s.Zt. von der Gendarmerie für den Feldzug ausgegeben worden waren, in die Hände und 2 Jagdgewehre und Munition. Dem Überfallenen wurde erklärt, er habe sein Amt als Bürgermeister sofort niederzulegen, anderenfalls habe er mit seiner Ermordung zu rechnen.

Eine andere Gruppe plünderte im Krs. S t e i n in den letzten Tagen eine Tabakfabrik und das Lager einer kleinen Genossenschaftskäserei, wodurch ein Schaden von mehreren tausend Mark entstand.

Die Täter konnten in allen Fällen unerkannt flüchten. Fahndungsmassnahmen sind eingeleitet.

Der Kdr.d.Sipo u.d.SD in d. Untersteiermark meldet:

Am 2.4.42 gegen 23.00 Uhr wurde in Skorno bei Packenstein, Kreis Cilli, die Keuschlerin Anna P e t r i t s c h durch kommunistische Banden mit zahlreichen Schüssen aus einer Maschinepistole niedergeschossen.

Zu gleicher Zeit wurde ein Bandenüberfall auf den Ortsbauernführer Franz M o z n i k in Skorne verübt, der ebenfalls getötet wurde. Die Bande bestand in beiden Fällen aus je 6 Mann.

Zur gleichen Zeit wurde in Skorno die Inwohnerin-
witwe Anonia G r e u s l durch 3 bewaffnete
Zivilisten erschossen. Ihr wurde zum Vorwurf
gemacht, dass sie den bereits erschossenen Ge-
waltsverbrecher Johann B i s i a k aus Skorno
an die Polizei verraten hat.

Die Nachforschungen nach den Tätern blieben bis
jetzt ohne Erfolg. Vergeltungsmassnahmen sind
eingeleitet.

.....

BIB - 190-

40

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 8. April 1942.

- IV A 1 - 1 B/41 gRs. -

65 Ausfertigungen

57. Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 190.
=====

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 8. April 1942

Höherer - und Polizeiführer Nord (101)
(Jeckeln)

Standort: Riga

Einsatzgruppe A (Jost)

Standort: Krasnogwardeisk

N-Verbindungen: FS Riga, FT Krasnogwardeisk
Feldpost-Nr. 15 119

Kommandeur d. Sipo u. d. SD f. d. Gen. Bez. Estland
(Dr. Sandberger)

Standort: Reval m. Dienststellen in
Narwa, Dorpat, Kingisepp,
Krasnoje-Selo, Luga und
Pleskau

N-Verbindungen: FS Reval, FT Pleskau
Feldpost-Nr. 15 119

Kommandeur d. Sipo u. d. SD f. d. Gen. Bez. Lettland:
(Dr. Lange)

Standort: Riga m. Dienststellen in
Libau, Jomar u. Dünaburg
N-Verbindungen: FT Riga, FS Libau, Wolmar
u. Dünaburg

Feldpost-Nr. 15 44 7

-227-

./.

Kdr. d. Sipo u.d.SF f.d.Gen. Bez. Litauen:(Jäger)

Standort: Kaun m.Dienststellen in
Wilna u. Schaulen
N-Verbindungen: FT, FS Wilna und Schaulen
Feldpost-Nr. 15 641

Kdr. d. Sipo u.d.SD f.d.Gen. Bez. Weissruthenien:
(Strauch)

Standort: Minsk m.Dienststellen in Wilna
und Baronowitschi
N-Verbindungen: FT und FS Minsk
Feldpost-Nr. 15 641

Höherer - und Pol. Führer Mitte (102) v.d.Bach

Standort: Mogilew

Einsatzgruppe B (Naumann):

Standort: Smolensk
N-Verbindungen: Smolensk, FT
Kurierverbindung über War-
schau und Fernsprecher über
VD Smolensk
Feldpost-Nr. 37 857

./.

Sonderkommando 7a (Rapp)

Standort: Klinzy
N-Verbindungen: FT Klinzy
Feldpost-Nr. 85 607

Sonderkommando 7b (Ott)

Standort: Brjansk m. Trupp in Orel
N-Verbindungen: FT Orel
Feldpost- r. 18 535

Einsatzkommando 8 (Richter)

Standort: Mogilew m. Trupp in Borissow,
Orscha, Gomel u. Bobruisk
N-Verbindungen: FT Smolensk
Feldpost-Nr. 37 867

Einsatzkommando 9 (Wiebels)

Standort: Witebsk m. Trupp in Smolensk,
Nowel, Polozk u. Lepel
N-Verbindungen: FT Witebsk
Feldpost-Nr. 37 857

Sonderkommando Moskau

Standort: Roslawl
N-Verbindungen: FT Roslawl

Höherer - und Polizeiführer Süd (103)-Prützmann-

Standort: Rowne

Kdr. d. Sipo u. d. SD f. d. Gen. Bez. Kiew (Ehrlinger)

N-Verbindungen: FT Kiew, FS Lemberg, von
dort Kurier

Kdr. d. Sipo u. d. SD f. d. Gen. Bez. Nikolajew (Dr. Spann)

Standort: Nikolajew
N-Verbindungen: FT Nikolajew

Kdr. d. Sipo u. d. SD f. d. Gen. Bez. Charkow (Dr. Krane-
bitter)

Standort: Charkow
N-Verbindungen: FT Charkow

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez.Shitomir (Dr.Ratzes-
berger)

Standort: Shitomir
N-Verbindungen: FS Shitomir

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Polhynien (Dr.Pütz)

Standort: Rowno
N-Verbindungen: FT u. FS Rowno

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Dnjeptropetrowsk(Mulde)

Standort: Dnjeptropetrowsk
N-Verbindungen: FT Dnjeptropetrowsk

Einsatzgruppe C (Dr. Thomas)

Standort: Kiew
N-Verbindungen: FT Kiew, P Lemberg,
von dort Kurier
Feldpost-Nr. 32 704

Sonderkommando 4a (Dr. Weinmann)

Standort: Charkow
N-Verbindungen: FT Charkow
Feldpost-Nr. 32 704

Sonderkommando 4b (Haensch)

Standort: Kramatorskaja m. rupp in
Shitomir, Rowno, Winnis
N-Verbindungen: FT Gorlowka
Feldpost-Nr. 34 310

Einsatzkommando 6 (Mohr)

Standort: Stalino
N-Verbindungen: FT Stalino
Feldpost-Nr. 35 970

Höherer W- und Pol.Führer z.b.V.(Korsemann)

Standort: Rowno.

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)

Standort: Simferopol
N-Verbindungen: F T Simferopol
Feldpost-Nr. 47 540

Sonderkommando 10 a (Seetzen)

Standort: Taganrog m. Trupp in Mariupol
und Melitopol
N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540

Sonderkommando 10 b (Persterer)

Standort: Feodosia m. Trupps in Sudak,
Ismail, Toroku u. Dshankeij
N-Verbindungen: FT. Feodosia
Feldpost-Nr. 47 540

Einsatzkommando 11 b (Dr. Braune)

Standort: Simferopol u. Alushta
Feldpost-Nr. 47 540

Einsatzkommando 12 (Dr. Müller)

Standort: Fedorowka m. Trupp in Pologi,
Biukxas u. Galja - Pole
N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540.

- 6 -

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A:

Standort: Krasnogwardeisk.

Stimmung und Lage in Bereich der 18. Armee (vor Leningrad)

Allgemeine Stimmung in der Bevölkerung :

Die Sorge um die Ernährung ist weiterhin ausschlaggebend für die Stimmung der Bevölkerung. Das Andauern der Wintertemperaturen auch während der ersten Märzhälfte hat die Hoffnungen der russischen Bevölkerung auf eine Besserung der allgemeinen Lebensumstände zunichte gemacht.

Auch durch das Ablösen eines grossen Teiles der Truppen im unmittelbaren Frontgebiet um Leningrad hat sich die Ernährungslage während der Berichtzeit insofern schwieriger gestaltet, als die bisher bei deutschen Einheiten beschäftigten Russen, die von ihnen ernährt wurden, beschäftigungslos werden und somit praktisch ohne Lebensmittel sind. Zwar werden die neuen Einheiten nach einiger Zeit auch wieder auf russische Hilfskräfte zurückgreifen müssen, in der Zwischenzeit von drei bis vier Wochen jedoch wird ein grosser Teil zu evakuieren versuchen oder sterben. So sind z.B. in Szablino durch das Abrücken der 122.I.D. über 1.000 Personen beschäftigungslos geworden.

Es besteht weiterhin das Verbot des Umherziehens, soweit es sich um das unmittelbare Frontgebiet handelt, aber die Not der Bevölkerung ist stärker als die Furcht vor schweren Strafen. Von Seiten der Ortskommandanturen wird alles getan, um im

Rahmen des Möglichen eine kontrollierte Abwanderung zu ermöglichen.

Die Wehrmachtsstellen sind zur Linderung der allergrössten Not ~~mehr als bisher~~ dazu übergegangen, Lebensmittel und Verpflegungspartien der russischen Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Da in weiten Teilen des Berichtgebietes tatsächlich bei der Bevölkerung seit geraumer Zeit keine Lebensmittelvorräte mehr vorhanden sind, bleibt es ein Rätsel, dass die Sterblichkeit infolge Hungers nicht noch grösser ist. Es muss angenommen werden, dass sich die Bevölkerung durch Bettel bei den Wehrmachtseinheiten gelegentlich Lebensmittel verschafft, teilweise auch in besonders gut angelegten Verstecken noch sorgfältig gehütete Vorräte aufbewahrt hat und im übrigen in einer für deutsche Verhältnisse völlig unverständlichen Weise gewohnt zu sein scheint, Hungerzeiten zu ertragen bzw. sich mit minderwertigen Ersatzstoffen am Leben zu erhalten.

Soweit noch bekannt ist, an welchen Stellen im Sommer verendete Pferde verscharrt sind, werden Ausgrabungen vorgenommen und das so gewonnene Fleisch ohne ernste gesundheitliche Schäden verzehrt. Als Delikatesse werden von der Bevölkerung die während des Winters von der deutschen Wehrmacht geschlachteten, nicht mehr einsatzfähigen Pferde betrachtet, die der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt wurden, soweit die besten Stücke nicht von der Truppe selbst verwendet wurden.

In dem nicht unmittelbar im Frontgebiet liegenden Gebieten ist die Ernährungslage etwas günstiger, was sich naturgemäss auf die allgemeine Stimmung der Zivilbevölkerung entsprechend günstig auswirkt.

Während die in Aussicht gestellte Unterstützung mit Lebensmitteln an notleidende Esten und Finnen, sowie der Abtransport der arbeitsfähigen Russen ins Reich stimmungsmässig auf die dadurch betroffenen Kreise sehr günstig wirkt, hat dies bei den dadurch nicht betroffenen Kreisen zu einer Beunruhigung geführt und zu dem Gerücht Anlass gegeben, dass nur die Volksdeutschen, die Finnen und Esten, sowie die arbeitsfähigen Russen gerettet werden, während alle übrigen ihren Schicksal überlassen werden sollen.

Die Zahl der Sterbefälle ist etwa konstant geblieben.

Um eventuellen Seuchengefahren für das kommende Frühjahr vorzubeugen, werden jetzt schon Massnahmen getroffen, um die in den Wohnungen liegenden Leichen zu sammeln, sie an bestimmten Orten zu stapeln, um sie später bei eintretenden Tauwetter zu beerdigen.

In Puschkin wurde zum Beispiel aus Angehörigen der Bürgerwehr ein Kommando zusammengestellt, das die Häuser nach Leichen durchsucht. Bisher wurden rd. 400 Leichen, die noch nicht bestattet waren, gefunden. Hier wurden sie, soweit dies möglich war, sogar bereits beerdigt.

Wesentlich neue Gerüchte sind nicht aufgetreten. Die wahrscheinlich von der Feindpropaganda seinerzeit in Umlauf gebrachten Gerüchte, die von einem baldigen Entsatz Leningrads sprachen haben inzwischen dadurch, dass die Erfolge der Roten Armee ausblieben, sehr stark an Glaubwürdigkeit verloren.

Die Kenntnis der Bevölkerung über durchgeführte Truppenverschiebungen ist sehr gross. Dies hat insofern auf die Stimmung der Bevölkerung einen

Einfluss, weil dadurch, dass der Zweck dieser Verschiebungen der russischen Zivilbevölkerung unklar ist, eine gewisse Nervosität unter ihr hervorgerufen wird. Die Zivilbevölkerung erhielt von den Truppenverschiebungen auf verschiedenste Art Kenntnis. Einerseits kann sie diese selbst wahrnehmen, andererseits erfährt sie davon durch die Schnatzhaftigkeit und Unvorsichtigkeit **einiger deutscher Soldaten**. So mussten zur Instandsetzung abgegebene Wäschestücke oder Stiefel sofort fertiggestellt werden, was von den Landsern unvorsichtigerweise unter Hinweis darauf verlangt wurde, dass sie abrücken. Zum Teil erzählten sie es auch russischen Mädchen, mit denen sie enge Beziehungen hatten. Bei Klärung einiger Vorfälle konnte festgestellt werden, dass russische Mädchen ausgedehnte Beziehungen zu einer Reihe deutscher Soldaten und sogar Offizieren unterhielten. Durch einen V-Mann wurde mitgeteilt, dass in Pawlowsk ein deutscher Soldat eine Russin heiraten und mit nach Deutschland nehmen will. Der Soldat habe dazu alle erforderlichen Papiere und werde das Mädchen mit nach Deutschland nehmen, sobald die Division abgelöst würde, was etwa in sechs Wochen der Fall sei.

Die Einstellung der russischen Zivilbevölkerung zu den deutschen Dienststellen hat sich im wesentlichen nicht geändert. Grundsätzlich gesehen, ist es der russischen Zivilbevölkerung ziemlich gleichgültig, ob sie unter deutscher oder russischer Herrschaft steht. Ihre erste und grösste Sorge ist nach wie vor die Ernährungsfrage.

Lage auf den Lebensgebieten

Auf kirchlichem Gebiet sind keine grundsätzlichen Veränderungen eingetreten. Die Anzahl der Gottesdienste sowie die Anzahl der sich an diesen Gottes-

49

diensten beteiligten Bevölkerung sind gleich geblieben. Es kann ganz allgemein gesagt werden, dass das Interesse an religiösen Leben, bedingt durch die äusserst drückende Ernährungslage und durch die Kälte, sehr gering ist. Auch die Zusammensetzung der Kirchenbesucher in Bezug auf Geschlecht und Alter ist gleich geblieben. Bei der laufenden Kontrolle der Gottesdienste durch die Organe der Sicherheitspolizei und ^dSD konnte die Wahrnehmung gemacht werden, dass die Popen in ihren Predigten die beabsichtigte Aufhebung der Kolchose zum Anlass nehmen, um der deutschen Führung und der siegreichen deutschen Armee ihren Dank abzustatten.

Auch in Bezug auf das Schulwesen ist nichts Neues zu berichten. Die geringen Ansätze im Schulwesen sind durch ^{die} äusserst schlechte Ernährungslage und die Kälte sehr stark abgedrosselt worden. Auch der Mangel an Lehrmitteln trägt dazu bei. Wegen der Gefahr des Umhervagabundierens der Schuljugend hat die Bevölkerung den Wunsch, es möchte von Seiten der deutschen Dienststellen dem Schulbetrieb besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Handel und Gewerbe liegen infolge der Frontnähe vollkommen darnieder. Tauschhandel wird nach wie vor getrieben, und es können immer wieder unverhältnismässig hohe Zuckerpreise für einfache Gebrauchsgegenstände und vor allem für Lebensmittel geboten werden. Auch die deutschen Soldaten sind an diesen Geschäften nicht unmassgeblich beteiligt. Als eine Stätte des schwunghaften Tauschhandels haben sich die Märkte erwiesen. Um die für die Stimmung der russischen Bevölkerung sehr schädlichen Zuckergeschäfte, bei denen deutsche Soldaten, die Notlage ausnutzend, Lebensmittel gegen Wertgegenstände eintauschen, zu unterbinden, ist von einzelnen Ortskommandanturen der Besuch der Märkte durch Wehrmachtsangehörige verboten worden. Im Kleingewerbe

./.

werden von einzelnen Ortskommandanturen Schuhmachereien, Schneidereien und Haarschneidereien hauptsächlich für die deutsche Wehrmacht eingerichtet.

Auch die wenigen vorhandenen kleineren Industrieunternehmen arbeiten, soweit sie nicht stillgelegt sind, fast ausschliesslich für die Wehrmacht; ihre Belegschaften sind nur einige Mann stark.

Die Lage in der Landwirtschaft wird durch das kommende Frühjahr bestimmt. Ausschlaggebend für die Stimmung innerhalb der Landbevölkerung ist der Erlass über die Aufhebung der Kolchoswirtschaft. Die Frühjahrsbestellung bildet seit geraumer Zeit das Hauptarbeitsgebiet der von der Wehrmacht zu diesem Zwecke eingesetzten Dienststellen. Es wurden bereits viele Vorbereitungen getroffen.

In Bezug auf das Gesundheitswesen ist festzustellen, dass die Wehrmachtsdienststellen schon jetzt Anstalten treffen, um beim Eintritt der wärmeren Witterung der bevorstehenden Seuchengefahr entgegenwirken zu können. In Puschkin ist der dortige Ortskommandant bemüht, eine Arbeitskolonne zusammenzustellen, die sich mit der Reinigung der Häuser, Strassen und der Kanalisation zu beschäftigen hat. Der Zustand der Krankenhäuser, Siechen- und Waisenhäuser, soweit sie noch vorhanden sind, ist denkbar schlecht. Sie sind eher als Seuchenherde anzusehen, als als sanitäre Einrichtungen. Dieser Umstand ist den Wehrmachtsdienststellen bekannt und es wird ihm entsprechend entgegengearbeitet. Badehäuser und Entlausungsanstalten für die Zivilbevölkerung werden errichtet und der Bevölkerung die Auflage erteilt, diese zu benutzen. Die Anzahl der Apotheken ist sehr klein. In den noch bestehenden Apotheken und Krankenhäusern fehlt es an den allernotwendigsten Medikamenten. Die meisten Ortschaften sind aber ohne Krankenhäuser und Apotheken.

./.

Sowohl die Flugblattpropaganda als auch die unter der Bevölkerung kursierende Flüsterpropaganda und die für die an der Front stehenden deutschen Soldaten bestimmte Lautsprecherpropaganda der Russen ist während der letzten Zeit nur unwesentlich in Erscheinung getreten. Flüsterpropaganda hat merklich nachgelassen und jedenfalls an Glaubwürdigkeit verloren. Der gross angekündigte Entsatz Leningrads ist immer noch nicht eingetreten.

Die Feststellung, dass von einer organisierten Widerstandsbewegung nicht die Rede sein kann, hat sich erneut bestätigt. Die zum Teil verblüffende rasche und gute Kenntnis des Gegners von bevorstehenden Veränderungen ist zweifellos auf Agenten- und Spionagetätigkeit zurückzuführen. Es konnte die Feststellung gemacht werden, dass der Gegner in letzter Zeit auf den Masseneinsatz unqualifizierter Agenten verzichtet und nur wenige aber bessere und für ihren Zweck ausgebildete Kräfte einsetzt. Sie werden zum grössten Teil vom Flugzeug aus abgesetzt und sind mit Funkgeräten ausgestattet.

Die Partisanen im östlichen Berichtsgebiet haben sich zum grössten Teil mit den dort eingekesselten russischen Truppen vereinigt.

Sicherheitspolizeiliche Arbeit:

Auch weiterhin werden Überläufer aus der Roten Armee den Dienststellen der Einsatzgruppe von der Wehrmacht zur Vernehmung übergeben. Die Ergebnisse dieser Vernehmungen wurden den Wehrmachtsdienststellen zur Verfügung gestellt. Einer dieser Überläufer konnte Angaben über die von Stalin angeordnete "Sozialistische Verpflichtung" machen. Am 15.12.1941 hat Stalin eine Rede gehalten, in der u.a. er sagte:

"Alle Deutschen müssen vernichtet werden." Dadurch entstand bei den Rotarmisten der "sozialistische Wetteifer". Er wird wie folgt gehandhabt: Der betreffende Rotarmist schreibt eine sozialistische Verpflichtung. Sie sieht wie folgt aus:

Sozialistische Verpflichtung.

Jahr, Tag, Monat.

Ich, Rotarmist der Kompanie, Batl., Reg., Name, verpflichte mich in der Zeit vom bis 12 Faschisten zu vernichten. Ich fordere den Rotarmisten X zu diesem Wettbewerb auf. Vorstehendes unterschreibt Name, Dienstgrad.

Hat der Rotarmist einen oder mehrere Deutsche vernichtet, so muss er es sich von einem Genossen bestätigen lassen. Diese Bestätigung sieht wie folgt aus:

A k t .

Jahr, Tag, Monat.

Ich - Vernichter - Rotarmist der Komp., Batl., Reg., Name habe im Rayon zwei Faschisten vernichtet. Den Akt kann bezeugen Dienstgrad, Unterschrift.

Diese Bescheinigung muss dem Politruk abgegeben werden. Der Vernichter selbst bekommt ein Büchlein, in das er die jeweiligen Zahlen und Daten einträgt.

Die Registrierung der Esten und Finnen im Bereich der 18. Armee ist abgeschlossen. Es wurden insgesamt 11.415 Esten und 64.800 Finnen erfasst. Eine Änderung dieser Zahlen kann nur noch im geringen Masse in Frage kommen und ist dadurch bedingt, dass ausserhalb des eigentlichen Gefechtsgebietes, wo ein Verbot des Umherziehens nicht besteht, inner noch eine bestimmte Bewegung in der Bevölkerung festzustellen ist.

Die Überprüfung der für das Reich angeworbenen russischen Arbeitskräfte wird laufend fortgesetzt und stellt eine erhebliche Belastung der Dienststellen der Einsatzgruppe dar, nachdem der Andrang der russischen Zivilbevölkerung zur Arbeitsleistung in Deutschland sich als unvorhergesehen gross erwies. Die Gründe hierfür sind einestheils die wirtschaftliche Not, anderenteils aber auch der Wunsch, sich den Gefahren des Gefechtsgebietes zu entziehen und ausserdem die Befürchtung, bei einer eventuellen Rückkehr der Roten Armee deren Terrormassnahmen ausgesetzt zu sein oder in deren Reihen eingezogen zu werden.

Die Anwerbung von freiwilligen Finnen für die 18. Armee wurde auch in der Berichtszeit weiterhin fortgesetzt. Es wurden etwa 1.000 Freiwillige für die Armee geworben.

Weiterhin mussten im Einverständnis mit der Armee Massnahmen zur Überprüfung der bei der Wehrmacht bzw. bei den örtlichen Schutzdiensten eingesetzten russischen Hilfs- und Ordnungsorganen durchgeführt werden. Bei den meisten dieser Personen konnte die Bewilligung zur Weiterbeschäftigung gegeben werden. Es hat sich bei dieser Überprüfung ergeben, dass besonders gerissene Personen mit anfänglichem Erfolg versucht haben, in solchen Beschäftigungen unterzukommen, um ihre frühere anrüchige politische und kriminelle Tätigkeit zu verschleiern und einer diesbezüglichen Verfolgung zu entgehen. So wurde zum Beispiel in Volodarski der zivile russische Ordnungsdienst von einem früheren Berufsverbrecher und neun politisch belasteten Personen gesäubert.

Die bereits gemeldete Art der Einsetzung von gemischten Spähtruppen, bestehend aus lettischen und russischen Hilfskräften unter deutscher Führung, wurde im Auftrag der Armee weiterhin mit gutem Erfolg fortgesetzt. Die betreffenden Wehrmachtsstellen haben mündlich und schriftlich der Einsatzgruppe ihre Anerkennung ausgesprochen. ./.

Lage in Lettland:

Die Stimmung hat aus verschiedenen Gründen eine Verschlechterung erfahren. Das Unsichgreifen kommunistischer Propaganda macht sich in stärkerem Masse bemerkbar. Lettische Betriebsführer sind der Meinung, dass bei Fortdauer der gegenwärtigen Lohnpolitik die Arbeiter in kurzer Zeit wieder ins kommunistische Fahrwasser geraten werden.

In Wirtschaftskreisen herrscht eine starke Depression. Man glaubt nicht mehr recht an den guten Willen der deutschen Verwaltung und hat die Hoffnung an eine einigermaßen selbständige Wirtschaft aufgegeben.

Ein weiterer Übelstand, der die Stimmung weiter Bevölkerungsteile im negativen Sinne beeinflusst, ist die Wohnungsfrage.

Der überaus starke Zuzug immer weiterer deutscher Beamter und der Wehrmachtsbedarf hat den Wohnraum für die einheimische Bevölkerung sehr beschränkt. Obgleich die Wehrmacht über eine Reihe guter Wohnungen verfügt, die zum Teil nur teilweise bewohnt sind, oder nur als Übergangsquartier von Fall zu Fall dienen, gelingt es dem Wohnungsamt beim Gebietskommissar Riga Stadt nur in seltenen Fällen Wohnungen für den zivilen Bedarf freizubekommen. Es besteht der Eindruck, dass das Wohnungsamt nicht in der Lage ist, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Da sich neuerdings auch das Reichskommissariat eingeschaltet

hat und sowohl über Wohnungen als auch über Möbel disponiert und ausserdem noch ein lettisches Wohnungsamt besteht, herrscht auf diesem Gebiet infolge Fehlens einer zentralen Lenkung ein ziemlich s Durcheinander.

Bisher haben sich 8.000 Freiwillige zur Dienstleistung in der lettischen Schutzmannschaft gemeldet. Die Verbeaktion hat die stärkste Beeinträchtigung durch eine vom Oberreichsbahnrat B a l k erlassene Anordnung über die Einführung der Prügelstrafe für Eisenbahnbedienstete erfahren. Die Nachwirkungen dieser Anordnung sind inner noch spürbar. Obwohl in der Deutschen Zeitung für das Ostland bekannt gegeben wurde, dass "der Sachbearbeiter B" zu seiner Heimatdienststelle zurückversetzt worden ist, und obgleich die Verordnung stillschweigend aufgehoben wurde, hat die Tatsache dass überhaupt eine Verordnung erschienen ist, die für die Letten Prügelstrafen vorsieht, ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Die Bevölkerung des Generalbezirks Lettland will und kann es nicht begreifen, dass die Anordnung "Balk" in Estland vom Generalkommissar Lietzmann sofort für ungültig erklärt wurde, nachdem man die Öffentlichkeit nur mit einer lakonischen kurzen Zeitungsmeldung, die von niemanden unterzeichnet war, abgespeist hat. Dieses unausgeglichene Vorgehen der Zivilbehörden fällt auf und gibt zu den verschiedensten Mutmassungen Anlass.

Augenblicklich ist die Verbeaktion auch ins Stocken geraten, weil in der Bevölkerung bekannt wurde, dass von den aufgestellten lettischen Freiwilligen 3 Nachbataillone bis zum 15.3. und eins bis zum 20.4. nach der Ukraine zur Bewachung von Gefangenenlagern, Wagen und Brücken in Marsch

gesetzt werden sollen. Da während der Werbung hervorgehoben wurde, dass den Letten jetzt Gelegenheit gegeben werden soll, sich aktiv an Kampf gegen den Bolschewismus zu beteiligen, hat das Bekanntwerden dieser vorgesehenen Verwendung hinter der Front eine sehr grosse Enttäuschung ausgelöst. Die grossen Mängel der Ausrüstung, besonders das Fehlen von Stiefeln, haben sich ebenfalls herumgesprochen. Aus allen diesen Gründen haben die Freiwilligenmeldungen in den letzten Tagen fast ganz aufgehört.

Infolge der Prügelstrafverordnung werden alle Schritte der deutschen Verwaltung und anderer Dienststellen mit grösseren Misstrauen denn je beobachtet. Es wird der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, dass die von -Brigadeführer Schröder in Mitau gehaltene Werberede, in der dieser erklärte "Dieser Idiot hat es versucht, die guten deutsch-lettischen Beziehungen zu sabotieren", in der Deutschen Zeitung im Ostland entstellt und gekürzt gebracht worden ist.

Die sich immer mehr zuspitzende Ernährungslage wirkt sich stimmungsmässig sehr stark aus. Ausser den rationierten Lebensmitteln ist so gut wie nichts vorhanden. Kartoffeln und Kohl - von anderem Gemüse ganz zu schweigen - werden überall vermisst. Die von einigen Bevölkerungsteilen aufgespeicherten Nahrungsmittel sind inzwischen zur Meisse gegangen. Aus diesem Grunde ist der Schleichhandel, obwohl mit den schärfsten Strafen vorgegangen wird, in vollster Blüte.

Besonders lebhaft wird die Versorgung der hier anwesenden Reichsdeutschen erörtert, deren Lebensmittelrationen doppelt so gross sind, wie die der Letten. Mit einer weiteren Verabsetzung der

Lebensmittelrationen für die einheimische Bevölkerung, die in Kürze erfolgen wird, muss eine erhebliche Verringerung der Zuteilung an die deutschen Verbraucher verbunden sein, da sonst die Unzufriedenheit noch grösser wird.

Auf die Bevölkerung wirkt ferner die Durchführung der Dienstverpflichtungen für das Reich sehr beunruhigend. Da die Verschleppungen der Bolschewisten noch in zu frischer Erinnerung sind, vergleicht man die zwangsweise Entsendung von Arbeitskräften ins Reich mit den von den Russen durchgeführten Aktionen.

Das Arbeitsamt ist darauf angewiesen, mit sehr wenig deutschen Mitarbeitern die Arbeit zu bewältigen. So kommen oftmals Pannen vor, z.B. sind Mütter von kleinen Kindern plötzlich ins Reich dienstverpflichtet worden. Auch die Tatsache, dass 3.000 ehemalige Junglandwirte aus Lettland als Ländarbeiter ins Reich gehen müssen, hat unter der Landbevölkerung eine erhebliche Unruhe ausgelöst.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass das Verbot des Geschlechtsverkehrs für die in Reich eingesetzten lettischen Arbeitskräfte ungünstige Rückwirkungen haben kann, wenn bei der Vorlage des Merkblattes nicht die erforderlichen Erläuterungen gegeben werden. Es muss vermieden werden, dass bei den Letten der Eindruck entsteht, dass sie in dieser Hinsicht etwa den Polen gleichgestellt werden.

Starke Unzufriedenheit herrscht insbesondere über die Methoden, die vom Arbeitsamt angewendet werden, um die Letten aufgrund des Erlasses des Reichskommissars vom 15.8.1941 für kriegswichtige

Betriebe zu verpflichten, Diese Verordnung sieht vor, dass das Arbeitsamt für bedeutsame und vor- dringliche Arbeiten geeignete Arbeitskräfte an bestimmte Arbeitsplätze auch ausserhalb des Wohn- sitzes bei entsprechender Vergütung zuweisen kann. Das Arbeitsamt verfährt bei dieser Einweisung sehr rücksichtslos. Auch die Arbeitsverhältnisse werden von den Letten oft als verletzend und beschämend empfunden. So müssen z.B. auf dem Güterbahnhof eine Anzahl von dienstverpflichteten Letten aus intelligenten Berufen Güterwagen beladen, während an Nebenwagen Juden arbeiten.

Die Entlohnung für Dienstverpflichtete ist sehr gering, da sämtliche Dienstverpflichteten, unabhän- gig von Alter und Vorbildung, als ungelernte Ar- beiter eingestuft werden und einen Stundenlohn von 27 Pfennig^{en} erhalten. Familienzuschüsse werden nicht bezahlt. Auch für entsprechendes Schuhwerk und Arbeitskleidung wird nicht gesorgt.

Durch stetige Berührung der in Ostland eingesetz- ten deutschen Soldaten und Beamten mit der einhei- mischen Bevölkerung ist die Frage der Eheschliessung zwischen Deutschen und Letten akut geworden. Da in dieser Hinsicht bisher keine klaren Richtlinien be- standen, wurden noch bis vor kurzem laufend Anzeigen in der Deutschen Zeitung im Ostland veröffentlicht, in denen es etwa heisst: "Reichsdeutscher sucht zwecks Heirat die Bekanntschaft mit einem Rigaer Mädel, blond " usw. Bei den Dienststellen sind viel- fach Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zur Heirat mit Einheimischen gestellt worden. Nunmehr hat die Haupteisenbahndirektion als erste durch einen Geheim- erlass unter Bezugnahme auf eine Stellungnahme des Reichskommissars ihren Beamten bekannt ge- geben, dass für die Kriegsdauer Eheschliessungen

zwischen Deutschen und Einheimischen verboten sind. Um bei Bekanntwerden dieser Anordnung dem Aufkommen falscher Auslegungen zuvorzukommen, hat die "Deutsche Zeitung in Ostland" einen Artikel veröffentlicht, der darauf hinweist, dass die Letten, Esten und Litauer den Deutschen keineswegs artfremd, sondern im Gegenteil artverwandt seien, dies müsse aber in jedem Falle noch vor der Eheschliessung nachgewiesen und durch Urkunden erhärtet werden. Die Anordnung des Reichskommissars, die die Eheschliessung zwischen Reichsdeutschen und Landeseinwohnern zeitweilig unterbindet, bezwecke keineswegs das endgültige Verbot der Eheschliessung zwischen Deutschen und Letten. Die Anordnung solle lediglich bis zum Inkrafttreten einer umfassenden gesetzlichen Regelung des Zustandekommens solcher Ehen ausschliessen, die dann aus den einen oder anderen Gründen später angefochten werden könnten.

Im Zusammenhang mit den verstärkten Durchzug deutscher Truppen durch Riga nach der Ostfront werden wieder verschiedene Gerüchte verbreitet.

Dennoch ist in Lettgallen eine gewisse Beruhigung festzustellen. Der grösste Teil der Bevölkerung ist jetzt offensichtlich der Meinung, dass die teilweise gehegten Hoffnungen und Wünsche auf Rückkehr der Russen in das lettgallische Gebiet aufgegeben werden müssen, nachdem die tote Armee trotz der vielen Ankündigungen, in den Wintermonaten zurückzukehren, nirgends voran gekommen ist.

60

Grosse Sorgen bereitet der bald zu erwartende Eisgang. Infolge des langen Winters und des beständigen und harten Frostes rechnet man mit einem sehr grossen Eisgang, falls der Frost noch bis Ende März anhalten sollte. Vor allen Dingen werden dann wohl Friedrichstadt und die an der Mündung der Düna gelegenen Niederungsgebiete unter Wasser gesetzt werden. Der Mangel an Eisbrechern kann katastrophale Folgen haben, weil das Eis an der Dünamündung nicht aufgelockert werden kann.

Die Generaldirektion der Landwirtschaft hat im Einvernehmen mit der Abt. III/b Ernährung und Landwirtschaft- des Generalkommissars bereits vorsorgliche Vorbereitungen getroffen, um eine reibungslose Durchführung aller notwendigen Frühjahrsaussaatarbeiten sicherzustellen. Hierzu ist erst als wieder vorgesehen, in Frühjahr 1942 nicht geringere Saatflächen als in der Vorholschewistenzzeit zu bestellen. Die Saatflächen für Kartoffeln, Flachs und Zuckerrüben vermehren sich in Vergleich zu 1941 um 31,1% bei Kartoffeln, 28,6% bei Flachs und 25,0% bei Zuckerrüben.

Die geplante Erzeugungssteigerung wird jedoch erst nach Abstellung einer Reihe von im Augenblick noch vorhandenen Schwierigkeiten praktisch möglich sein.

Von entscheidender Bedeutung ist die Frage der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die bisher noch keine befriedigende Lösung erfahren hat. Nach den Berechnungen der Generaldirektion der Landwirtschaft werden in diesem Jahre

wenigstens 50.000 Arbeiter fehlen, bei der Voraussetzung, dass die im Herbst 1941 eingesetzten 32.000 Gefangenen, 5.600 Industriearbeiter und die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter aus Polen und Litauen in der Landwirtschaft belassen werden. Dies wird aber nur zum Teil der Fall sein.

Einzelmeldungen:

Aus E s t l a n d :

Am 26.3. beging die Stadt Reval den alljährlichen Gedenktag aus Anlass der erfolgreichen Abwehr der Belagerung der Stadt durch die Truppen des Zaren Iwan des Schrecklichen. Während im vorigen Jahr sämtliche Festlichkeiten aus Anlass dieses Tages von den Bolschewisten verboten worden waren, wurde der Tag dieses Jahr mit besonderer Betonung begangen. Die Stadt zeigte reichen Flaggen-schmuck. Die estnische Presse widmete dem Tag viel Aufmerksamkeit und hob seine Bedeutung gerade in der heutigen Zeit hervor.

In Reval sind handgeschriebene Flugblätter aufgefunden wurden, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, sich nicht an der Metallsammlung zu beteiligen. Die Bevölkerung jedoch belächelt diese Flugblätter und bemerkt hierzu, daß sie sich nicht zum 2. Male von der bolschewistischen Propaganda überlisten lassen werde.

Unter der Bevölkerung der Insel Oesel macht sich eine steigende Sympathie für die nationalsozialistisch ausgerichtete, z.Zt. des estnischen Freiheitsstaates jedoch verbotene "Freiheitskämpferbewegung" bemerkbar. Man hofft diese Bewegung reorganisieren, oder aber die nationalsozialistische Partei ins Leben rufen zu können.

In Narva ist die Ernährungslage überaus angespannt. Bei der Bevölkerung machen sich bereits starke Anzeichen einer Unterernährung bemerkbar. Abgesehen davon, daß Narva und seine Umgebung besonders unter den Kriegseinwirkungen zu leiden gehabt haben, wird über ein Versagen der zuständigen Ver-

sorgungsbehörden geklagt.

In Kreisen der Postbeamten macht sich eine stärker werdende, das Deutschtum ablehnende Haltung bemerkbar. Der Grund dieser Einstellung dürfte darin zu suchen sein, daß die estn. Post der Rigaer Postdirektion unterstellt worden ist.

Die Stimmung der Straßenbahner der Stadt Reval ist durch die bevorstehende Lohnsenkung sehr gedrückt. Die Straßenbahner sind der Auffassung, daß die Reduzierung der Löhne veranlasst worden ist, um die Männer für die Freiwilligenbataillone und die Frauen für einen Arbeitseinsatz im Altreich anwerben zu können.

In Lissino konnte der Bürgermeister des Ortes, der sich des besonderen Vertrauens der deutschen Wehrmachtsstellen erfreute und im Stabsgebäude wohnte, des verbotenen Waffenbesitzes, der führenden Zusammenarbeit mit Partisanen und der Spionage überführt werden. Der Bürgermeister war im Besitz der neuesten deutschen A.V. I für den Winterkrieg und eines Sendegeräts, Er sowie 5 weitere Personen wurden erschossen.

In Tossno musste erstmalig ein russ. amtierender Pope wegen Widerstand gegen deutsche Anordnungen erschossen werden.

Estnische Fischer, die z.T. durch die Kriegseinwirkungen stark gelitten haben, klagen darüber, daß die Preise, die ihnen für ihre Produkte von der Fischereizentrale gezahlt werden, zu niedrig seien. Auf dem Markt seien andererseits die Fischpreise unverhältnismässig hoch.

Die Metallsammelaktion wird in weitesten Kreisen der Bevölkerung Estlands zum Anlass genommen, die Bereitwilligkeit in der Unterstützung im

Kampf gegen den Bolschewismus zu beweisen. Noch stärker als bei der Wollsachensammlung wird dabei versucht, Lettland und Litauen zu übertrumpfen. Tatsächlich beweist auch das Ergebnis der 1. Woche von rd. 112 000 kg (Reval) bereits, daß die Opferfreudigkeit im Vergleich zu der der Letten, die in 2 Wochen 55 000 kg (Riga) gespendet haben, bedeutend grösser ist.

Aus L i t a u e n :

In Wilna wurden weitere 16 Personen festgenommen, die an der Fälschung von Lebensmittelkarten beteiligt waren.

In der Umgebung von Pabrade wurden am 25.3. bei der Aufrollung einer Partisanenorganisation, die sich vor allem mit Eisenbahnanschlägen befaßt, z.T. bewaffnete Polen festgenommen.

Über Antalgin, Krs. Zurasai wurden in der Nacht vom 25. zum 26.3. durch russ. Flugzeuge in grosser Zahl Flugblätter in deutscher Sprache abgeworfen. Die Flugblätter enthalten Auszüge aus der bekannten Molotowrede an die Litauer.

In der Nacht des 26.3. wurde in der Nähe des Dorfes Uzusaliai bei Jonova der Abschuss von verschiedenfarbigen Leuchtraketen beobachtet. Bei der Fahndung nach den Tätern wurden die eingesetzten Streifen aus einem Waldstück beschossen. Als Täter dürften russ. Kriegsgef. in Betracht kommen, die durch den Abschuss der Raketen Verständigung mit einer anderen Gruppe gesucht haben.

Im Stadt- und Landkreise Schaulen wurde eine bolschewistische Terroristengruppe ermittelt, die Anhänger warb und diese mit Waffen versah, um sie zu einem geeigneten Zeitpunkt gegen die deutschen

Besatzungstruppen einzusetzen. Bisher wurden 12 Angehörige festgenommen. Die Mitglieder bestehen in der Hauptsache aus russ. Kriegsgef. und ehem. Kommunisten russ. und poln. Volkszugehörigkeit. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Aus W e i ß r u t h e n i e n :

Am 25.3. wurde im weissruthenischen Theater in Minsk der weissruthenische Nationaltag feierlich begangen. Es sprachen Pfarrer G o d l e w s k i und die weissruthenischen "Nationalsozialisten" A b r a m o w i t s c h und K o s l o w s k i . An den Führer wurde ein Danktelegramm gesandt. Gen.Komm. Kube liess sich vertreten. Die nicht mit den weissruthenischen Nationalsozialisten sympathisierenden Emigranten blieben mit Ausnahme von Pfarrer Godlewski und Prof. I w a n o w s k i der Feier fern. Der Besuch der Veranstaltung war im Hinblick auf die Bedeutung des Tages für das weissruthenische Volk schlecht. In der weiteren Öffentlichkeit war von der Feier nichts bekannt.

Ähnliche Veranstaltungen fanden in Nowgorod, Slonin und Witebsk statt.

Weissruthenische Kreise wollen wissen, daß der ehem. Leiter der weissruthenischen MSP. A k y n t s c h i t i n nach Rücksprache mit dem OKH vom Ostministerium die Erlaubnis bekommen hat, aus den Kriegsgefangenenlagern in den besetzten Gebieten die noch vorhandene kommunistisch nicht infizierte weissruthenische Intelligenz herauszusuchen, um sie für den Aufbau Weissrutheniens zu verwenden.

Bei den deutschen Zivil- und Parteibehörden laufen in der letzten Zeit überraschend viele Bitt-

und vor allem Beschwerdeschriften ein. Die Einheitlichkeit der Formulierung dieser Eingaben lässt den Schluss zu, daß gegnerische Kreise dieses plötzlich flutartige Anwachsen in Szene setzen, um nicht nur die deutschen Behörden mit Arbeit zu überschütten, sondern vor allem auch um die Bevölkerung von der Hilflosigkeit der deutschen Behörden zu überzeugen.

Von den bisher im Gebiet des Gen.Komm. Weissruthenien für den Arbeitseinsatz im Altreich erfaßten 8 769 Zivilarbeitern und 2 383 Kriegsgefangenen ist bisher noch kein Transport im Altreich eingetroffen, da das Auffanglager Quarantänegebiet ist. Im Hinblick auf die aus Weissruthenien erhofften rd. 200 000 Arbeitskräfte für das Altreich sind die bisherigen Erfassungsergebnisse gering.

Die Agrarreform in Weissruthenien soll noch vor der Frühjahrsbestellung vollzogen werden. Die 1. Genehmigungserteilung zur Auflösung der Kolchose wird der Bevölkerung am Ostersonntag bekannt gegeben. Die Zivilverwaltung erwartet durch diese Bekanntgabe gerade am Ostersonntag stimmungsmässig grossen Erfolg.

Nach den ersten Meldungen über die Teilnahme der Bevölkerung Weissrutheniens an der Metallsammlung sind die Eingänge der freiwilligen Spenden überraschend gering. Der Priesterschaft ist anheimgestellt worden, ihren Dank für die Befreiung von der Bolschewistenherrschaft durch die deutschen Truppen durch freiwillige Abgabe eines Teiles der Kirchenglocken abzustatten.

Am 30.3. wurden vom deutschen Sondergericht in Minsk 15 Angehörige der deutschen Reichsbahn wegen Verbrechens nach der Volksschädlingsordnung

67

verurteilt. Sämtliche Angeklagten hatten auf einem Güterbahnhof in Minsk einen an die Front abgehenden Truppenwirtschaftstransport beraubt. Das Urteil lautet gegen 5 Angeklagte auf Todesstrafe, gegen 9 andere auf Zuchthaus von 2 - 12 Jahren. In einem Fall erfolgte Freispruch.

Aus dem Bereich der Stapostelle A l l e n s t e i n:

Am 2.3.42 um 13 Uhr entstand zwischen dem Reservepolizei-Bataillon Nr. 13 und 20 Partisanen, die sich unter der Führung eines russischen Leutnants in einem vereinzelt stehenden Gehöft etwa 7 - 8 km nordwestlich von Dobrowola an der Eisenbahnlinie Bialystok - Wolkowysk eingenistet hatten, ein Feuergefecht.

Im Verlauf desselben wurden 17 Partisanen, darunter ihr Führer, getötet, während auf Seite des Reservepolizei-Bataillons Nr. 13 keine Verluste entstanden.

3 Partisanen gelang es, in die nahegelegenen Wälder zu entkommen.

Von der Einsatzgruppe 3 liegen keine Meldungen vor.

- 29 -

Einsatzgruppe C:

Standort: K i e u .

In der Zeit vom 1.3. bis 3.4.1942 wurden im Bereich des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD für die Ukraine insgesamt 1315 Personen der Sondernassnahme zugeführt. Davon waren 185 politische Funktionäre, 121 Saboteure und Plünderer 1009.

-255-

./.

Einsatzgruppe DStandort: Simferopol.Allgemeine Lage:

Die Tatsache, daß an beiden Fronten der Krim den Russen trotz grösster Anstrengung Erfolge versagt blieben, hat die Lage wieder gefestigt und die Bevölkerung zusehends beruhigt. Insbesondere hat das Erscheinen neuer Truppen auf der Krim, vor allem der neuen Panzerverbände das Vertrauen zur deutschen Führung gestärkt.

Mit einer Rückeroberung der Krim wird kaum mehr gerechnet, vielmehr sieht der Grossteil der Bevölkerung der deutschen Frühjahrsoffensive mit gespannten Erwartungen u. grossen Hoffnungen entgegen. Gedrückte Stimmung und Furcht vor den Roten besteht ausser in Frontnähe an einigen Küstenstreifen, vor allem in den luftgefährdeten Gebieten zwischen Simferopol-Sarabus, Saki und um Dshankoi. Besonders das Letztere als wichtigster und empfindlichster Punkt der Eisenbahnverbindungen zur Krim ist Tag und Nacht Luftangriffen ausgesetzt. Die Stadt ist erheblich zerstört und von der Bevölkerung verlassen. Erst am 30.3. forderte ein Bombenvolltreffer in der Unterkunft der Tskp. 10 Tote und 15 Verletzte. Das Teilkommando in Dshankoi ist zeitweise voll zur Sicherung der Eisenbahn gegen Fallschirmspringer und sonstige Anschläge eingesetzt.

In diesen Gebieten findet auch die Flüsterpropaganda immer wieder Boden, zumal wenn örtliche Mißstände oder Fehler amtlicher Stellen sie begünstigen. So in Alushta, wo der Bürgermeister in einer stark an Sowjetmethoden erinnernden Form eine Reihe unsozialer Steuern, darunter eine Kopfsteuer einführte.

Grösstes Interesse begegnete im Einsatzbereich die Ankündigung der Aufhebung des Kollektivsystems. Während man jedoch die Umwandlung der Kollektivwirtschaften in Gemeinwirtschaften lediglich als eine Namensänderung beargwöhnt, hat die Bekanntmachung von der Land- bzw. Prämienzuteilung für Verdienst bei der Bekämpfung der Partisanen und Kommunisten überall grosse Freude ausgelöst

An grösseren Epidemien trat im Bereich des EK 12 Flecktyphus in einer Stärke von 80 bis 100 akuten Fällen je Rayon auf.

Die Wanderungsbewegung aus der Süd- in die Nordkrim hält weiter an. Eine teilweise durchgeführte Beschränkung stiess auf völliges Unverständnis der Bevölkerung und ist bzw. wird wieder aufgegeben werden. Allein aus der Stadt Bachtschissaraij siedelten im März über 1 200 Personen in die Nordkrim über.

Die weiterhin starke Tätigkeit der Partisanen hat sich von Einzelüberfällen auf deutsche Soldaten oder Fahrzeuge mehr in Richtung auf Aktionen und Massenangriffe gegen Dörfer zur Beschaffung von Lebensmitteln verlagert. Die Tskp. der Einsatzgruppe haben sich bei der Zurückschlagung dieser Angriffe besonders bewährt.

Ernährungslage:

Auf dem Lande bestehen im allgemeinen keine ernstesten Ernährungsschwierigkeiten. Hier hat die Bevölkerung grösstenteils noch so viel Lebensmittel zurückbehalten, daß sie bis zur neuen Ernte nicht ernsthaft hungergefährdet erscheint. In den Städten ist dagegen die Zuteilung von Lebensmitteln äusserst knapp. Der Grund liegt vor allem in den Transportschwierigkeiten.

71

In Alushta musste die Brotration wieder herabgesetzt werden. Die in Volksküchen ausgegebenen Eintopfessen sind durchschnittlich schlecht und haben wenig Nährwert. In Bachtschissaraij musste die Volksküche wieder aufgegeben werden.

Die Hoffnungen auf den Fischfang haben sich infolge der auch in der Berichtszeit anhaltenden kalten Witterung nicht erfüllt.

Die durchschnittliche Tagesration an Brot beträgt für in Arbeit Stehende in den Städten allgemein 300 Gramm, für Arbeitslose 200 Gramm.

Wo von den Behörden sichtbare Maßnahmen zur Besserung der Lage und zu einer gerechten Verteilung, z.B. Einführung einer Brotkarte, ergriffen worden sind, bringt die Bevölkerung den kriegsbedingten Schwierigkeiten der Ernährungslage Verständnis entgegen. Schleichhandel, Hamsterei und Preissteigerungen blühen aber weiterhin.

Die sonstige wirtschaftliche Lage ist gekennzeichnet durch die nahezu vollständige Auspumpung des Landes und grosse Schwierigkeiten bei der Frühjahrsebestellung infolge Fehlens von Saatgut und Arbeitsmitteln.

Sicherheitspolizeiliche Arbeit:

Die intensive sicherheitspolizeiliche Arbeit im Einsatzgebiet bewirkte, daß jetzt alle Ortschaften vor allem auf der Krim wenigstens einmal durchgekämmt sind. Breitenarbeit, gestützt auf gesäuberte und ausgerichtete Ortsmilizen, ein ausgebautes VM- und Nachrichtensystem, sowie auf die im grossen Ausmasse erreichte tätige Mitarbeit der Bevölkerung brachte dabei gute Erfolge.

Nach der Säuberung des Einsatzgebietes, insbesondere der Krim von Widerstandsnestern und gegnerischen Truppen, werden im steigenden Maße untergetauchte und getarnte bolschewistische Funktionäre unschädlich gemacht.

Juden, Krimtschaken und Zigeuner sind ausser wenigen kleinen, gelegentlich im Norden der Krim auftauchenden Truppen nicht mehr vorhanden. Wo sie als Einzelpersonen mittels falscher Ausweise usw. sich tarnen konnten, werden sie früher oder später doch erkannt, wie die Erfahrungen der letzten Wochen zeigten.

Partisanen:

Die Partisanen führten in der Berichtszeit weniger Überfälle auf deutsche und rumänische Wehrmachtsfahrzeuge durch, sondern versuchten durch Angriffe auf Dörfer unter allen Umständen zu Lebensmitteln zu kommen.

So griffen 500 Partisanen die Ortschaft Baksan an. Die Tskp. hielt das Dorf in mutiger Verteidigung viele Stunden lang bis deutscher Einsatz eintraf. Sie hatten dabei 8 Tote und 3 Schwerverletzte. 200 Partisanen, die am 24.3. das Dorf Beschui überfielen, wurden von der dortigen Tskp., noch vor Eintreffen deutscher Verstärkung in die Flucht geschlagen.

Vom 14. bis 16.3. wurden auf Grund der Erkundungsergebnisse des EK 11 b unter Beteiligung einer Tskp. von deutschen und rumänischen Truppen, darunter 2 Panzern und einer halben Batterie Nebelwerfern, eine Grossaktion gegen Partisanentruppen in Gegend Alljanma-Tschormalik und Beschui durchgeführt, bei der 353 Partisanen getötet, eine Menge Lebensmittel und Waffen erbeutet und vernichtet wurden.

Durch Nachrichtenarbeit und eine Reihe von erfolgreichen Aufklärungsvorstössen sind jetzt nahezu sämtliche Partisanengruppen und Lager auf der Krim erkundet. Unter anderem auch das als Zentrale anzusprechende grösste Partisanenlager südlich Baksan mit einer Stärke von über 2 000 Mann.

Die Partisanen wurden in letzter Zeit in steigendem Maße von roten Flugzeugen mit Verpflegung, Munition und Nachrichtenmitteln, wie Funkempfangs- und Sendegeräten versorgt. Nördlich Simeis wurde von einem Aufklärungstrupp der dortigen Tskp. eine Sendung vollkommen neuer Waffen nach dem Abwurf in einem sofort gestarteten Unternehmen erbeutet. Im Raum Aluschtsa konnte ein Fallschirm mit Lebensmitteln unversehrt sichergestellt werden.

Einwohner des Dorfes Laki bei Bachtschissaraj hatten ständige Verbindung mit Partisanengruppen, gewährten ihnen nachts Quartier und versorgten sie mit Lebensmitteln. Am 23.3. förderte eine Strafaktion gegen das Dorf eine solche Fülle von Lebensmitteln zutage, daß die Partisanen bis zur neuen Ernte hätten davon leben können. Die 15 Hauptbeteiligten, darunter der Bürgermeister wurden erschossen, die Einwohnerschaft evakuiert und das Dorf niedergebrannt.

In der zweiten Märzhälfte wurden insgesamt 1501 Personen exekutiert.

	588	Juden
Davon	405	Kommunisten
	247	Partisanen
	261	Asoziale einschliesslich Zigeuner

Gesamtzahl bisher 91 678.

24

III. Reich und besetzte Gebiete:

Der Kdr.d.Sipo u.d.SD in Veldeš meldet:

Am 2.4.42 um 20 Uhr wurde eine deutschfreundlich eingestellte Einwohnerin auf einen Waldweg unweit von L o s e erschossen aufgefunden. Sie wurde ohne Zweifel von kommunistischen Banditen ermordet.

Am 2.4.42 um 4.30 Uhr hat eine andere kommunistische Bande in der Nähe der Gemeinde K r a x e n - Bez. Stein - eine Transformatorenanlage durch Sprengungen zerstört. Der Sachschaden steht noch nicht fest.

Fahndungs- und Vergeltungsmassnahmen sind eingeleitet.

Der Kdr. d. Sipo u.d.SD i.d.Untersteiermark meldet:

Am 4.4.42 wurde gegen 22.30 Uhr in Trifail die am 4.12.91 geb. Theresia M a c h n i t s c h von zwei kommunistischen Banditen ermordet. Dem Sohn der Machnitsch, dem eigentlich dieser Anschlag galt, gelang die Entwaffnung eines der Banditen, jedoch konnten beide entkommen.

In der gleichen Nacht wurde in Trifail auf das Anwesen des Bauern P r a n i k a r ein Brandanschlag verübt, dem zwei Scheunen, 2 Pferde und 8 Rinder zum Opfer fielen. Auch in diesen Fall sind die Täter in kommunistischen Kreisen zu suchen.

In der Ortschaft S w i r Ikotnkopwike wurden in der Nacht zum 4.4.42 vier Anwesen durch Brandlegung eingeäschert. Es wird vermutet, dass es sich bei den Tätern um einen nach der Provinz Laibach geflüchteten Slowenen handelt.

Vergeltungsmassnahmen werden eingeleitet.

Geheime Reichssache

77 Ausfertigungen

57 Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 191

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen:

Zeit: 10.4.1942

Höherer W- u. Pol. Führer Nord (101)

(W-O'Gruf. Jeckeln)

Standort:

Riga

Befehlshaber der Sipo u. d. SD Ostland

(W-Brif. Jost)

Standort:

Riga

N-Verbindungen:

FS., FT Riga

Kommandeur der Sipo u. d. SD f. d. Gen. Bez. Estland

(W-Stubaf. RR. Dr. Sandberger)

Standort:

Reval n. Dienststellen in
Narwa, Dorpat, Kingisepp,
Krasnoje-Selo, Luga und
Pleskau

N-Verbindungen:

FT, FS Reval, FT Pleskau.
Feldpost-Nr. 15 119

Kommandeur der Sipo u. d. SD f. d. Gen. Bez. Lettland

(W-Stubaf. RR. Dr. Lange)

Standort:

Riga n. Dienststellen in
Libau, Wolmar, Dünaburg

N-Verbindungen:

FT, FS Riga
Feldpost-Nr. 15 447

76

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Litauen
(-Staf. Jäger)

Standort: Litauen n. Dienststellen in
Wilna u. Schaulen

N-Verbindungen: FT, FS Wilna und Schaulen
Feldpost-Nr. 15 641

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Weissruthenien
(-Stubaf. RR. Strauch)

Standort: Minsk n. Dienststellen in
Wilnska und Baranowitschi.

N-Verbindungen: FT und FS Minsk
Feldpost-Nr. 15 641

Chef der Einsatzgruppe A

(-Brigf. Jost)

Standort: Krasnogwardisk

N-Verbindungen: FT, FS Riga, FT Krasnogwar-
deisk

Feldpost-Nr. 15 119

Höherer - und Pol.Führer Mitte (102)

(-Ob.Gruf. v.d.Bach)

Standort: Mogilew

Chef der Einsatzgruppe B

(-Oberführer Naumann)

Standort: Smolensk

N-Verbindungen: FT. Smolensk
Kurierverbindung über War-
schau und Fernsprecher über
VO Smolensk

Feldpost-Nr. 37 857.

./.

Sonderkommando 7a (H.-O. Stubaf Rapp)

Standort: Klinzy
N-Verbindungen: FT Klinzy
Feldpost-Nr. 85 607

Sonderkommando 7b (H.-O. Stubaf. Ott)

Standort: Brjansk m. Trupp in Orel
und Kursk
N-Verbindungen: FT Orel
Feldpost-Nr. 18555

Einsatzkommando 8 (H.-Stubaf. RR. Richter)

Standort: Mogilew m. Trupp in Boris-
sow, Orscha, Gomel u.
Bobruisk
N-Verbindungen: FT Smolensk
Feldpost-Nr. 37 867

Einsatzkommando 9 (H.-O. Stubaf. Hebens)

Standort: Witebsk m. Trupp in Smolensk,
Newel, Polozk u. Lepel
N-Verbindungen: FT Witebsk
Feldpost-Nr. 37 857

Höherer H.- u. Pol. Führer Süd (103)

(H.-Obergruf. Frützmann)

Standort: Rowno

Befehlshaber der Sipo u. d. SD Ukraine

(H.-Brigf. Dr. Thomas)

Standort: Kiew
N-Verbindungen: FT Kiew, FS Rowno, v. dort Ku-
rier
Feldpost-Nr. 32 704

Kdr. d. Sipo u. d. SD f. d. Gen. Bez. Wolhynien

(H.-O. Stubaf. RR. u. Kr. R. Dr. Fütz)

Standort: Rowno
N-Verbindungen: FT Rowno

- + -

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Shitomir
(-Stubaf. RR. Dr. Ratzesberger)

Standort: Shitomir
N-Verbindungen: FS Shitomir

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Kiew
(-O.Stubaf.Dr. Ehrlinger)

Standort: Kiew
N-Verbindungen: FT Kiew, FS Lemberg, von dort Kurier

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Tschernigow
(-Stubaf. Christensen)

Standort: Tschernigow
N-Verbindungen: FT Kiew, v.dort Kurier od. FT Ordpo.

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Nikolajew
(-Stubaf. RR. Dr. Spann)

Standort: Nikolajew
N-Verbindungen: FT Nikolajew

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Charkow
(-Stubaf. RR. Dr. Kranebitter)

Standort: Charkow
N-Verbindungen: FT Charkow.

Kdr.d.Sipo u.d.SD f.d.Gen.Bez. Dnjepropetrowsk
(-Stubaf. Mulde)

Standort: Dnjepropetrowsk
N-Verbindungen: FT Dnjepropetrowsk.

Chef der Einsatzgruppe C

(-Brigf. Dr. Thomas)

Standort: Kiew
N-Verbindungen: FT Kiew, FS Lemberg, von dort Kurier
Feldpost-Nr. 32 704

Sonderkommando 4a (-O.Stubaf.CRR. Dr. Weinmann)

Standort: Charkow
N-Verbindungen: FT Charkow
Feldpost-Nr. 32 704

Sonderkommando 4b (-Stubaf. H. Dr. Maensch)

Standort: Gorlowka
N-Verbindungen: FT Gorlowka
Feldpost-Nr. 34 310

Einsatzkommando 6 (-Stubaf. RR. Mehr)

Standort: Stalino
N-Verbindungen: FT Stalino
Feldpost-Nr. 35 979

Kommando beim Befehlshaber des rückwärtigen

Heeresgebietes (-H. Stuf. Plath)

Standort: Krementschug
N-Verbindungen: FT Krementschug.

Höherer H.-u. Pol. Führer z. b. V.

(-Brigf. Korsemann)

Standort: Rowno

Chef der Einsatzgruppe D

(-Oberf. Ohlendorf)

Standort: Simferopol
N-Verbindungen: FT Simferopol
Feldpost-Nr. 47 540

Sonderkommando 10 a (-O. Stubaf. CRR. Seetzen)

Standort: Taganrog m. Trupp in Mariupol
u. Melitopol
N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540

Sonderkommando 10 b (-Stubaf. Persterer)

Standort: Feodosia m. Trupp in Sudak
u. Oshankeij
N-Verbindungen: FT Feodosia
Feldpost-Nr. 47 540

Einsatzkommando 11 b (-Stubaf. RR. Dr. Braune)

Standort: Simferopol m. Trupp in
Jewpatoria, Aluscha, Ka-
rabubasar.
N-Verbindungen: FT. Simferopol u. Aluscha
Feldpost-Nr. 47 540

Einsatzkommando 12 (-Staf. Min. Dirigent Dr. Müller)

Standort: Fedorowka n. Truppi in Polagi,
Biukxas u. Gulja-Pole

N-Verbindungen: FT Fedorowka
Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A:

Standort: K r a s n o g w a r d e i s k .

Die Lage in Leningrad.

Aufgrund der laufenden Erkundungstätigkeit der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD ergibt sich über die weitere Entwicklung der Gesamtlage in Leningrad folgendes:

1. Bevölkerung:

In gesteigertem Masse wurde die Verbindungsstrasse über das Eis des Ladoga-Sees von den Leningrader Behörden auch weiterhin nicht nur zur Veranschaffung von Kriegsmaterial und Lebensmitteln, sondern in gesteigertem Masse auch zur Evakuierung eines Teiles der Bevölkerung nach dem Innern der Sowjetunion benutzt. Über den Umfang dieser Evakuierungsmassnahmen liegen keine genauen Zahlen vor. Bekannt ist jedoch, dass sämtliche Fahrzeuge und Eisenbahnzüge, die zum Antransport von Lebensmitteln und Kriegsmaterial eingesetzt werden, bei der Leerfahrt zum Hafen "Ladoshskoje Osero" (Endpunkt der Ladoga-Strasse) Flüchtlinge fortschaffen. Die Züge werden vom Finnischen Bahnhof abgefertigt, in dessen Umgebung die Strassen voller Flüchtlinge sind, die das zugelassene Gepäck, 32 kg je Person, meist auf Handschlitten mit sich führen. Zur Evakuierung gelangen in erster Linie die Angehörigen von Sowjetbeamten und Sowjetoffizieren; vornehmlich jedoch Juden drängen sich dazu. Auch Militär-LKW's ./.

fahren fast niemals leer zum Ladoga-See. Sie werden in erster Linie zum Abtransport der Familien von Angehörigen der Roten Armee eingesetzt, nehmen jedoch vielfach statt dessen Juden mit, die diese Beförderung dem Bahntransport vorziehen, da sie mit dem LKW gleich an das andere Ufer des Sees gebracht werden. Der Bestechungssatz soll 2 000 bis 3 000 Rubel für eine Fahrt betragen. Nach einer rohen Schätzung dürften seit Anfang Januar täglich bis zu 2.500 Personen auf diesem Wege die Stadt verlassen haben. Festzuhalten ist dabei jedoch, dass lt. einer Verfügung vom 20.2.42 auch der Zivilbevölkerung des Oranienbaumer Kessels freigestellt wurde, über Kronstadt und Leningrad ins Innere Russlands zu evakuieren.

Umfangsmässig weit bedeutender als der Abzug über den Ladogasee ist die Verminderung der Leningrader Bevölkerung durch das unverändert anhaltende Massensterben. Die angegebenen Zahlen der täglichen Todesfälle schwanken, liegen aber durchweg über 8.000. Die Todesursachen sind Hunger, Erschöpfung, Herzschwäche und Darmkrankheiten. Eigentliche Epidemien wurden nicht gemeldet. Aus dem Bestand der Leningrader Luftschutzorganisation PWHO sollen etwa 50 v.H. gestorben sein, der Rest erhofft einen Einsatz an der Front wegen der dort zu erwartenden besseren Verpflegung. Leere Wohnungen, ^{die} vormals in der überbevölkerten Stadt nur mit ungeheuren Schwierigkeiten und durch grosse Bestechungen zu erhalten ^{waren}, stehen heute in grosser Zahl zur Verfügung.

8

Nach einer nicht nachprüfbaren Meldung sollen am 1.1.42 vom Versorgungsamt des Leningrader Stadtsovjets 2.125 500 Zivil-Lebensmittelkarten ausgegeben worden sein, Anfang März jedoch rd. 600 000 Karten weniger. Dieser Rückgang sei in erster Linie auf den Hungertod, in zweiter auf die Evakuierungsmassnahmen zurückzuführen. Diesen Zahlen kann eine relative Glaubwürdigkeit zugewilligt werden unter Zugrundelegung der Annahme, dass die Versorgung der zur Arbeiterwehr eingezogenen Männer mit Lebensmittelkarten von einer anderen Stelle aus erfolgte. Auch die erneute Heraussetzung der Brotrationen auf 700 gr. bzw. 400 und 300 gr. täglich spricht dafür, dass die Zahl der zu Versorgenden um einen erheblichen Prozentsatz abgenommen hat, da nachweislich die Brotreserven im Dezember nahezu aufgezehrt waren und die hundertprozentige Erhöhung der Zuteilungen gegenüber dem Dezember schon rein mengenmässig nicht einzig auf Nachschubtransporten basieren kann. Nach wie vor findet man auf der Strasse Leichen von Personen, die aus Erschöpfung zusammengebrochen sind. Oft werden sie in den Abendstunden von der Bevölkerung entkleidet und bleiben so einige Tage liegen, bis sie abgeführt werden. Juden sollen unter den Toten nicht zu sehen sein; im Gegenteil sollen sie, wo man sie sieht, noch einen relativ wohlgenährten Eindruck machen. Doch nimmt ihre Zahl merklich ab.

2. Stimmung der Bevölkerung

Wie berichtet wird, ist die judenfeindliche Strömung, die bis zum Februar spürbar zugenommen

84

hatte, in letzter Zeit zum Stillstand gekommen. Erklärt wird diese Erscheinung zum Teil in den erfolgreichen Bemühungen der Sowjetbehörden, die Ernährungslage zu bessern, zum Teil in der allgemeinen Lethargie und Gleichgültigkeit politischen Fragen gegenüber. In der Öffentlichkeit diskutiert werden einzig Ernährungsprobleme. Die Sowjetpropaganda arbeitet stark mit Siegesnachrichten von verschiedenen Frontabschnitten, die allerdings meist auf Unglauben stossen, da die mehrfach angekündigten Termine für eine Entsetzung der Stadt sich nicht bewahrheitet haben. Im grossen und ganzen ist die Frage, ob die Stadt den Deutschen in die Hände fallen oder von den Sowjets entsetzt wird, der Bevölkerung gleichgültig. Doch hofft man mit dem Eintritt der wärmeren Witterung auf den Beginn neuer militärischer Operationen, die so oder so eine Änderung der unerträglichen Lage bringen sollen.

5.) Versorgungslage.

Am 15. 2. 1942 erfolgte abermals eine Erhöhung der Lebensmittelrationen.

Die Normen sind im einzelnen unsicher, zumal die zustehenden Rationen nicht immer erhältlich sind und vor allem grundsätzlich verfallen, wenn sie nicht zum Termin entnommen werden. Häufig sind die Klagen, dass ausser Brot praktisch überhaupt nichts zu erhalten sei. Die tägliche Brotration beträgt nun

für Arbeiter 500 gr.,

" Angestellte 400 gr.,

" Fam. Angehörige 300 gr.

./.

Als sicher kann gelten, daß die Regelung des Zuteilungswesens niemals soweit funktionierte, daß für die Gesamtbevölkerung die Ausgabe der offiziell zustehenden Normen . . gewährleistet war.

An Fleisch wird gewöhnlich Pferdefleisch ausgegeben, Brot und Grütze sind stark gestreckt. Im November und Dezember bestand die Streckmasse aus einer Mischung von Torf und Papier, welche im "Kirow"-Werk Nr. 3 (Planquadr. Q 3), westlich der Kalininstraße, einem früheren Zellulosewerk, hergestellt wurde.

Die Arbeiterschaft in Leningrad wird vielfach über die Werkkantinen bzw. Speisehäuser versorgt gegen Abgabe der entsprechenden Kartenabschnitte. In diesen wird ausgegeben: Pferdefleisch (selten), Kohl (gewöhnlich Sauerkrautrückstände: Deckblätter, Kerne), Makkaronisuppen, Omeletts und andere Speisen aus Eierpulver und Mehlbrei, der stark mit Ersatzmitteln gestreckt und sehr unbeliebt ist.

In den Gefängnissen bzw. Konzentrationslagern ist die Verpflegung knapp, aber relativ günstig und lag sogar zeitweise über den an die Zivilbevölkerung ausgegebenen Normen (im Dezember und Jan. z.B. je nach dem Arbeitseinsatz 200 gr. bzw. 270 gr. Brot, während die allgemeinen Normen zur gleichen Zeit 125 gr. bzw. 250 gr. betrugen). Z.Zt. beträgt sie je nach dem Arbeitseinsatz 300 gr. bzw. 250 gr. Brot sowie zwei Mal täglich eine dünne Suppe mit etwas Grütze und Pflanzenfett..

Im Tauschhandel bzw. Schwarzhandel, der neuerdings von der Miliz sehr schwer verfolgt wird, sind die meisten Lebensmittel nur in sehr geringen

16

Mengen erhältlich. Die dafür bezahlten Preise in Geld sind völlig phantastisch, da Geld ungern genommen wird. Der Leningrader Einzelhandel liegt nahezu brach. Die meisten Geschäfte sind geschlossen, Textilien und Schuhwaren so gut wie ganz aus den Auslagen verschwunden und nur in sehr beschränkten Mengen auf Karten erhältlich.

Die Stromversorgung der Stadt ist ausserordentlich knapp. Die Straßenbahn verkehrt überhaupt nicht. Die Zivilbevölkerung erhält keinen Strom für Beleuchtungszwecke, wohl aber sind eine Reihe Strassenlautsprecher wieder in Betrieb genommen worden, welche politische Nachrichten, Frontmeldungen sowie amtliche Bekanntmachungen durchgeben. Eine Reihe von Behörden arbeiten mit elektrischem Licht, so z.B. die Milizreviere, die Kriegskommissariate u.ä. Auch die wichtigsten Rüstungsbetriebe werden mit Strom versorgt.

An Zeitungen erscheint täglich die "Leningrader Prawda" in verkleinertem Format und zweiseitig. Die Auflage ist sehr verringert, die Abonnements sind aufgehoben und Zeitungen nur in den Kiosken und auch da bloss beschränkt erhältlich. Die "Moskauer 'Prawda'" erscheint vierseitig, ist jedoch noch seltener zu haben.

Die Post arbeitet ebenfalls mit grossen Einschränkungen. Briefe müssen in den Postämtern abgegeben werden. Die Postkästen werden nicht geleert. Das Austragen der Post verzögert sich infolge der starken Verringerung der Arbeitskräfte ausserordentlich. Briefe aus dem Innern Russlands kommen an, jedoch nur selten und mit monatelangen Verzögerungen und stets von der Zensur geöffnet. Auch Telegramme treffen mit einer Verzögerung von mehreren

Wochen ein. Die privaten Fernsprecher sind durchweg stillgelegt, die Apparate z.T. abmontiert worden. Nur die Postfernsprecher arbeiten.

Zur Regelung des Brennstoffbedarfs werden Holz-Bezugscheine ausgegeben, mit denen die Zivilbevölkerung viel Ärger hat, da Brennholz ausserordentlich schwer erhältlich ist. Das wilde Abreisen von zerstörten Häusern ist durch die Miliz erheblich gebremst worden. Im allgemeinen ist die Beheizungsfrage durch Aufstellung kleiner blecherner Sparöfen, sogen. "Burshuiki", gelöst worden, so daß gewöhnlich wenigstens ein Zimmer heizbar ist, in dem sich die Bewohner zusammendrängen.

Die Wasserleitung ist fast durchweg eingefroren, das Wasserwerk selbst aber anscheinend nicht zerstört. In den meisten Fällen versorgt sich die Bevölkerung mit Wasser aus der Nawa oder aus den Kanälen.

4. Tätigkeit der Partei und ihrer Organe.

Der Verteidigungsrat Leningrads setzt sich unter dem Vorsitz des Oberbefehlshabers der Leningrader Front, Generalleutnant H o s i n , wie folgt zusammen:

S h d a n o w ,	I. Sekretär des Leningr. Gebietskomitees,
P o p k o w ,	Vorsitzender des Leningr. Stadtsowjets,
K u s n e z o w ,	II. Sekretär des Leningr. Gebietskomitees,
K a p u s t i n ,	III. Sekretär des Leningr. Stadtkomitees.

Die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln erfolgt unter Aufsicht P o p k o w s durch die Handelsabteilung des Leningrader Stadt-sowjets, die von einem A n d r e j e n k o geleitet wird.

Es besteht der Eindruck, daß nach einer Periode weitgehender Depression und Desorganisation, die ihren Höhepunkt etwa um die Weihnachtszeit hatte, aber noch weit in den Januar hinein reichte, die Leningrader Parteibehörden die Ordnung in der Stadt weitgehend wiederhergestellt haben. Die Miliz arbeitet straffer und ist in letzter Zeit besonders auf den Schwarzhandel angesetzt worden. Von Raubüberfällen ist seit Anfang Februar nichts gemeldet worden.

Die Propaganda arbeitet rege und bedient sich dabei sowohl der Zeitungen wie auch der Straßenlautsprecher. Ferner werden Schallplatten besprochen und in Kasernen, auf den Kriegsschiffen und in den Sammelunterkünften der zur Arbeiterwehr eingezogenen Arbeiter abgespielt.

Die Gefängnisse sind überfüllt. 80% der Inhaftierten besteht aus Angehörigen der Roten Armee oder sitzt wegen Versäumnissen bei der Durchführung von Heeresaufträgen ein.

Einzelmeldungen:

Aus E s t l a n d :

Am 30.3.42 wurden im Kreise Harrien in der Gegend bei Raasiku beim Absprung 2 von einem Flughafen bei Leningrad eingesetzter russ. Fallschirmspringer estnischer Nationalität festgenommen. Die beiden Esten sollten als Spione tätig werden. Sie waren unter anderem auch mit 2 Funkgeräten ausgerüstet, die sichergestellt werden konnten.

Aus L e t t l a n d :

Die in den letzten Tagen eingeleitete Aktion gegen die KP führte infolge intensiver Nachrichtendienstlicher Vorbereitung zu einem vollen Erfolg. Insgesamt wurden bisher 152 Personen festgenommen, darunter sämtliche führenden Köpfe. Die KP-Leute unterhielten engste Verbindung zu Partisanen und Kriegsgefangenen. Entflohene Kriegsgefangene konnten aus ihren Verstecken herausgeholt werden. Umfangreiches Fälschermaterial und Waffen, ferner Dum-Dum-Geschosse und Explosivstoffe sind sichergestellt. Die Organisation plante Attentate auf führende Persönlichkeiten. Ein Fallschirmspringer hat bereits zugegeben, den Auftrag gehabt zu haben, den General D a n k e r s und den Oberst W e i s s zu beseitigen. Die Vernehmungen dauern z.Zt. noch an.

Aus L i t a u e n :

In Wilna wurden am 26. und 27.3.42 polnische-katholische Klöster wegen deutschfeindlicher Betätigung der Insassen nach Sicherstellung des vorgefundenen Materials geschlossen.

Insgesamt wurden 253 Klosterinsassen, davon 64 männliche und 189 weibliche Personen in Schutzhaft genommen.

In den Nachmittagsstunden des 2. April gingen zwischen Pirsiai und Rokischken 6 - 7 mit Hetzschriften beladene Fallschirme nieder. 3 der Fallschirme konnten inzwischen sichergestellt werden.

Durch Angliederung der neugebildeten Kreise Svyriai, Asmena und Eisiskes, die bisher zum Generalbez. Weissruthenien gehörten, hat der Gen. Bez. Litauen eine nicht unerhebliche Vergrößerung erfahren. Die Bevölkerungszahl der neu hinzugekommenen Gebiete beläuft sich auf etwa 200 000 Menschen.

Im Rahmen der sicherheitspolizeilichen Aktionen wurden in der Zeit vom 16.2. - 21.3.1942 festgenommen:

Festnahmen:

in K a u e n	9 Kommunisten,	
	37 Juden,	
	4 Polen,	
	11 Abwehr-Sabotage	zus. 61

in W i l n a	94 Kommunisten,	
	24 Juden,	
	192 Polen,	
	9 Abwehr-Sabotage	zus. 319

in S c h e n - l e n	21 Kommunisten,	
	3 Juden,	zus. 24

Gesamtsumme: 404

91

Davon wurden erschossen:

in K a u e n 38 Terroristen (darunter 7 Frauen)
 6 Spione (darunter 1 Frau)
 18 NKWD-Agenten und Berufsverbrecher
 (darunter 1 kath. Geistlicher)
 19 aktive Kommunisten (darunter 12
 russ. und 1 poln. Bauer)
 1 russ. Kriegsgefangener
 24 Juden (darunter 1 Widin)
 zus. 106

in S o h a u l e n 2 russ. Kriegsgefangene gehängt
 1 russ. Bauer (aktiver Kommunist)
 zus. 3

in W i l n a 23 aktive Kommunisten (darunter 4
 Frauen)
 73 Juden (darunter 23 Frauen und 2
 Kinder)
 14 Polen (Widerstandsbezugung)
 20 Polen (Passfälscher und sonstige
 Delikte, darunter 4 Frauen)
 7 Spione
 zus. 137

Gesamtsumme: 246
=====

Von der Einsatzgruppe B liegen keine Meldungen vor.

Einsatzgruppe C:

Standort: K i e w .

Lage und Stimmung in der Ukraine.

Lage und Stimmung in der West-Ukraine.

Die West-Ukraine (Generalbezirk Wolhynien/Podolien) hat gewisse typische Merkmale, die sie von der übrigen Ukraine unterscheiden. Die Bevölkerungsdichte ist grösser, das Nebeneinander der verschiedenen Volksgruppen tritt krasser hervor: Ukrainer, Polen und Juden stehen hier nahezu gleichbedeutend und auch zahlenmässig annähernd neben - und gegeneinander. Die Russen spielen nur eine unbedeutende Rolle. Die verschiedenen Volksgruppen zeigen eine unterschiedliche Haltung gegenüber den Deutschen und sind auch untereinander noch misstrauisch und verfeindet. Diese Gegensätze und Zersplitterungen geben Ansatzpunkte für die politische und nachrichtendienstliche Bekämpfung der verschiedenen reichsfeindlichen Gruppen.

Unter den Volksgruppen ist als stärkste politische Bewegung der ukrainische Nationalismus anzusehen. Die aktivste und bedeutendste der Gruppen dieser Richtung, die Bandera-Bewegung, ist zu einer überwiegend deutschfeindlichen, illegalen Organisation geworden. Daneben bleibt - gerade im Bezirk Wolhynien/Podolien - die Entwicklung der ukrainischen Kirche eine besonders beachtliche, da sich aus den bisherigen Bemühungen die Möglichkeit einer nationalistischen Einigung auf landeskirchlicher Grundlage aufzeigt.

Ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen dem nördlichen Teil des Generalbezirks Wolhynien und dem südlichen Teil Podolien. Wolhynien stand 20 Jahre unter

polnischer und nur 2 Jahre unter sowjetrussischer Herrschaft. Podolien dagegen hat stets zur Sowjet-Union gehört. Die Auswirkung auf die Bevölkerung ist unverkennbar. Die Bevölkerung in Podolien ist anspruchsloser als in Wolhynien. Sie hat es verlernt, sich politischen Hoffnungen hinzugeben, aber sie versteht es auch, ihre Gefühle hinter äusserer Stumpfheit zu verbergen. In Wolhynien treten dagegen, entsprechend der grösseren Dichte der Intelligenz dort, politische und wirtschaftliche Bestrebungen, Klagen und Sorgen deutlicher hervor.

Die Stimmung der Bevölkerung ist uneinheitlich. Die Hauptgründe der teilweise negativen Stimmungsäusserungen liegen in der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes. So erwarten die extremen Nationalisten eine alsbaldige ukrainische Selbstverwaltung und rasche Durchführung der Agrar-Reform. Die grosse Masse der Bevölkerung wird von diesem Problem weniger berührt. Allgemein geklagt wird nur über den stark fühlbaren Mangel an Gebrauchsgegenständen und in den Städten über die Lebensmittelnot.

Trotz einheitlicher Allgemeintendenz zeigen sich infolge der rassisch-völkischen Gegensätze und Einflüsse erhebliche Unterschiede im Stimmungsbild der einzelnen Volksgruppen.

Die Ukrainer weisen in diesen Bezirk eine Zusammenballung der Intelligenz auf, insbesondere solcher Ukrainer, die nach dem Weltkriege und im Jahre 1939 emigriert und nun, meist aus dem Generalgouvernement, zurückgekehrt sind.

Für die Haltung dieses ukrainischen Bevölkerungs-
teiles ist die nationalistische Tendenz kennzeich-
nend. Nachdem die ukrainische Intelligenz, insbe-
sondere die studentische Jugend, der kriegerischen
Auseinandersetzung des Reiches mit der Sowjetunion
mit ungeduldiger Erwartung entgegengesehen hatte,
glaubte sie, auf Grund der verschiedenen Umstände
zu Hoffnungen auf eine künftige Eigenstaatlichkeit
der Ukraine berechtigt zu sein. Die Haltung dieser
Kreise ist z.T. noch abwartend, z.T. zunehmend
deutschfeindlich.

Ein bemerkenswerter Unterschied zeigt sich jedoch
in der Haltung der ukrainischen Intelligenzkreise
der älteren Generation einerseits und der jüngeren
Generation andererseits. Die Älteren neigen nach
demokratisch-parlamentarischen Vorbildern zu ei-
nem Kompromiß und wollen in irgendeiner Form zur
Mitarbeit bei den deutschen Stellen herangezogen
werden. Die jüngeren aktivistischen Kreise stehen
dagegen in der OUN und sind mehr revolutionär-
oppositionell eingestellt. Während die Älteren
Intelligenzler sich bemühen, den heute fehlenden
Kontakt mit der breiten Masse der Bevölkerung auf
dem Wege der Beteiligung an der deutschen Zivil-
verwaltung zu gewinnen, wenden sich die jüngeren
revolutionären Kreise direkt an die bäuerliche
Bevölkerung, um sie zu aktivieren. Dabei wird
vielfach vor den alten Intelligenzlern gewarnt,
da sie "zum Verrat an der ukrainischen Sache" be-
reit wären.

Für die Beurteilung der ukrainischen Selbstän-
digkeitsbewegung ist bezeichnend, daß beim Ein-
marsch der deutschen Truppen zu erkennen war,
daß der Gedanke einer Selbständigkeit der Ukraine
in den Gebieten, die früher nicht zu Polen gehör-

ten, kaum verbreitet war und erst durch die aus Galizien kommenden West-Ukrainer ins Land getragen wurde. Von einsichtigen Ukrainern wird zugegeben, daß die ukrainische Führungsschicht zu dünn ist, um einen eigenen Staats- und Verwaltungsapparat aufbauen zu können. Die jüngeren chauvinistischen Kreise weisen derartige Überlegungen ab. Sie fordern kategorisch Selbstverwaltung. Maßnahmen, wie Schließung der Schulen, Nichtzulassung der "Proswita" usw. werden dahin ausgelegt, daß den Ukrainern auch auf kulturellem Gebiet keine Eigenständigkeit gewährt würde. Es wird auch heftig darüber geklagt, daß kein Unterschied mehr zwischen Ukrainern und Polen (im Gegensatz zur früheren Behandlung im Generalgouvernement) gemacht würde.

Es wird in ukrainischen Kreisen immer wieder betont, daß es verfehlt wäre, Methoden und Auffassungen, die gegenüber den Polen im Warthegau vielleicht am Platze seien, ohne weiteres auf die Ukraine zu übertragen.

Bezeichnend für die Stimmung der ukrainischen Chauvinisten sind auch die Ansichten und Äußerungen über die Kriegslage. Bei einigen fehlt der Glaube an einen Endsieg des Reiches über Sowjet-Russland. Diese nationalistischen Kreise wünschen zwar keineswegs einen Sieg der Bolschewiken, rechnen aber damit, daß eine gegenseitige totale Abnutzung beider Mächte eintreten und der Ukraine die Befreiung nach beiden Seiten ermöglichen würde.

Im Hinblick auf die in Angriff genommene Einreihung ukrainischer Freiwilliger in die Deutsche Wehrmacht rücken 2 Fragen in den Vordergrund: Einmal, ob mit dieser Teilnahme des ukrainischen Volkes am Kampfe gegen den Bolschewismus irgendwelche

Zugeständnisse deutscherseits verbunden würden (Autonomie, Landzuweisung an die aktiven Kriegsteilnehmer). Ferner, ob es sich um geschlossene ukrainische Verbände unter ukrainischer Führung handeln würde oder nicht.

In der Landbevölkerung stehen wirtschaftliche Fragen im Vordergrund. In erster Linie die Frage der Auflösung der Kolchosen. Das politische Interesse ist demgegenüber in der ländlich-bäuerlichen Bevölkerung sehr gering.

Nicht nur die wolhynischen Bauern, die ja kaum mehr als 1 Jahr zu Kollektivwirtschaften gehörten, sondern auch die Bauern in Podolien, die bereits 8 - 10 Jahre im Kolchos waren, sehen sich heute noch als Eigentümer ihres Bodens an, der ihnen - wie sie sagen - nicht enteignet, sondern lediglich zwecks kollektiver Bewirtschaftung zusammengelegt worden sei. Dementsprechend fand die Agrar-Reform mit dem Endziel der Auflösung der Kolchosen - gerade in Wolhynien - besonders starken Widerhall.

Sehr ungünstig wird von der ukrainischen Bevölkerung empfunden, daß die private gewerbliche Tätigkeit fast vollständig unterbunden ist, und daß die deutschen Stellen auf diesem Gebiet die Initiative selbst übernehmen. (Z.O. = "Zentralhandels-gesellschaft Ost") Deutschfeindliche Elemente nützen diesen Zustand zu gehässigen Sticheleien gegen die Deutschen, teils sogar zur Propaganda für die frühere bolschewistische Wirtschaft aus.

Die Polen haben, besonders in den ehemals polnischen Gebieten, meist in den Städten lebend, ziemlich beachtliche, z.T. einflussreiche Stellungen inne. Auf Grund nachbarlicher, geschicht-

licher und nationaler Bindungen unterhalten sie enge Beziehungen zu entsprechenden Kreisen im Generalgouvernement. Die polnische Bevölkerung ist grundsätzlich deutschfeindlich. Der polnische, Nationalsozialismus kann auf Grund der Geschichte, Staatsbildung und Erziehung auf stärkeren Voraussetzungen aufbauen, als der ukrainische Nationalismus. Die polnisch-nationalistische Opposition ist daher in allen Schichten der polnischen Bevölkerung - nicht nur in den Intelligenzkreisen - besonders rege und gefährlich.

Im Gegensatz zu den Ukrainern verstehen es die Polen besser, ihre wahren Empfindungen zu verbergen und durch kriecherisches Wesen den Gegner zu täuschen. Da die Stadtbevölkerung, abgesehen von den Juden, überwiegend polnisch ist, stellen die Polen den grössten Anteil an deutschsprechenden und in Kanzlei-Arbeiten bewanderten Personen. In vielen Fällen bedienen sich daher die deutschen Stellen polnischer Dolmetscher, Schreibkräfte usw. Über diese angebliche Bevorzugung der Polen beklagen sich die Ukrainer bitter. Sie behaupten, daß diese in den deutschen Dienststellen eingebauten Polen, ihre Vorgesetzten hintergingen, und daß sie die Schwierigkeiten zwischen Deutschen und Ukrainern absichtlich herbeiführten. Insbesondere warnen sie vor dem Einfluss polnischer Frauen.

Unter dem Einfluss der panslawistischen Propaganda Moskaus scheinen die Polen die alten Gegensätze den Ukrainern gegenüber bereinigen zu wollen. Nach Meldungen von ukrainischer Seite machen die Polen allenthalben Anbiederungsversuche, indem sie erklären, die Deutschen seien sowohl die Feinde der Polen als auch der Ukrainer. Beide müssten daher zusammenhalten.

Lage und Stimmung in der Ost-Ukraine.

Die Lage im Generalbezirk Kiew ist im wesentlichen durch folgende Elemente bestimmt: Die Bevölkerung der Stadt Kiew steht unter dem Eindruck einer Lebensmittelknappheit, deren Ende nicht abzusehen ist. Zwar lagern in den Kreisgebieten im Süden des Generalbezirks noch Getreide und Hülsenfrüchte, auch Vieh ist an einigen Stellen noch vorhanden, aber die Transportlage, insbesondere die Beschaffenheit der Straßen, der Betriebsstoffmangel und ähnliche Schwierigkeiten machen eine Heranschaffung der Lebensmittel unmöglich. So ist die Bevölkerung in zunehmendem Maße dazu übergegangen, sich die notwendigen Lebensmittel im Schleichhandel und auf dem Tauschwege zu beschaffen. Dies hat dazu geführt, daß die letzten Kleidungs- und Einrichtungsstücke hingegeben oder daß Tauschgegenstände auf ungesetzlichen Wege beschafft werden. Die Kriminalität ist nicht zuletzt deshalb ziemlich gross. Neben sehr vielen Eigentumsdelikten, Einbruchsdiebstählen und Raubüberfällen fällt vor allem die Häufung von Mordfällen auf. Allein im Stadtgebiet von Kiew wird täglich mindestens ein Mordfall gemeldet.

Die allgemeine Unsicherheit machen sich im besonderen die kommunistischen Aktivisten zunutze, die sich in zunehmendem Maße wieder hervorwagen. Hauptargument ihrer Propaganda und Gerüchtemachelei ist die Verpflegungslage, die tatsächlich, im Vergleich zur durchschnittlichen Versorgung der Bevölkerung zur Sowjet-Zeit, wesentlich schlechter ist. Auf der anderen Seite wird in ge-

schickter Form durch zahlreiche ins Land gekommene Emigranten und West-Ukrainer der ukrainischen Bevölkerung die Lage so darstellt, als bestünde von deutscher Seite die Absicht, gerade die nationalen Hoffnungen und Wünsche bewusst niederzuhalten, ja, überhaupt alle Volkstumsregungen durch physischen Einfluss zu vernichten.

Auf dieser Ebene trifft sich nun die Agitation der Bolschewiken mit derjenigen der extremen Nationalisten. Es liegen zahlreiche Äusserungen von klar und nüchtern denkenden, volkstumbewussten, aber in ihren politischen und völkischen Ansprüchen maßvollen ukrainischen Persönlichkeiten vor, wonach die Sowjets schon vor dem Einmarsch der deutschen Truppen den Plan ins Augegefaßt hatten, durch Aufputschung der nationalen Empfindungen, durch übertriebene nationalistische Forderungen und durch Sabotage deutscher Verwaltungsmaßnahmen die politische Atmosphäre zwischen der deutschen Besatzung und der einheimischen Bevölkerung derart zu erhitzen, daß es zu örtlichen Aufständen kommen würde, deren Führung in die Hände bolschewistischer Agenten übergehen sollte.

Der grossen Masse der Bevölkerung in Stadt und Land geht es lediglich um die Erfüllung der einfachsten Wünsche und Erfordernisse des täglichen Lebens:

Die Stadtbevölkerung wünscht Arbeit und Brot, die Landbevölkerung hofft, vernünftige Arbeitsbedingungen und zweckentsprechende Verwaltung von Grund und Boden zu erhalten. Überall da jedoch, wo wesentliche Störungen im Aufbau, in der Wirtschaft, der Verwaltung und des gesellschaftlichen Lebens festzustellen sind, sind sie Folgeerscheinungen der

100
kommunistischen und der durch Emigranten und West-Ukrainer vorgetragenen überspitzten national-ukrainischen Propaganda, die sich zwar in ihrer letzten Zielsetzung unterscheiden, aber manchmal in ihrer gegendeutschen Einstellung berühren. Beide Teile hoffen, daß es ihnen gelingen werde, der deutschen Besatzung im Hinterlande auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, besonders der Wirtschaft und der Verwaltung, Schwierigkeiten zu bereiten und eine Krise herbeizuführen. Von dieser Krise erhoffen die Bolschewiken die Wiederkehr der Sowjet-Herrschaft, die ukrainischen Chauvinisten grössere nationale Zugeständnisse.

Über die Lage in der übrigen Ost-Ukraine ist folgendes zu sagen:

Die allgemeine Lage in Charkow wird nach wie vor durch die Frontnähe und insbesondere durch die von der Jahreszeit hervorgerufenen Schwierigkeiten aller Art bestimmt. Die Stimmung innerhalb der Bevölkerung ist nicht gut, da die Ernährung, die in jedem Falle hier mitbestimmend ist, mit der Zeit katastrophale Auswirkungen annimmt. Hierzu kommt noch die Beeinflussung durch wilde Gerüchte über die Zurrückeroberung Charkows durch die Bolschewiken, welche von den zurückgebliebenen Mitgliedern der KP verbreitet werden. Diese Feindpropaganda hatte schon mit der Angriffsbereitstellung des Gegners begonnen und beim Durchbruch bei Isjum eindeutige Formen angenommen. Die Lage im Einsatzraum des IX 4b wurde weitgehend durch die Offensive der Russen im Donezabschnitt beeinflusst. Die mehrfachen täglichen Bombenangriffe der Russen auf Kramatorskaja und Slawjansk

die z.T. erhebliche Schäden anrichteten, die Evakuierung deutscher Einheiten nach Süden und das teilweise unbeherrschte Verhalten von Wehrmacht Angehörigen steigerten die bereits seit Wochen bestehende Angst vor der Rückkehr der Roten zu einer Panikstimmung. Es kam zu überstürzter Flucht, Arbeitsverweigerung, vereinzelt Plünderungen usw. Es konnte bei einem grossen Teil der Bevölkerung die Tendenz festgestellt werden, sich durch bewusst passives oder gar gegnerisches Verhalten gegenüber den Deutschen vor eventuellen Strafmaßnahmen der Russen bei deren Wiedereintrücken in die Stadt zu schützen. Nur in ganz vereinzelt Fällen boten sich einzelne Personen aus der Bevölkerung aus Überzeugung zum Einsatz für den etwa nötig werdenden Kampf um die Stadt an. Bemerkenswert ist immer wieder die ausserordentlich starke Gerüchtebildung, die in allen Fällen einer Zuspitzung der Lage auftritt. Es konnte oftmals festgestellt werden, daß von deutscher Seite durch leichtfertige Redereien der Gerüchtebildung Vorschub geleistet wurde. Einzelne nicht untereinander in Verbindung stehende Aktivisten oder Gruppen verübten vereinzelt unbedeutende Sabotageakte, verbreiteten selbstgeschriebene oder von bolschewistischen Flugzeugen abgeworfene deutschfeindliche Flugblätter oder trieben Flüsterpropaganda und Aufhetzung allgemeiner Art.

Volksdeutsche.

Die Volksdeutschen, die im Bereich des SK 4b ansässig sind, waren besonders verängstigt. Im Zuge einer vom Kommando bereits in Angriff genommenen Registrierung dieser Personen wurde Kramatorsk organisatorisch für eine bevorzugte Evakuierung

rung der Volksdeutschen vorbereitet. Eine Versammlung aller Volksdeutschen wurde durchgeführt. Sie zeigte deutlich, wie wenig deutschbewusst und wie gemeinschaftsfremd diese Personen sind. Nur wenige von ihnen werden nach gründlicher Auslese und Schulung geeignet und würdig sein, als Reichsbürger anerkannt zu werden. Durch Arbeitsvermittlung, Zuweisung von Kleidung, Heizmittelbeschaffung und erhöhte Lebensmittelzuteilung sowie die Einrichtung eigener Verkaufsstellen in Slawjansk, Kramatorsk und Konstantinowka hat das Kommando zunächst eine menschenwürdigere Lebensführung dieser Volksdeutschen sichergestellt.

Judentum.

Die Juden bilden nach wie vor im Generalbezirk Wolhynien/Podolien - in den Orten, wo sie noch nicht umgesiedelt wurden - den rührigsten und aktivsten Bevölkerungsteil. Nicht nur der Handel, sondern auch die handwerklichen Berufe liegen in ihren Händen.

In Wolhynien/Podolien sind bisher rd. 40 000 Juden umgesiedelt worden. Die Juden sind heute in den Städten in sogen. Judenvierteln zusammengefaßt, die aber von Aussenstehenden nicht streng abgeschlossen sind. In den Judenvierteln blühte daher ein sehwarzhafterSchleichhandel, wobei die zur Stadt kommenden Bauern Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände, die sie dringend benötigten, gegen landwirtschaftliche Produkte umtauschten. Dieser Mißstand wurde durch scharfe staatspolizeiliche Maßnahmen abgeschafft. Die Juden sind den deutschen Stellen gegenüber unterwürfig und dienstbeflissen. Sie sind als Facharbeiter und Handwerker zum grossen Teile noch unentbehrlich. Die

derzeitige Stimmung der Juden, für die natürlich ihre unterwürfige dienstfertige Art völlig unmaßgeblich ist, wird am besten durch folgenden Ausspruch eines Juden gekennzeichnet:

"Es würde uns genügen, wenn das bolschewistische Regime nur für 2 Stunden wiederkäme, um Rache dafür zu nehmen, was uns angetan wird."

In Charkow tritt das Judentum, nachdem seine Umsiedlung erfolgt ist, nicht mehr in Erscheinung. Trotzdem halten sich noch Juden in den ländlichen Bezirken und auch in der Stadt verborgen. Durch Ukrainer, welche infolge geeigneter Aufklärung die zersetzende Bedeutung des Judentums erkannt haben, werden täglich versteckte Juden oder Familien, die solche beherbergen, gemeldet und erfaßt. Die Bevölkerung Charkows ist, bis auf Einzelercheinungen, unbedingt negativ zum Judentum eingestellt.

Ernährungslage.

Im Generalbezirk Wolhynien/Podolien sind die Ernährungsmöglichkeiten auf dem Lande als ausreichend zu bezeichnen. In Podolien ist diese Frage heute günstiger gelöst als zur Bolschewikenzeit. In den Städten ist die Ernährungsfrage durch Austeilung von Lebensmittelkarten für Brot, Milch und sehr geringe Mengen Fett geregelt worden. Die Stadtbevölkerung beschafft sich im allgemeinen zusätzliche Lebensmittel durch Schleichhandel. In den meisten Fällen wird Tauschhandel getrieben, da die Bauern, wenn sie überhaupt gegen Bargeld verkaufen, Wucherpreise verlangen. Im übrigen tauschen sie lieber Gebrauchsgegenstände gegen ihre Lebensmittel, da diese Dinge anders nicht mehr zu haben sind.

Die Ernährungslage der Stadt Kiew ist durch den vorzeitig einsetzenden Winter, die langanhaltende Kälte und die grossen Schneefälle sehr schlecht. Die amtliche Verpflegung der Einwohnerschaft beschränkt sich auf 400 gr. Schwarzbrot je Person und Woche. Lediglich diejenigen, die bereits wieder in Arbeit stehen, erhalten zusätzlich durch ihre Arbeitsstelle 1 Brot je Woche oder alle 14 Tage. Dazu kommen kleine Zuteilungen an Graupen, Grütze, Mehl und ab und zu etwas Fleisch. Die Anfuhr von frei verkäuflichen Nahrungsmitteln auf die öffentlichen Märkte ist gering, die Preise sind sehr hoch. Jede Möglichkeit, sich auf dem Lande mit Lebensmitteln zu versorgen, wird benutzt. Zum Tausch werden oft wertvolle Artikel, wie Treibstoff, Öl und Petroleum, verwendet.

Die schlechte Lebensmittellage wird selbstverständlich von der bolschewistischen Propaganda ausgenutzt, um in die Bevölkerung der Stadt Unruhe und Unzufriedenheit zu tragen und gegen die deutschen Dienststellen zu hetzen.

Die Ernährungslage in Charkow ist katastrophal. Die Teilweise Abriegelung der Stadt hat einem Teil der Bevölkerung, der seine Lebensmittel aus bestimmten Landstrichen holte, auch diese Möglichkeit genommen. Hinzukommt die schlechte Wetterlage, die auch Wanderungen innerhalb der gezogenen Begrenzungslinien nicht zulässt.

In Kreisen der ukrainischen Intelligenz hat sich ein Arbeitsausschuß gebildet, der die Unterstützung der notleidenden Bevölkerung angeblich zum Ziel hat. Es handelt sich um die "Gesellschaft des ukrainischen Roten Kreuzes". Es ist dafür Sorge getragen, daß diese Gesellschaft unter Beobachtung steht und nur örtliche kleine Gemeinschaften bilden kann. Sie soll in absehbarer Zeit in

eine vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete genehmigte Form übergeführt werden. Die bei den deutschen Behörden oder der deutschen Wehrmacht arbeitenden zivilen Kräfte werden ernährungsmässig unterstützt. Darüber hinaus hat der Stadtkommandant die einzelnen Einheiten veranlasst, das eine intensive Auswertung der Küchenreste erfolgt und an die hungernde Bevölkerung zur Verteilung kommt. Die Einheiten haben zu melden, wieviele Portionen an die Zivilbevölkerung abgegeben werden.

In Gorlowka wurde die Stimmung der Bevölkerung wesentlich durch die ausserordentlich schlechte Ernährungslage beeinflusst. Die Stadtverwaltung sah sich gezwungen, gerade in den kritischen Tagen die Brotzuteilung für die Familienangehörigen der arbeitenden Bevölkerung einzustellen. Sie gab nur noch an die Arbeiter in den Speisehäusern der Werke 100 gr. Brot täglich aus. Trotzdem kann die Ernährungslage nicht als hoffnungslos bezeichnet werden. Bei der Bevölkerung sind grössere Reserven vorhanden. Daß diese Reserven zur Verfügung stehen, zeigen u.a. die Lebensmittelmengen, die den 3 Geistlichen der Städte Kramatorsk, Konstantinowka und Slawjansk aus der Bevölkerung als Spenden zugehen.

Einsatz von Arbeitskräften im Reich.

Die freiwillige Abwanderung von Arbeitskräften in das Reich erfährt von Tag zu Tag eine Steigerung. Allerdings war im Februar durch die Schwierigkeiten in der Transportlage ein Rückgang der Arbeiterabwanderung ins Reich zu verzeichnen. Eine vorbereitende Propaganda ist erforderlich, um der bolschewistischen Gegenpropaganda, lt. welcher die Arbeiter als Zwangsarbeiter behandelt würden, ent-

gegen zu wirken. Gleichzeitig müssten die Familien über das Ziel der Fahrt ihrer Angehörigen in geeigneter Weise aufgeklärt werden. Die ins Reich abtransportierten Arbeiter müssen die Möglichkeit haben, ihre zurückgebliebenen Familien durch Postkarten-Nachricht über ihr Schicksal zu informieren. Ebenso müsste für die zurückgebliebenen Angehörigen dieser Arbeiter ernährungsmässig gesorgt werden, was gegenwärtig nicht durchgeführt werden kann.

Widerstandsbewegungen.

Kommune.

Im Generalbezirk Wolhynien/Podolien sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß noch eine straffe bolschewistische Organisation bestände. Es gibt aber noch überall Einzelgänger und Agenten des NKWD, die für den Bolschewismus Flüsterpropaganda und Zersetzungsarbeit betreiben. In einigen Fällen sind auch Juden wegen Verbreitung tendenziöser Berichte gefaßt worden.

Eine der Weisungen, mit denen das NKWD seine Agenten im Lande zurückgelassen hat, ist nach Angabe ukrainischer V-Personen das Einschleichen in die ukrainischen Organisationen, Selbstverwaltungsbehörden usw., um auf diese Weise Zutritt zu deutschen Stellen zu finden. Von ukrainisch-nationaler, loyaler Seite wird vielfach die Vermutung ausgesprochen, daß der antideutsche Kurs der Bandera-Bewegung auch auf die Arbeit solcher NKWD-Agenten innerhalb der Bandera-Gruppe zurückzuführen sei. Dabei wird darauf hingewiesen, daß bei der Aufdeckung der Bandera-Organisation durch die Bolschewiken in Lemberg eine ganze Reihe von Ban-

107
ders-Männern- teils unter Zwang - in die Dienste des NKWD getreten seien.

In Raume Charkow hat sich der bolschewistische Einfluss mit dem Näherrücken der Front verstärkt. Die Einflussnahme erfolgte in erster Linie durch Flüsterpropaganda, die die Rückkehr der Roten ankündigte und diejenigen Kreise, die mit den deutschen Behörden arbeiteten, einschüchterte. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, überall Widerstand zu leisten und so die Deutschen in ihrer Waffenkraft und Aufbauarbeit zu schädigen. Es wurden daher wegen der der Verteidigung Charkows unmittelbar drohenden Gefahr gegen die ermittelten Kreise der KP und alle unsicheren Elemente umfangreiche Säuberungsmaßnahmen getroffen. Gleichzeitig wurde durch eine Abriegelung der Stadt der illegalen Zuwanderung entgegengetreten.

Neben der Flüsterpropaganda geht die Zersetzungstätigkeit durch Flugblätter weiter. Widerstände sind innerhalb der Bevölkerung weniger von den Ukrainern zu erwarten, als von den reaktionär-russischen und russisch-bolschewistischen Elementen. Beide Richtungen sind gross-russisch und panslawistisch eingestellt. Sie trennt lediglich die verschiedene Ansicht über die Regierungsform. Ein grosser Teil der reaktionären Russen setzt seine Hoffnung auf England als Weltmacht und auf den englischen Sieg. Sie versprechen sich hiervon eine Änderung der Regierungsform in Russland zu ihren Gunsten. Sie gehen mit den Bolschewiken in ihrer scharfen Gegnerschaft gegen die ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen einig. Ihr Ideal ist das einige unteilbare Russland.

In der Nähe von Charkow sind - bis auf einen Fall - Partisanengruppen nicht aufgetreten. Die

bei Malki aufgetretene Partisanengruppe wurde nach Osten in Richtung Murefa getrieben und in der Nähe von Smijew gestellt. Es handelt sich um eine Gruppe von etwa 300 Partisanen, die in Frauenkleidern und in Zivil, aber auch in Wehrmachtsuniform oder Uniformen der deutschen Polizei gekämpft hatten. Von dieser Partisanengruppe, die, nachdem sie gestellt war, sämtliche Waffen und Vorräte vernichtete, sind etwa 50 Mitglieder entkommen. Erfassungsmaßnahmen sind eingeleitet.

Im Gebiet des SK 4b war vordringlichste Aufgabe, angesichts der Frontlage, die Unschädlichmachung sämtlicher gefährlichen Elemente. Um eine Vereinigung der von den Kommunisten gebildeten Widerstandsnester mit den nordöstlich und nordwestlich Slawjansk eingesetzten sowjetrussischen Einheiten unmöglich zu machen, musste das SK 4b gegen sämtliche in Slawjansk und Kramatorsk erfassbaren KP-Aktivisten und sonstige gefährliche Elemente mit schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen vorgehen. Sämtliche kriegswichtigen Werke wurden nach Kommunisten und Sympathisierenden durchkämmt sowie eine Überprüfung der Verwaltungsorgane der Miliz der Stadt Kramatorsk vorgenommen. Der Stellvertretende Milizchef wurde öffentlich erhängt.

Die militärische Zersetzungsarbeit der Roten ist ausserordentlich aktiv. Die Flugblattabwürfe nehmen ständig zu. Vom SK 4b wurde auch die militärische Zersetzungsarbeit des Gegners bekämpft.

Ukrainisch-chauvinistische Gruppen.

Die Bandera-Gruppe, deren Kern von Anfang an die jüngere Intelligenz der West-Ukraine (Lemberger Studenten!) bildete, hat - besonders im Bezirk Wolhynien/Podolien - innerhalb der Jugend

109
Fuß gefaßt. Der organisatorische Zusammenhalt für die illegale Betätigung ist hier insbesondere bei einem Geheimkursus auf der Milizschule in Klewan begründet worden. Die jungen Ukrainer erhielten hier geheime Instruktionen politischer und militärischer Art über ihre Aufgaben als nationalstische "Revolutionsarmee". Die Propaganda sollte unmittelbar in die bäuerliche Bevölkerung getragen werden. Es wurden bei einem grösseren Zugriff noch 10 dieser Bandera-Anhänger festgenommen. Es handelt sich um junge, teils halbwüchsige Burschen, die keiner geregelten Arbeit nachgehen und aus Gewohnheit oder Abenteuerlust Geheimbündelei betreiben, ohne festen Wohnsitz im Lande umherstreuen und konspirieren. Bei den Festgenommenen wurden regelmässig kirchliche Medaillons sowie ukrainisch-chauvinistische Gebetstexte vorgefunden.

In Zuge der Shitomirer Aktion konnte interessantes Material über die Organisation sichergestellt werden. Die Auswertung ist noch im Gange. Interessieren würde in diesem Zusammenhang der Schwur der Bandera-Bewegung, welcher in Übersetzung - wie folgt - lautet:

"Ehre und Heil für die toten Kämpfer, für ihr heiliges Blut, welches sie für mein eigenes ukrainisches Land vergossen haben. Für die Majestät meiner Heimat Ukraine gebe ich den Schwur ab, daß ich mit allen meinen Kräften und mit dem Einsatz meines Lebens für die Selbständigkeit und Herrlichkeit des ukrainischen Reiches kämpfen werde. Mit meinem Herzen und mit meiner ganzen Kraft glaube ich, daß nur die ukrainische nationale Revolution meinem Volke

die Stärke, die Ehre und das Heil bringen kann. Ich glaube, daß ich bis zum Tode auf dem Wege des Kampfes für die Schaffung eines starken ukrainischen Nationalreiches verbleiben werde. Von diesem Wege zur ukrainischen nationalen Revolution kann mich niemand und nichts abbringen, keine Schwierigkeiten, keine Fehlschläge und auch nicht der Tod. Ich werde alle Befehle, die ich von meinem Führer erhalte, ohne Widerrede und mit Disziplin ausführen."

Im Bezirk Wolhynien/Podolien scheint der Chefredakteur der ukrainischen Zeitung "Wolhyn" in Rowno, Ulas Samtschuk, das Haupt der Melnyk-Bewegung zu sein. Trotz der Zensur hat er in seinen Leitartikeln immer wieder versteckte Andeutungen gegen die angeblichen deutschen Unterdrücker gemacht. Die Anhänger rekrutieren sich aus den Kreisen der Intelligenz, insbesondere den "besseren Kreisen".

Trotz häufiger gegenteiliger Behauptungen kann es heute keinem Zweifel mehr unterliegen, daß in der UdSSR ukrainische nationalistische Organisationen zur Sowjet-Zeit - mindestens in den letzten Jahren - nicht bestanden haben.

Namhafte Persönlichkeiten ukrainischer Herkunft haben ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht, mit welch weitgesteckten, phantastischen Plänen die Emigranten nach der Besetzung in die Ukraine zurückgekehrt seien. Sie werden als Menschen bezeichnet, die den Wandel in Haltung und Charakter nicht erkennen wollten, den das ukrainische Volk in 23 Jahren sowjetischer Herrschaft durchgemacht habe.

In Kiew ist Anfang Februar eine illegale OUN-Organisation aufgedeckt worden, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, eine straff gegliederte Parteiorganisation aufzubauen, die sich - auf dem Fünfer-System aufgebaut - nach oben bis zur Gau-(Gebiets-)Organisation ausweitet. Der Zusammenhang zwischen Führung und Mitgliedern wird zunächst noch durch illegal hergestellte Flugblätter aufrecht erhalten, in denen genaue Richtlinien über die Propaganda, die Arbeits- und Werbemethoden, die Vereinigung der Mitglieder, die Pflicht zur Geheimhaltung und die Folgen eines Verrates gegeben werden.

Bezeichnend ist die Eidesformel:

"Nach eigenen Willen, gemäß meiner festen Überzeugung, widme ich mich und mein Leben dem Opferdienst der ukrainischen Nation und der nationalistischen Idee. Vor Gott und den hehren Andenken der Kämpfer schwöre ich der OUN ewige Treue. Ich schwöre Ergebenheit meinen Führer Andreas M e l n y k und Unterordnung unter die von ihm gegebene Obrigkeit. Ich gebe meine ganze Arbeit und opfere - wenn nötig - mein Leben im Kampf für den ukrainischen Staat. Ich weiss, daß ich für Eidbruch mit meiner Ehre und mit meinem Leben verhaftet bin. Heil der Ukraine".

Die organisatorische Arbeit der OUN erstreckt sich von Kiew aus bereits auf weite Teile des Reichskommissariats Ukraine. Nach den bisherigen Feststellungen ist erwiesen, daß die Zentrale der illegalen Arbeit in der Stadtverwaltung von Kiew, und zwar in einer Rayon-Verwaltung, liegt, und daß die Verfasser der illegalen Flugblätter, von denen einige namentlich bekannt sind, z.Zt.

B a g a s i ' s, des inzwischen festgenommenen Bürgermeisters von Kiew, als Angestellte in die Stadtverwaltung übernommen wurden.

Die OUN versucht neuerdings, Einfluss auf die sogen. Schutzmannschaften (früher Miliz) zu gewinnen, die inzwischen unter die Führung der Schupo gestellt wurden. Es ist erwiesen, daß die OUN versucht hat, von Kiew aus Schutzmannschaften in Gebiet der Zivilverwaltung aufzuziehen und mit ihren Anhängern zu besetzen. Es wird die Ansicht vertreten, daß man die Milizeinheiten auf dem Lande so stark als nur irgendmöglich machen müsse, weil dort die deutschen Kräfte nur schwach vertreten seien. Bezeichnend ist der Ausspruch:

"Wenn einmal 5 Deutschen 50 Milizmänner gegenüberstehen, wer hat dann die Macht?".

Parallel mit diesen Bestrebungen laufen die Absichten der OUN, die Organisation "Sitsch" auf breiter Basis neu aufzuziehen. Sie soll nach aussen hin als Verein für Leibesübungen ein harmloses Gesicht erhalten. Daneben ist an einzelnen Orten bereits versucht worden, Ortsgruppen der "Proswita" ins Leben zu rufen, einer Organisation, die sich schon zur Zarenzeit als Kampfbund für die ukrainische Kultur ausgezeichnet hat. Gegenmaßnahmen sind eingeleitet.

Ein Zentrum aktiver gesamtukrainischer Bestrebungen war die Stadtverwaltung in Kiew. Hier hatte es der Bürgermeister B a g a s i verstanden, schon kurze Zeit nach dem Einmarsch einen Kreis von Gleichgesinnten um sich zu versammeln, mit deren Hilfe er sehr rasch eine in zahlreiche Abteilungen gegliederte Stadtverwaltung aufbaute. Mit Hilfe eines Strohmannes errichtete er die inzwischen staatspolizeilich aufgelöste "Organisation zur gemein-

113

nützigen Hilfeleistung", die sich auch Rotes Kreuz nannte, die ihrerseits wieder von Kiew aus durch Spezialagenten einen unkontrollierbaren Nachrichtendienst über das gesamte ukrainische Gebiet unterhielt. Diese Spezialagenten bereisten u.a. die Kriegsgefangenenlager in der Ukraine und besuchten auch entlassene ukrainische Kriegsgefangene, denen u.a. die Frage vorgelegt wurde, ob sie während der Gefangenschaft durch Deutsche gequält oder sonst schlecht behandelt worden seien. Alle derartigen Berichte liefen in Kiew zusammen, wo die Zentrale schliesslich eine Kartei von etwa 60 000 Kriegsgefangenen unterhielt. In welcher Form das so gesammelte Material tatsächlich Verwendung gefunden hat, ist nicht bekannt.

Bringt man diese systematische Materialsammlung jedoch in Verbindung mit der einen objektiv denkenden Ukrainer durch eine Person aus den Kreise um Melnyk gemachten Äusserung, wonach die OUN systematisch Material über die Mißwirtschaft Deutschlands in der Ukraine sammle, um es zu gegebener Zeit aussenpolitisch verwerten zu können, so gewinnt die Materialsammlung durch das Rote Kreuz besondere Bedeutung. B a g a s i und sein Kreis machten kein Hehl daraus, vor Eintreffen der deutschen Verwaltung Handel und Wirtschaft in der Ukraine in Privathände hinüberzuspielen, da "die Deutschen ja doch, wie überall, so auch in der Ukraine, alles an sich nehmen" würden. Bagasi hat wertvollste Rohmaterialien, z.B. fertige Stiefel und grössere Lederbestände, Kerzen- und Seifenbestände und die Rohmaterialien hierzu, sowie Millionenwerte an Fertigproduktion an Personen seines engeren Freundeskreises oder an Privatgesellschaften verschoben oder transferiert, deren

Revision schwere Mißwirtschaft zutage gefördert hat. Er hat noch zu Beginn des Jahres 1942 durch rigorose Eingriffe in die Miliz in Kiew versucht, die Miliz in seine Abhängigkeit zu bringen und von der Untersuchung ihm unangenehmer krimineller Delikte abzuhalten. Er hat in einem Falle aktiver und passiver Bestechung, in den er selbst verwickelt war, den beauftragten Abteilungsleiter der ukrainischen "Untersuchungsabteilung" durch Drohung mit Entlassung an der Durchführung weiterer Ermittlungen gehindert.

Das ihm von Seiten der Wehrmacht und der Verwaltung für Lebensmitteltransporte zur Verfügung gestellte Benzin hat er zum Teil für private Zwecke oder für nationalukrainische Propaganda-Aufträge verwendet. Während er erklärte, daß für Lebensmittelfahrten kein Benzin vorhanden sei und die Kraftfahrer zusehen müßten, wie sie sich Benzin anderweitig verschafften, wurden in seinem Privatkeller nach der Festnahme grössere Benzinbestände vorgefunden. Er hat ferner das sogen. ukrainische Rote Kreuz durch Hergabe von Benzin instandgesetzt, mindestens dreimal Fahrten mit Kraftfahrzeugen des Roten Kreuzes bis tief in das Generalgouvernement hinein zu unternehmen, um mit Metropolit Dionysius in Warschau und Erzbischof Hilarion in Cheln Verhandlungen über die Einsetzung eines Metropoliten der in Kürze zu schaffenden autokephalen ukrainischen Nationalkirche zu pflegen. Er hat den damit beauftragten Personen sogar Passierscheine ausgestellt.

Die von ihm in der Stadtverwaltung Kiew geschaffene "Abteilung für Glaubensbekenntnisse" war die Führungsstelle des nach Auflösung des National-

rates kurzerhand gegründeten ukrainischen Kirchenrates, der in tatsächlicher Hinsicht und auch nach Aussage mehrerer Mitglieder nur die Aufgabe hatte, die politischen Ziele des aufgelösten Nationalrates unter anderem Namen weiter zu verfolgen.

Im Auftrage Bagasi's besuchten der Referent der "Abteilung für Glaubensbekenntnisse" in der Stadtverwaltung Kiew, Iwan K o r o w i t z k i und ein gewisser B a g r a n o w s k i, der angeblich zu den engeren Kreis um Melnyk gehört, zwei Emigranten, Ende Dezember 1941 den damals in Kiew amtierenden Bischof P a n t e l e m o n und erklärten ihm, "dass die ganze ukrainische Bevölkerung von den neuen Bischof eine starke ukrainische Hand erwarte, widrigenfalls er in unangenehme Konflikte kommen werde."

Bagasi hat sich in den maßgeblichen Stellen der Stadtverwaltung mit Personen umgeben, die - sich als Vollstrecker gesamtukrainischer Forderungen fühlend - einen ausgesprochen chauvinistischen Kurs beschritten und mehr und mehr eine feindliche und hasserfüllte Politik gegen alle deutschen Maßnahmen verfolgt haben. Die Frage, wie es ihm gelungen ist, ohne zur Sowjetzeit mit nationalistischen Ukrainern in organisiertem Zusammenhang zu stehen, schon unmittelbar mit dem deutschen Einmarsch einen Kreis von Vertrauten um sich zu sammeln, mit denen er allmählich den deutschen Einfluss zu verdrängen trachtete und die ukrainischen Forderungen bis zur Grenze des Konflikts trieb, sei zunächst dahingestellt.

Es steht jedoch fest, daß er und seine Vertrauten durch ihre Maßnahmen und Bestrebungen den Nährboden schufen, auf dem auch die bolschewistischen Bestrebungen nur gedeihen und Aussicht auf

116

Erfolg haben konnten. Angesichts der ihm innewohnenden Klugheit kann nicht daran gezweifelt werden, daß er sich der Konsequenzen seiner Politik nicht bewusst gewesen wäre. Zur Abrundung der Schilderung seiner Persönlichkeit darf nicht unerwähnt bleiben, daß er zur Sowjetzeit erst Lehrer und schliesslich Leiter einer jüdischen Schule in Kiew war und als Privatlehrer die Kinder des 1. Sekretärs des Gebietsvollzugskomitees der kommunistischen Partei, C h r e w t s c h u w , unterrichtete.

Die Hetman-Gruppe (Hetman S k o r o p a d s k i) wurde 1918 mit deutscher Hilfe zum Herrscher der Ukraine gemacht. Neben einigen wenigen Intelligenz-
lern rekrutieren sich seine (meist passiven) Anhänger aus der Landbevölkerung, die in ihrer Primitivität die Monarchie als gottgewollte Einrichtung ansehen. Die Schriften der Hetman-Partei weisen auch bewusst darauf hin, daß nicht eine dünne Intelligenzschicht, sondern ein gesunder Bauernstand die Stütze des auf berufsständischer Grundlage aufzubauenden Hetman-Staates sein müsse.

Hetman Skoropadski hält sich seit dem Ende des Weltkrieges in Berlin auf und scheint auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Reich Wert zu legen. Sein Sohn soll sich in London befinden. Skoropadski lässt sich, durch laufende Berichte von Vertrauensleuten in der Ukraine über die allgemeine Lage unterrichten. Aus einem zufällig erfaßten Brief ergibt sich, daß er Material über etwaige Fehlgriffe der deutschen Verwaltung sammelt. Sein Ziel dürfte dabei sein, durch geeignete Verwertung dieses Materials über zentrale Reichsstellen politischen Einfluss in der Ukraine zu gewinnen.

117

- 43 -

Aus den verschiedensten Anzeigen und Meldungen ist zu ersehen, daß sich eine rührige, vielverzweigte polnische Widerstandsorganisation gebildet hat. Deutschfeindliche Gerüchte tauchen gleichzeitig in polnischen Bevölkerungskreisen der verschiedensten Orte auf. In mehreren Fällen sind bereits Festnahmen von Polen, darunter eines katholischen Pfarrers, durchgeführt worden. Die Verbindung zur polnischen Widerstandsbewegung in Generalgouvernement erscheint sicher. Ein grösserer Zugriff wird z.Zt. vorbereitet.

-.-.-.-.-

-304-

Einzelmeldungen:

In der Nacht von 27. zum 28.3.1942 wurden auf einer Anhöhe westlich des Dnjepr in Kiew zwischen der neuerbauten von Reichenau- und der neuerbauten Eisenbahnbrücke Blinkzeichen beobachtet. Bei der Suche nach dem Ursprung dieser Lichtsignale wurden drei Personen erfasst, die ein Sende- und Empfangsgerät sowie eine Blinkgerät deutscher Herkunft im Besitz hatten.

Bei einer durch den Kdr.d.Sipo u.d.SD in Kiew unter Mithilfe von 500 Mann Gendarmerie durchgeführten Grossaktion am 28.3.42 wurden zahlreiche verdächtige Personen festgenommen, aus deren Besitz Radioersatzteile, unentwickelte Fotoplatten, Munition und Feldstecher sichergestellt werden konnten.

Durch den Kdr.d.Sipo u.d.SD in Kiew erfolgte die Festnahme von 11 Ukrainern, die in früheren Jahren als Kolchosenleiter, Verwalter von Magazinen, Dorfleiter usw. Bauernhäuser und Kirchen ausgeplündert und vor der Besetzung des Gebietes Provery durch die deutsche Wehrmacht den Schweinebestand verschiedener Kolchosen verkauft und das Grossvieh zum grössten Teil ins Winterland geschafft hatten, um es nicht in die Hände der Deutschen fallen zu lassen.

In Potschina wurden 5 Ukrainer ermittelt, in deren Besitz sich ein SMG und 60 Gewehre befanden. Der Leiter dieser Bande hatte ausserdem einen Zettel mit einer deutschfeindlichen Aufschrift öffentlich angeschlagen.

Am 25.3.42 wurden in Kiew zwei Russinnen wegen Verdachts der Zugehörigkeit zu einer Partisanengruppe festgenommen. Beide hatten einen sog. Instandsetzungs-

zug der Roten Armee angehört und Waffen und Uniform getragen.

Weiter wurden in Kiew 14 Angehörige einer Partisanengruppe festgenommen. Sie hatten als alte K.P.-Mitglieder führende Posten innerhalb der Partei und des NKWD bekleidet. Einigen von ihnen waren von NKWD vor Kriegsausbruch Bescheinigungen ausgestellt worden, die sie zum Tragen eines Gewehres berechtigten, mit dem sie auf deutsche Fallschirmjäger schiessen sollten.

Der Vdr.d.Sipo u.d.SD in Bowno hat in Proskurov drei Personen wegen kommunistischer Zersetzungsarbeit und verbotenen Waffenbesitzes in Haft genommen. Bei der Haussuchung wurden auf einem Boden versteckt ein Schnellfeuerge-
weh, zwei Seitengewehre, zwei Handgranaten und 400 Schuss Munition gefunden. Der Haupttäter - ein Jude - war russischer Soldat.

Weiter sind in Luzk 6 Personen festgenommen worden, die in Begriff waren, eine Sabotagegruppe und eine kommunistische Organisation zu gründen.

Aus der ukr. Widerstandsbewegung:

In Kiew wurden am 26.3.42 von der COW erneut Flugblätter in einer Auflage von 165 Stück hergestellt. Sie enthalten den Fortlauf eines am 14.2.42 an den Führer abgesandten Memorandums, das von Erzbischof Scheptizki, Mitschkowski (Kiew), Melnik und Oveljanowitsch (Prag) unterschrieben ist.

In Poltawa wurde der Bürgermeister mit drei Personen festgenommen. Er hatte in seinen Diensträumen

120
Versammlungen der Bandera-Anhänger abgehalten und darin die Aufstellung einer ukrainischen Armee gegen die deutsche Wehrmacht propagiert. Bei der Überführung nach Kremenschug erfolgte ein Überfall auf einen Wachbeamten, der mit Verletzungen ins Lazarett in Poltawa eingeliefert werden musste.

In Zwirtze wurde ein Bandera-Anhänger unter dem dringenden Verdacht, drei Morde ausgeführt zu haben, festgenommen. Er war 1937 von den Polen wegen politischer Betätigung festgenommen und zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, beim Einmarsch der deutschen Truppen aber freigelassen worden.

In Nikolajew wird von Seiten der OUN-Anhänger lebhafteste Flüsterpropaganda getrieben.

In Winniza wurde eine OUN-Propagandaschrift erfasst, die auf der ersten Seite einen Sowjetstern trug.

Von der Einsatzgruppe D liegen keine Meldungen vor.

III.) Reich und besetzte Gebiete:

Der Kdr.d.Sipo u.d.SD in den Untersteiermark
meldet:

In der Nacht zum 5.4.1942 fand ein Feuergefecht zwischen einer Streife der Ordnungspolizei und 5 bewaffneten Banditen in Sauratetz, Kreis Gurkfeld statt. Es dürfte sich um kommunistische Bandenmitglieder handeln, die einen Viehdiebstahl ausführen wollten. Bei diesem Feuergefecht wurde ein Bandit getötet. Suchaktionen nach den restlichen Banditen, die über die Grenze geflüchtet sind, waren erfolglos.

Am 6.4.42 abends drangen drei maskierte Männer in die Wohnung des Schuhmachermeisters Franz Schmied in Kappeldorf Nr. 79 (Bez. Pragwald) mit den Worten "Policija" (Polizei) ein. Schmied flüchtete in ein Zimmer und versteckte sich. Während dieser Zeit stahlen die Unbekannten eine Decke und ein Paar Stiefel.

Etwas um die gleiche Zeit drangen in die Wohnung des Alois Pesnik in Niederdorf - Bez. Pragwald-zwei mit Pistolen bewaffnete Unbekannte Männer ein, verlangten die Herausgabe von zwei Zeltbahnen und verschwanden dann. Die pol. Ermittlungen sind bisher erfolglos verlaufen.

Der Kdr.d.Sipo und d.SD in den bes.Geb.Fürstentums
und Krains meldet:

Am 3.4.42 nachts wurde in die Gemeindekanzlei in Kraxen durch Banditen eingebrochen. Es wurden eine Schreibmaschine, ein Radioapparat, 3 Standlampen, 32 Wolldecken und 70.- RM Bargeld gestohlen. Am 4.4.42 wurde in Oberdorf und Pöllandl - beide Kreis Freinburg - je ein Einwohner in, bzw. nahe der Wohnung von kommunistischen Banditen erschossen. Sie waren bei der Beusammelstelle in Laak beschäftigt.

Am 5.4.42 wurde der Fahrdienstleiter des Bahnhofes Laak von Banditen in der Nähe des Bahnhofes durch Pistolenschüsse verletzt. Alle Überfälle erfolgten in den Nachtstunden.

Die Ausforschungen und Versammlungsmassnahmen sind eingeleitet.

Am 6.4.42 wurde, während die Gendarmerie beim Abendessen weilten, in die Räume des Gend.-Postens St. Oswald von Banditen eingebrochen, 2 Statuen mit Munition und Uniformstücke gestohlen. Als die Gendarmerie zum Posten zurückkehren wollten, wurden sie mit Gewehr- und Mg-Feuer überfallen.

Am 6.4. um ca. 22.00 Uhr versuchten Banditen in Tratz wohnhaften Rechtsanwalt und seinen Jäger aus der Wohnung zu locken, ohne Zweifel, um sie zu ermorden. Beide gaben aber sofort Feuer, worauf die Banditen flüchteten.

BIb - 192 -

123

Der Chef der Sicherheitspolizei
u.d.SD

Berlin , den 14. April 1942.

- IV A 1 - 1 B/41 grs. -

Geheime Reichssache!

72
~~65~~ Ausfertigungen
51 Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 192.
=====

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit 14. April 1942.

Die mit Ereignismeldung UdSSR. Nr. 191 vom 10.4.42
gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen
sind unverändert geblieben.

./.

- 340 -

1.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort: K r a s n o s w a r d e i s k .

Lage und Stimmung in Litauen.

Die Einführung der Selbstverwaltung in Litauen wird nach wie vor in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert. Grundsätzlich erblickt man in dieser neuen Massnahme den ersten Schritt zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Besserstellung des litauischen Volkes. Man ist sich natürlich darüber in klaren, dass mit der Einführung der Selbstverwaltung eine Unabhängigkeit des litauischen Staates noch lange nicht herbeigeführt ist und in radikalen Nationalisten- und Aktivistenkreisen sieht man diese Massnahme der deutschen Regierung mehr als einen diplomatischen Schachzug an, der geeignet ist, die restlose Angliederung Litauens an das Reich besser vorzubereiten als wie der bisherige Zustand es konnte.

So setzte aus diesen Kreisen auch sofort eine entsprechende Gegenpropaganda ein, die im wesentlichen etwa folgende Punkte anführte:

1. Die Deutschen haben den Litauern die Selbstverwaltung nicht aus Sympathie gegeben, sondern aus der Notwendigkeit des Krieges heraus.
2. Die Deutschen brauchen das Menschennaterial für die Erweiterung der deutschen Verwaltung in den besetzten russischen Gebieten und schränken deshalb in Ostland ihre Personalbestände ein.

3. An der russischen Front fehlen Soldaten. Die Deutschen beabsichtigen über die Einführung der Selbstverwaltung die Litauer zu mobilisieren, damit weitere Männer an die Front kämen.
4. Die Erweiterung der Rechte der Litauer hängt mit der fühlbar gewordenen Schwächung ihrer Kräfte zusammen. Man versucht jetzt bei den Litauern die englische Taktik anzuwenden, indem man die Litauer durch die Hände der Litauer ausnützen lässt.
5. Nach Beendigung des Krieges wird die Erweiterung der litauischen Selbständigkeit zurückgezogen werden und Deutschland wird Litauen an das Reich angliedern.

In den Kreisen der städtischen Bevölkerung kann diese Propaganda jedoch nicht so recht Fuss fassen, da man über den Abbau der Zivilverwaltung in personeller Hinsicht an sich schon äusserst befriedigt ist, vor allen aber deshalb, weil alle möglichen Leute glauben, jetzt gut bezahlte und bessere Stellungen innerhalb der litauischen Verwaltung beziehen zu können. Ebenso glaubt man, dass nun nur noch eine kleine Wirtschaftskontrolle bleiben werde und es damit auch leichter werden würde, die eigenen Angelegenheiten besser zu besorgen.

Ganz allgemein kann gesagt werden, dass bei dem litauischen Bevölkerungsteil über die Neuordnung aufrichtige Freude herrscht, die z.T. auch darin zum Ausdruck kommt, dass, wie überall im Lande, vereinzelt auch in Vilna die Nationalflagge gehisst wurde. Die Flaggen mussten jedoch bald wieder eingezogen werden, da ihre Wissung

ohne Genehmigung des Gebietskommissars vorgenommen wurde. In den Kreisen der Intelligenz hofft man, dass durch die Verleihung der Selbstverwaltung nur der erste Schritt für die kommende Autonomie gemacht sei und dass weitere Entscheidungen auf den anderen wichtigen Lebensgebieten nachfolgen.

Am 23.3.1942 fand eine Versammlung von Vertretern sämtlicher Wirtschaftsstellen im Generalkommissariat statt. Der Generalkommissar verkündete die Gründung einer litauischen Wirtschaftsvereinigung. Zu der Tagung waren Vertreter der Wehrmacht, der Polizei, der SA und der sowie des Reichsstandes des deutschen Handwerkes geladen. Um der ganzen Tagung einen würdigen Rahmen zu geben, wurden am Anfang und Ende von Opernorchestern neuen Musikstücke von Mozart und Schubert gespielt. Von den Reden, die gehalten wurden, wird besonders in der litauischen Öffentlichkeit die Stelle aus der Rede des Generalkommissars hervorgehoben, die sich mit deriedereinführung der Privatwirtschaft befasst.

Die während der ganzen Wintermonate anhaltende gute Stimmung der Polen infolge der russischen Gegenoffensiven hat einer erheblichen Niedergeschlagenheit Platz gemacht. Sofort nach der Veröffentlichung der Verordnung des Reichsministers für das Ostland gingen in der Stadt Vilna Gerüchte um, dass Litauen seine Unabhängigkeit wiederbekommen habe. Die Stimmung der Polen war demzufolge ausserordentlich gedrückt.

Die niederdrückende Wirkung dieser Massnahme wurde ganz erheblich verstärkt durch die Schließung des Priesterseminars sowie durch die Ausweisung des Wilnaer Erzbischofs Jalbrzykowski. Obgleich der Ausweisungsbefehl in seinen Einzelheiten schon am Tage nach der offiziellen Bekanntgabe dank der ausgezeichneten Flösterpropaganda in der ganzen Stadt bekannt war, kam es in der Bevölkerung zu keinerlei Kundgebungen oder Unruhen, wie verschiedentlich vorher vermutet wurde. Es wurden zwar Gerüchte laut, dass die Polen am Tage der Ausreise Protestkundgebungen veranstalten wollten, tatsächlich nahm jedoch die polnische Bevölkerung diese Massnahme niedergedrückt und schweigend hin. Auch die für den 19.3.1942 anlässlich des Namenstages des Marschalls Pilsudski von verschiedenen Seiten erwarteten Demonstrationen blieben völlig aus. Als dann am 25.3.1942 der Luftangriff auf Wilna erfolgte, und sich überall sofort das Gerücht verbreitete, dass dieser Angriff als Vergeltungsmassnahme gegen die Litauer, insbesondere wegen der Ausweisung des Erzbischofs Jalbrzykowski und der Einsetzung des neuen litauischen Erzbischofs Reinyz erfolgt sei, schien die Stimmung der Polen wieder erheblich gehoben. Es wurde festgestellt, dass tatsächlich den russischen Fliegern Leuchtsignale gegeben wurden. Die Tatsache, dass bei dem Luftangriff die Kaserne eines litauischen Selbstschutzbataillons sowie der Sitz des neuen Erzbischofs Reinyz getroffen wurde, der neue Erzbischof Reinyz leicht verletzt und sein Kanzler tödlich verwundet wurde, gab den Gerüchten einen durchaus glaubhaften Hintergrund.

128

Um den Polen zu beweisen, dass die Deutschen Stellen bei derartigen Angelegenheiten mit sofortigen Gegenmassnahmen antworten, erfolgte in Vilna die Schliessung der polnisch-katholischen Klöster (insgesamt 16) und die Inschutzhaftnahme der Klosterinsassen (insgesamt 253). Bei der litauisch-katholischen Geistlichkeit herrschte beim Eintreffen dieser Nachricht vollstes Verständnis, in den meisten Fällen sogar erhebliche Genugtuung. Besonders günstig auf die Stimmung der katholischen Kreise wirkte sich die sofortige Benachrichtigung des Kauener erzbischöflichen Ordinariats durch die hiesige Dienststelle aus, wo dem litauischen Weihbischof Brisgys mitgeteilt wurde, dass diese Massnahme zum Schutze der litauischen Interessen und auch zur Fehrgung der litauisch-katholischen Interessen getroffen worden sei. Brisgys wurde weiter mitgeteilt, dass gegen eine Rückgabe der Gebäude an die litauische Geistlichkeit nach Abschluss der Ermittlungen keine Bedenken beständen. Weiter wurde Brisgys mitgeteilt, dass die Schliessung der weiblichen Klöster, vor allen Dingen auch deshalb erfolgt sei, weil der begründete Verdacht besteht, dass sich unter den Ordensangehörigen eine ganze Anzahl Jüdinnen befinden, dass aber nach Klärung der Angelegenheit alle nicht besonders belasteten weiblichen Ordensangehörigen sofort wieder auf freien Fuss gesetzt würden. Brisgys nahm die Erklärungen der hiesigen Dienststelle ohne eigene Stellungnahme hin. Nach zuverlässigen Mitteilungen wird diese Aktion von ihm sowie von anderen höheren Geistlichen aber durchaus günstig aufgenommen.

Alle bisher gegen die polnisch-katholische Kirche in Wilna getroffenen Massnahmen wurden innerhalb der litauischen Geistlichkeit in keinem Falle als Massnahmen gegen die Kirche aufgefasst, sondern ausschliesslich als Massnahmen gegen bestimmte politisierende polnische Kreise. Innerhalb der polnischen Bevölkerung trat sofort die gewünschte Reaktion ein, zu irgendwelchen Kundgebungen oder Gegenmassnahmen ist es in keinem Falle gekommen. Die litauische Öffentlichkeit ist über diese Massnahme naturgemäss äusserst erfreut.

Positiv für die Stimmung der litauischen Bevölkerung, insbesondere im Wilnaer Gebiet, hat sich auch die für den 1.4.42 angekündigte Eingliederung der Kreise Oschmiana, Swir und Eiselinai ausgewirkt. An sich handelt es sich hier um ein landwirtschaftlich recht armes Gebiet, mit einer kulturell, sozial und politisch tief stehenden Bevölkerung. Die Eingliederung ist insofern von Bedeutung, als sie einen weiteren Zuwachs weissruthenischer und polnischer Bevölkerung bringt. Besondere Beachtung dürfte der im Kreis Oschmiana liegende Ort Smordon verdienen, da sich nach hier vorliegenden Meldungen dort eines der Zentren der polnischen Widerstandsbewegung des betreffenden Gebietes befindet. Angeblich laufen aus diesem Gebiet auch die Verbindungen zu den sowjetischen Partisanen um Minsk.

Der beabsichtigte Einsatz litauischer Polizei in den neu gewonnenen Gebieten, hauptsächlich aber in Kr. Oschmiana, wo das litauische Element

überhaupt nicht vorhanden ist, dürfte sich unter Umständen evtl. politisch nachteilig auswirken, es wäre daher zu erwägen, ob nicht der Versuch gemacht werden soll, wenigstens in diesen Kreis die weissruthenischen Polizeikräfte, die schon jetzt dort vorhanden sind, nach gehöriger Überprüfung beizubehalten. Vertreter des weissruthenischen National-Komitees haben darauf hingewiesen, dass der Einsatz litauischer Polizeikräfte von der weissruthenischen Bevölkerung dieses Gebietes kaum verstanden werden würde.

Ganz allgemein erscheint es erforderlich, der weissruthenischen Frage künftighin eine grössere Beachtung zu schenken, da nunmehr durch den Anschluss der neuen Kreise ein weiterer erheblicher Zuwachs erfolgt. Die Wechselbeziehungen zwischen der weissruthenischen Intelligenz in Minsk und Westweissruthenien, die zu einem nicht unerheblichen Teil vom Generalkommissariat Weissruthenien von hier nach dort abgezogen wurden, zu den führenden weissruthenischen Kreisen sind sehr intensiv und liegen den ersten Anschein nach nicht immer in der von uns verfolgten Linie.

Der jetzt ausgewiesene Erzbischof Jalbrzykowski hat seit 1925, als er nach Vilna berufen wurde, zielbewusst jegliches weissruthenisches Volksbewusstsein durch die Kirche unterdrückt. Die wenigen weissruthenischen Priester wurden entsetzt und durch die Kirche das Volontum mit allen Mitteln gefördert. Es gibt in Vilna und im ganzen Vilnaer Gebiet mit seiner überwiegend weissruthenischen Bevölkerung keine weissruthenischen Pfarrer.

Immer wieder unternommene Versuche und Bestrebungen in dieser Richtung wurden von Jalbrzykowski radikal unterdrückt. Der gegenwärtige Zeitpunkt der Umbesetzung des Wilnaer Bischofpostens erscheint geeignet, hier eine Änderung herbeizuführen. Es müsste zumindest in Wilna eine weissruthenische Pfarrei geschaffen werden. Es steht ausser Zweifel, dass dieses im ganzen Gebiet von der weissruthenischen Bevölkerung mit grosser Aufmerksamkeit aufgenommen würde. Die wenigen weissruthenischen katholischen Geistlichen, die sich in dem Gebiet befinden, sind gegen die polnische Geistlichkeit eingestellt und nehmen Deutschland gegenüber eine positive Haltung ein.

Estland:

Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung hat eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Der durch die Feier des nationalen Selbstständigkeitstages am 24.2. hervorgerufene Stimmungsaufschwung, der in dem Gefühl einer besonderen Anerkennung der positiven Haltung und der Leistungen des estnischen Volkes seinen Ursprung hatte, ist inzwischen wieder einem der nüchternen Betrachtung des Alltages entspringenden Bedrücktsein gewichen. Immer stärker greift in der Bevölkerung die Auffassung um sich, als würde trotz aller Anstrengungen des durch die Bolschewisten ausgeplünderten Landes trotz des wiederholt deutscherseits rühmend hervorgehobenen Einsatzes an der Front und in der Heimat das estnische Volk in vielen Dingen ungerechtfertigterweise benachteiligt.

Der Este ist realistisch genug, um in reichlichem Masse Einsicht für die Kriegsnotwendigkeiten zu haben. Auch die durch die Reden des 24. Februars und durch die nun endgültig erfolgte Fest-

legung des Verwaltungssystems ergangene Belehrung über die Zukunft des Landes ist richtig verstanden worden. In seiner materiell bestimmten Art, die Dinge zu betrachten, ist für den Esten die Erinnerung an die frühere Selbständigkeit stark verknüpft mit dem Gedanken an einen gediegenen Wohlstand, an eine Epoche des (trotz aller autoritären Massnahmen des Pätsregimes) "Lebens und Leben-lassens". Wenn er in Bezug auf eine eigene politische Zukunft trotz zurzeit noch lebhafter Diskussion keine allzu grossen Erwartungen mehr hegt, so hofft er andererseits, auf wirtschaftlichen Gebiet eine möglichst geringe Einschränkung seiner Betätigungsmöglichkeiten zu erreichen. Hier jedoch sieht er bereits eine andere Entwicklung sich anbahnen: in reichsdeutschen Monopol- und Landbewirtschaftungsgesellschaften wie ZHO, "Ostfaser", "Ostland" sowie "Ostland-Bank" sieht er Vorboten einer Abdrängung des estnischen Elements in die niederen Sphären der Wirtschaft. In gleichen Sinne deutet er auch die Hinauszögerung der tatsächlichen Rückgabe des ländlichen und städtischen Grund- und Hausbesitzes. Die zunehmende Beaufsichtigung durch zentrale deutsche Stellen erscheint ihm unbequem und den Geschäftsgang erschwerend sowie hemmend.

Auch in anderen Problemen des Alltages fühlt sich die Bevölkerung benachteiligt, so z.B. in der Ernährungsfrage. Inner wieder werden Vergleiche mit Lettland angestellt. Man erhebt den Vorwurf, der Estländer erhalte trotz politisch besserer Behandlung geringere Wochenrationen (100 gegen 200 g Butter, keine Zuckerzuteilung in Gegensatz zu Lettland usw.). Die reichsdeutschen Zivilper-

in Estland erhielten doppelt so grosse Zuteilungen wie die Esten, wobei besonders vermerkt wird, dass diese Rationen sogar weit über den Reichsnormen lägen.

Die ständige Verschlechterung der allgemeinen Ernährungslage, sonstige Versorgungsnot, die als ungenügend empfundenen Löhne, namentlich der Arbeiterschaft, schaffen neben der oben erwähnten psychologischen Verstimmung allmählich den Nährboden für eine Unzufriedenheit, die günstige Ansatzpunkte für eine antideutsche Propaganda, vor allem von England her, bietet. Vorläufig noch als einzelne Symptome, dennoch in zunehmendem Masse, ist bereits von einer Distanzierung gewisser Bevölkerungskreise von dem Gedanken einer deutsch-estnischen Schicksalsgemeinschaft zu hören. Noch sehr vereinzelt werden sogar Meinungen laut, die bereits einer Sammlung national gesinnter Elemente "für bessere Zeiten" des Wort reden.

Der psychologische Fehler des bekannten "Prügel-erlasses" der Reichsbahn ist in seinen Auswirkungen noch nicht ausgewogen worden. Bei der langsamen Art des Esten, zu reagieren, beginnt der Erlass erst auf den flachen Lande bekannt zu werden und wirkt sich stimmungsmässig um so negativer aus, als man daraufhin befürchtet, auch die neue deutsche Ordnung werde auf Methoden der Behandlung zurückgreifen, wie sie durch die demokratische Tendenzpropaganda der Hochkriegsjahre als typisch für ein deutsches Verrentum dem Volke eingeprägt worden sind.

Die estnische Bevölkerung ist überzeugt von ihrer eigenen Bereitschaft, sich in die kommende neue Ordnung einzufügen und sich das dazu Notwendige Wissen und Erfahrung anzueignen. Sie glaubt aber, aus

eigener Einsicht und Bestrebung ohne fühlbare Bevormundung oder gar Antreibung durch Gewaltmassnahmen auf diesen Weg kommen zu können.

Aus seiner in der Epoche des Liberalismus geprägten Geschichtsauffassung heraus ist der Esto gewohnt, in seinem früheren Verhältnis zum deutschen Volke sich als den nur leidenden und gebenden Teil anzusehen. Sein ausgeprägtes Nationalbewusstsein lässt ihn sehr empfindlich auf Erscheinungen, die er als schroffe Äusserungen des Misstrauens oder der Nichtachtung ihm gegenüber ansieht, reagieren.

Die Einführung der landeseigenen Gerichtsbarkeit hat sich in ganzen Generalbezirkstimmungsmässig äusserst günstig ausgewirkt. Man betrachtet diese Massnahme als einen weiteren Schritt zur gänzlichen Liquidierung der bolschewistischen Herrschaft, die mit ihren "Volksgerichten" nicht das wahre Recht gewollt, sondern krasses Unrecht begangen habe. Die Wiedergeltung des estnischen Gesetzes - gewisse Kreise hatten bereits die Einführung des deutschen Rechts befürchtet, - wird grundsätzlich als ein Zeichen des Vertrauens gewertet, das die massgebenden deutschen Stellen dem estnischen Volke und der Selbstverwaltung schenken. Gleichzeitig hat dieser Umstand das nationale Bewusstsein derjenigen Kreise gestärkt, die es willt sind, unter deutscher Hoheit in Rahmen einer eigenen Verwaltung am Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Der Erlass des Reichsministers Rosenberg über die Bestätigung der Selbstverwaltung und ihrer bisherigen Organe hat in der Bevölkerung keinen sonderlich nachhaltigen Widerhall gefunden, trotz der günstigen Pressekommentare. Man stellt nüchtern fest, dass dieser Erlass, dessen einzelne Bestimmungen bisher nicht bekannt geworden sind, dessen wesentlicher Inhalt aber aus den Rundfunk- und Pressemeldungen zu ersehen war, nur eine Bestätigung und rechtliche Untermauerung des bisherigen schon von der Militärverwaltung eingeführten und zugebilligten Zustandes sei.

Man übersieht nicht die im Erlass des Reichsministers fundierte deutsche Hoheitsgewalt und Aufsichtsverwaltung, unter der sich die eigene Verwaltung zu beugen hat. Intelligenzkreise bezeichnen den Erlass als eine blossе Geste gegenüber dem Ausland, die nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, dass die Mitglieder des estnischen Landesdirektoriums lediglich "Marionetten" seien.

Die Lage der Landwirtschaft in Estland verschlechtert sich immer mehr, was sich auch in der Stimmung der Landbevölkerung bemerkbar macht. Wenn auch die Reprivatisierung sich ihrem Ende nähert, so wird diese Frage doch noch sehr stark auf dem Lande besprochen. Es stellt sich nun heraus, dass die Altbauern fast hundertprozentig ihr Land zur Nutzniessung zurückerhalten. In nur vereinzelten Fällen ist dieses nicht eingetreten, und in einigen wenigen Fällen liegt der Entscheid der Gebietskommissare noch nicht vor. Die Bauern sind der Meinung, dass man dies Ergebnis schneller und leichter hätte erreichen können. Durch eine einzige Verord-

hätte die Frage schon im Dezember geklärt sein können und die Wirtschaft hätte nicht unter diesen unsicheren und unklaren Verhältnissen zu leiden brauchen. Wenn nun die Bauern auch das Land zur Bewirtschaftung erhalten haben, so sind sie doch nicht restlos zufrieden, denn durch diese Massnahme ist die bolschewistische Agrarreform nicht annulliert worden, da die Bauern nur Bewirtschafter, nicht Besitzer sind. Es wird gehofft, dass auch die Besitzfrage schnell geklärt wird, für die Erzeugungssteigerung wäre das von wesentlicher Bedeutung. Der estnische Bauer denkt sehr materiell und ist daher an einer Erzeugungssteigerung nur interessiert, wenn er sich voll als Herr auf dem Hof fühlen kann.

Die Ernährungslage wird zusehends schlechter. Die nördlichen Kreise Ostlands sind jetzt Zuschussgebiete geworden, wozu der nördliche Teil der Wiek, Harrien, Nordjerwen und Lierland gehören. Besonders schwierig ist die Lage in Narwa, Ostwirland und dem Olschiefergebiet. In Narwa ist die Ausgabe der Fleischrationen auf Lebensmittelmarken fünf Wochen in Rückstand. Ebenso schlecht steht es mit der Butterversorgung. Die Zivilbevölkerung hat nur etwas über die Hälfte ihres Anspruchs an Butter erhalten können. Die Städte sind einigermaßen versorgt worden, was nur dadurch erfolgen konnte, dass die Landbevölkerung ihre Normen nicht abgenommen hat. Durch den anhaltenden Frost ist das Brotgetreide, da Kartoffeln nicht transportiert werden konnten, sehr knapp geworden. Die Getreideversorgung ist so schwach, dass man nun eine Hofbegehung anordnen muss, um überhaupt festzustellen, wieviel noch an Getreide vorhanden ist, um dann den Überschuss

zwangsweise abliefern zu lassen. In Zukunft sollen die Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte nach anderen Grundsätzen geregelt werden, und zwar so, dass dem Bauern feste Normen vorgeschrieben werden, die er im Jahr zu erfüllen hat. Was der Bauer über diese Normen hinaus erzeugt, kann er frei verwerten.

Die Meldungen aus dem Kreise Pernaú besagen, lässt sich unter den dort untergebrachten Kriegsgefangenen zunehmende Aufsässigkeit feststellen. Es ist in einzelnen Fällen zu Widersetzlichkeiten und tätlichem Widerstand gekommen. Die zum Teil nicht einwandfreie, übervorsichtige Haltung der Zivilbevölkerung wird von den Gefangenen, die über diese Stimmung genau unterrichtet sind, für eigene Zwecke ausgenutzt.

Auch aus anderen Gegenden ist von organisierten Fluchtversuchen berichtet worden, die jedoch bisher rechtzeitig vereitelt werden konnten.

Tätigkeit der vorderen Teile Einsatzgruppe A.

Die Einsatzgruppe hat Vorbereitungen zum Aufbau eines Netzes russischer Stützpunkte begonnen. Zum Unterschied von der bisher schon laufend betriebenen Werbung von V. V. und Hilfskräften, die bei den Dienststellen arbeiten, sollen in den sicherheitspolizeilich wichtigen Ortschaften des Berichtsbereiches nunmehr feste, hauptamtliche Kräfte (Russen) als eine Art örtliche Dienststellen eingesetzt werden. Die materielle Entschädigung dieser Personen wird derart erfolgen, dass über die örtlichen Wirtschaftskommandos eine erhöhte Landzuteilung, Zuteilung von Vieh usw. erfolgt. Die Verbindung zu diesen

meist in entlegenen Ortschaften einzusetzenden "Stützpunkten" soll durch eine Art Stafettenläufer gehalten werden, welche nach einem festen Plan die einzelnen Stützpunkte anlaufen, selbst unterwegs Beobachtungen machen und dann der nächstgelegenen deutschen Dienststelle der Sipo u.d.SD Meldung erstatten können.

Diesen Vorbereitungen liegt die Überlegung zu Grunde, dass es schon jetzt schwer ist, mit den zur Verfügung stehenden Kräften den weiten russischen Raum sicherheitspolizeilich zu sichern und späterhin ganz unmöglich sein wird. Andererseits gibt es unter den Russen durchaus Gruppen, die unter entsprechender Beaufsichtigung zur Mitarbeit herangezogen werden können.

Das Agentenwesen hat zwar an Umfang weiterhin abgenommen, jedoch ist die Feindspionage dazu übergegangen, bessere und sogar ausgezeichnet qualifizierte Kräfte einzusetzen.

So wurde von der Wehrmacht ein Agentenpaar überstellt, bei dem es sich nach längeren Vernehmungen herausstellte, dass es von der Moskauer Hauptverwaltung der HWWD eigens zur Erkundung der deutschen sicherheitspolizeilichen Abwehrstellen angesetzt war. Die russische Agentin, die neben der deutschen auch die französische und englische Sprache beherrscht, gab an, dass sie mittels Flugzeug

von Moskau nach Leningrad gebracht wurde. Hier wurde sie durch die deutschen Linien geschleust und ihr der Auftrag gegeben, die deutsche Abwehrzentrale in Krasnogwardelsk auszuspähen, sich in den Dienst dieser Stelle anwerben zu lassen, um sowohl die Arbeitsweise als auch die Mitarbeiter kennen zu lernen und so weiter, und das Ergebnis ihrer Tätigkeit mit dem ihr zugewiesenen Mittelsmann nach Moskau zu berichten. Im einzelnen hatte sie folgende Aufträge:

Tief in das deutsche Spionageabwehrwesen einzudringen und die Arbeitsmethoden genau kennenzulernen,

die entsprechenden Mitarbeiter der Abwehrstellen kennenzulernen,

festzustellen, wer von den Russen als Hilfskraft Verwendung findet,

welche deutsche Agenten bereits über die Linien geschickt worden sind, welche geschickt werden sollen und wie deren Aufträge lauteten bzw. lauten,

zu erkunden, wer von den Sowjetagenten gefangen worden ist. Besonderes Augenmerk ist auf diejenigen Agenten zu richten, die sich für deutsche Dienste anwerben liessen.

Einem Teilkommando gelang es, nachdem der Standort des Kommandos lange Zeit unter wahrscheinlich durch Agenten geleiteten Bombenangriffen zu leiden hatte, ein Blinkgerät auffindig zu machen und sicherzustellen.

Die Ansetzung von Spähkommandos aus Letten und Russen unter Führung deutscher Kommandoangehöriger wurde weiterhin betrieben. Der Zweck der Einsetzung dieser Kommandos bestand darin, dass die Letten bzw. Russen unter Ausnützung ihrer Kenntnis der Landessprache sowie in rotarmistischer Uniform solche Erkundungen durchführen sollten,

die von der Wehrmacht selbst nur unter Einsatz grösserer Einheiten unternommen werden können. Die zu dieser Aktion ausgesuchten Letten und Russen wurden bereits vorher auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Als vorläufiges Ergebnis kann festgestellt werden, dass dieser Versuch als gelungen bezeichnet werden kann. Die Erfahrungsergebnisse in dieser Hinsicht konnten in einem Bericht zusammengefasst und den Wehrmachtsstellen übermittelt werden.

Bedingt durch die sehr schwere Lage auf dem Gebiete der Ernährung kommt es sehr häufig zu Diebstählen der Zivilbevölkerung bei Wehrmachtsseinheiten. In fast allen Fällen handelt es sich um Lebensmitteldiebstahl. Die Bestrafungen werden je nach Alter des Täters und Schwere des Falles und unter Beachtung der sonstigen Umstände, beginnend mit Prügelstrafe bis zum Erhängen verhängt.

Einzelmeldungen.

Aus Estland: Am 5. April wurden in Kreise Harrien 2 Fallschirmspringer, und zwar 1 Russe und 1 Este, die von einem Feldflughafen in der Nähe von Leningrad von der baltischen roten Flotte eingesetzt worden waren, festgenommen. Der Este sollte als Spion tätig werden, während ihm der Russe als Funker beigegeben worden war. Der dem Esten erteilte Spionageauftrag erstreckte sich auf das estn. Küstengebiet, insbes. auf den Revaler Flughafen und den Revaler Kriegs- und Handelshafen. Zu einer Ausführung des Auftrages ist es nicht gekommen, da die beiden Fallschirmspringer kurze Zeit nach ihrer Landung schon festgenommen wurden. Das von ihnen mitgeführte Funkgerät wurde sichergestellt.

Am 6. April wurde in der gleichen Gegend ein Fallschirmspringer (Este) festgenommen, der unter anderem den Auftrag hatte, sich als Freiwilliger beim Reichsarbeitsdienst anwerben und sich auf diese Weise nach Deutschland vermitteln zu lassen. Hier sollte er Spionage zugunsten der UdSSR. treiben. Der Fallschirmspringer war mit einem Sendegerät ausgerüstet, das sichergestellt werden konnte.

Am gleichen Tage wurde bei Charlottenhof 1 Fallschirmspringer (ebenfalls Este) verhaftet. Er hatte den Auftrag, sich in Reval mit ihm bekannten Personen in Verbindung zu setzen, um Nachrichten über deutsche Militäreinheiten zu erhalten. Ausser der üblichen Verpflegung an Konserven und Vitamintabletten führte er ein Sendegerät bei sich.

Über den Moskauer Sender soll ein Anruf an die Esten gerichtet worden sein, sich nicht an der Metallspende zu beteiligen, da sie das Metall in Zukunft selbst noch brauchen würden.

Deutschfeindliche Kreise verbreiten Meldungen von ins Reich zum Arbeitseinsatz versandten Esten, denen zufolge die dort arbeitenden Esten über ihren Arbeitseinsatz unzufrieden sind. Sie würden nur zu schweren und gefährlichen Arbeiten herangezogen, die die Deutschen sich auszuführen scheuen.

Die Gerüchte über bevorstehende schwere Zeiten auf dem Gebiet der Ernährung nehmen zu. So wird unter anderem die Meinung vertreten, dass die Ernährungslage in den Monaten Juni, Juli und August so schwierig sein werde, dass mit einer Hungersnot gerechnet werden muss. Es seien zu wenig Saatgut vorhanden, um in genügender Masse durch Gemüseanbau die Versorgungslage zu verbessern. Anstelle von Fleisch solle demnächst nur gesalzener Dorsch verkauft werden.

Von den Einsatzgruppen B, C und D liegen keine Meldungen vor.

III. Reich und besetzte Gebiete:

Der Kdr.d.Sipo u.d.SD i.d.Untersteiermark meldet:

Am 8.4.1942 um 01.00 Uhr wurde der werkseigene schmalspurige Schleppzug vom Kohlenbergwerk Buchberg zum Bahnhof Sachsenfeld durch angeblich 20 bewaffnete Banditen in Cilli angehalten. Das Zugpersonal wurde zum Aussteigen gezwungen, in ein Haus verbracht und dort für einige Zeit festgehalten. Der leere Zug wurde dann von den Banditen in Bewegung gesetzt, die Maschine fuhr mit der Hälfte des Zuges allein los und rannte bei Sachsenfeld auf. Es entstand nur geringer Sachschaden. Die Maschine ist bereits wieder in Betrieb. Vermutlich war beabsichtigt, die Brücke der Schmalspurbahn über die Sann und die Maschine zu zerstören, um weitere Kohlentransporte zu verhindern. Nach Aussagen des Zugpersonals waren die Banditen mit einem lmg., Handgranaten und Infanteriegewehren bewaffnet. Die Aussagen der Zugbegleitung weisen eine bis ins einzelne gehende auffällige Übereinstimmung auf. Aktionen der Schutzpolizei blieben bis jetzt ergebnislos. Die staatspolizeilichen Erhebungen dauern noch an.

In der Nacht zum 9.4.42 wurden in Cilli und Umgebung komm. Flugblätter gestreut.

Zur gleichen Zeit wurden von komm. Bändenangehörigen die Wirtschaftsgebäude von zwei unter komm. Verwaltung stehenden Besitzungen in Masase bzw. Prekoje in Brand gesteckt. Die beiden Wirtschaftsgebäude sind vollständig niedergebrannt.

In Diederdorf-westlich Arch- überfielen am 7.4.42 nachts Banditen einen Selbstschutzmann,

der unverletzt blieb. Nach versuchtem Viehdiebstahl fand ein Feuergefecht mit der Bande statt. Die Banditen flohen über die Grenze. 4 Stücke Vieh wurden sichergestellt. Am Tatort wurden eine serbische Mütze mit Sowjetstern, ein Seitengewehr und eine Zeltplane aufgefunden.

Am 10.4. abends wurde auf der Strassenkreuzung Trojane - St. Gotthard LK. Tifail ein Lastkraftwagen der Grosseinkaufsgesellschaft Cilli von komm. Banditen überfallen und die drei Insassen ermordet. Die Verfolgung der Banditen ist von Polizeikräften aus Edlingen und Cilli aufgenommen.

Vergeltungsmassnahmen werden eingeleitet.

BIb - 193 -

145

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 17. April 1942.

- IV A 1 - 1 B/41 rBs. -

75 Ausfertigungen

57. Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 193.
=====

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 17. April 1942.

Die mit Ereignismeldung UdSSR. Nr. 191 vom 10.4.42
gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen
sind unverändert geblieben.

- 332 -

./.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A:

Standort: Krasnogwardisk.

Einzelmeldungen:

Estland:

Die Aufnahme der Tätigkeit der Zivilgerichte wird immer dringender. Beim städtischen Wohnungsamt liegen bereits 7.000 Sachen vor (Räumungs- und Mietzahlungsklagen), die beim Zivilgericht sofort eingereicht werden sollen. 30 Prozent der städtischen Mieter zahlt keine Mieten, weil ein gerichtlicher Zwang zurzeit noch nicht ausgeübt werden kann. Auch die ehemaligen Richter, Gerichtsbeamte und sonstige Personen, die unmittelbar an der Wiedereinführung der Zivilgerichtsbarkeit interessiert sind, wundern sich darüber, dass die Zivilgerichte ihre Tätigkeit bis jetzt noch nicht aufgenommen haben, obwohl die diesbezüglichen Verordnungen schon vor einiger Zeit bekannt gegeben worden sind.

In seiner Sendung in estnischer Sprache vom 9. ds. Mts. gab der Finnlandsender das Veranstaltungsprogramm des "Stammverwandtschaftsvereins" Finnlands für die nächste Zeit bekannt, das u.a. für den 12. April einen Vortrag über Ingermanland und die Ingermanlandfrage im Augenblick, am 26. April einen Propagandatag der Stammverwandtschaftsarbeit, am 3. Mai ein estnisches Fest in Helsinki, veranstaltet vom Stammverwandtschaftsverein und der estnischen Gesellschaft und ausserdem für Mai Vorträge über die Volgafinnen, die Mordowiten und Tschernissen vorsieht.

Am 9.4.42 wurden in einer öffentlichen Kundgebung auf dem Rathausplatz in Reval 131 junge Esten, die sich zum Rod gemeldet und jetzt ihre Einberufung erhalten hatten, feierlich verabschiedet. Unter reger Beteiligung der Bevölkerung wurden ihnen

Estland mitgegeben. Einzelne Zuhörer äusserten sich verwundert darüber, dass nur wenige estnische Fahnen gehisst worden waren, und dass zum Abschluss nicht die estnische Hymne gespielt wurde.

Lettland:

Im Zuge der Ermittlungen gegen die illegalen kommunistische Organisation hat sich die Zahl der Festgenommenen in Riga auf bisher 200 erhöht. Durch Vernehmungen konnte geklärt werden, dass die Organisation sich nur auf Riga erstreckt und stadtteilweise gegliedert war. Mit weiteren Festnahmen ist zu rechnen.

Litauen:

Am 4.4.42 wurde die litauische Polizeistation in Vydziiai-Krs. Svenszioniai von bewaffneten ehemaligen polnischen Polizisten aus Weissrussland überfallen. Die Polen entführten den Chef der Polizeistation und seinen Vertreter.

Am 7.4.42 kam es in einem Grundstück in Wilna zu einem Zusammenstoss zwischen vier litauischen Sicherheitspolizeibeamten und einer Gruppe sowjetrussischer Terroristen. Auf beiden Seiten wurde von der Waffe Gebrauch gemacht. Dabei wurde ein litauischer Polizeibeamter getötet und ein weiterer verwundet. Bei der Verfolgung wurden zwei Anhänger der Terroristengruppe erschossen, die übrigen entkamen.

In Olita wurden am 7.4.42 22 Personen wegen aktiver kommunistischer Betätigung und Unterhaltung von Beziehungen zu Partisanengruppen erschossen. Russi-

Stielhandgranaten und Sprengstoff, die bei einigen der Kommunisten gefunden wurden, wurden sichergestellt.

Am gleichen Tage wurden in Kaen 22 Personen, darunter 14 Juden, die nachweislich bis in die letzte Zeit hinein kommunistische Propaganda getrieben hatten, erschossen.

Am 30.3.42 wurde in Gluko ein Partisanenversteck ausgemacht. Die Partisanen leisteten bewaffneten Widerstand. Es gelang ihnen zunächst zu entkommen. Bei der weiteren Verfolgung wurden jedoch drei der Partisanen erschossen. Im Zuge der Ermittlungen wurden weitere 35 Personen festgenommen. Neun von ihnen wurden auf der Stelle erschossen, da ihnen die Unterstützung von Sowjetrussen einwandfrei nachgewiesen werden konnte. In einem bunkerähnlichen Keller wurde ein umfangreiches Waffen- und Munitionslager entdeckt, das sichergestellt wurde.

Weissruthenien:

In der Nacht vom 26. zum 27.3.42 wurden zwei Reichsdeutsche, die bei einer zivilbehördlichen Dienststelle beschäftigt, in Minsk festgenommen, weil sie in betrunkenem Zustande in das Haus eines Ortsbewohners eingedrungen waren und mit vorgehaltener Pistole Lebensmittel beschlagnahmen wollten.

Durch die Staatsanwaltschaft beim deutschen Gericht in Minsk wurden 5 Personen des Telefunkenwerkes Minsk festgenommen. Die Verhafteten werden beschuldigt, sich an Durchstechereien übelster Art mit Wahrmachtsdienststellen beteiligt zu haben.

Die zu Ostern vorgenommenen ersten Kelchosaufteilungen haben stimmungsmässig sehr gut gewirkt. U.a. wurden von einem Rayonbürgermeister dem Gebietskommissar 11.000 RM als Spende überreicht. Es zeigt sich aber immer wieder, dass die propagandistischen Möglichkeiten in keinem Verhältnis zu den Not-

wendigkeiten stehen. Da die Propaganda fast vollkommen fehlt, ist zu befürchten, dass ein nachhaltiger Stimmungsmässiger Erfolg, den die Agrarreform auszuüben geeignet wäre, ausbleibt.

Aufgrund der Weisungen des neuen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, hat das Generalkommissariat Weissruthenien ca. 100.000 Arbeitskräfte zu stellen. Bisher sind jedoch erst 17.000 abtransportiert worden. Um die geforderte Menge an Arbeitskräften stellen zu können, wird das Prinzip der Freiwilligenmeldung fallen gelassen und zu Zwangsmassnahmen gegriffen werden müssen.

In der Partisanentätigkeit ist in letzter Zeit eine erhöhte Aktivität festzustellen. Es mehren sich die Fälle von Plünderungen und Massnahmen gegen die von den Deutschen eingesetzten Bürgermeister und weissruthenischen Schutzmannschaften. Ausgesprochene Aktionen gegen die Wehrmacht oder Sabotageakte in grossem Umfange haben aber nicht stattgefunden.

Am 8.4.42 fand in Minsk eine Besprechung sämtlicher interessierter Dienststellen über die Gründung eines "Weissruthenischen Baudienstes" statt. Durch den weissruthenischen Baudienst sollen weissruthenische Jugendliche im Alter von 20 bis 22 Jahren, möglichst unverheiratet, auf freiwilliger Grundlage einem geschlossenen Einsatz vorerst bei kriegswichtigen Arbeiten in Weissruthenien zugeführt werden. Es ist geplant, zunächst 2.000 Mann zu werben, die in Hundertschaften in Minsk und Umgebung unter Führung deutscher Arbeitsdienstführer zum Einsatz kommen sollen. Zweck des Baudienstes ist die Organisation der weissruthenischen Jugend zu einem beweglichen Einsatz in der Bau-, Land- und Forstwirtschaft und zum Katastrophenschutz.

Einsatzgruppe B:

Standort: Smolensk.

In Mogilew wurden in letzter Zeit wiederholt von einer Organisation "GIM" herausgegebene Flugblätter verteilt bzw. öffentlich angeschlagen, in denen zum äussersten Kampf gegen den Faschismus aufgefordert wurde.

Die Ermittlungen führten zur Feststellung des Herstellers dieser Wetzschriften in der Person des ehem. russischen Hauptmanns Georgi M e c i o l k i n , geb. Januar 1912 in Krassniarsk, der sich in Mogilew unter falschem Namen aufhielt. Meciolkina und seine Ehefrau wurden festgenommen; sie sind geständig, in den letzten beiden Monaten etwa 50 Wetzschriften hergestellt und verbreitet zu haben. Bei der Durchsuchung ihrer Wohnung konnte umfangreiches illegales Material sichergestellt werden.

Ausser dem Ehepaar Meciolkina wurden weitere 32 Personen festgenommen, die zum Teil bereits geständig sind, bei der Verbreitung der Wetzschriften mitgewirkt zu haben, zum anderen Teil in engster Verbindung zum Ehepaar Meciolkina standen.

Meciolkina, der Leiter der "GIM" für das Stadtgebiet Mogilew war, erklärte bei seiner Vernehmung u.a.

folgendes: (=Internationale Volksstärke)

"Die GIM kämpft vor allen Dingen gegen den blutigen Faschismus und dessen Führer, sowie gegen Stalin. Wir wollen uns frei machen von dem Zwang des Faschismus. Unser höchstes Ziel ist die Vereinigung des deutschen und russischen Volkes unter neuer Führung. Die Voraussetzung für diese Vereinigung ist allerdings, dass Deutschland alle besetzten Gebiete räumen und die jetzige Regierung beseitigen muss. Um zu unserem Ziel zu kommen, wollen wir eine zweite Front bilden

und die Deutschen mit Waffengewalt aus unserem Lande treiben. Als Signal für den Aufbruch sollen überall grosse Brände entfacht werden. Unsere Organisation hat bereits in allen Städten Russlands Fuss gefasst. Leiter der Organisation "GIM" ist ein gewisser Borow, der in unbesetzten Russland, und zwar in Nishni-Nowgorod, lebt. Dieser steht mit einem gewissen Gromow, der Leiter für Weissrussland ist, durch Fallschirmspringer und Funk in Verbindung.

In Mogilew selbst war unsere Organisation noch im Ausbau begriffen. Um unseren Plan mit Gewalt durchführen zu können, nahmen wir mit den Partisanen bereits Verbindung auf."

Meciolkin gab weiter zu, selbst bereits zweimal mit Partisanenführern in Verbindung getreten zu sein und diese über den Stand der Vorbereitungen in Mogilew unterrichtet zu haben.

Bei Meciolkin wurden u. a. Aufzeichnungen gefunden über die Stärke der deutschen Truppen in verschiedenen Orten und eine Aufstellung der Gebäude in Mogilew, die beim Aufbruch des Aufstandes in erster Linie gestürmt werden sollten, sowie eine handgeschriebene Aufforderung an den Führer eines Ukrainer-Bataillons in Mogilew, mit seiner Mannschaft zu "GIM" überzutreten, da er sonst erschossen würde.

Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Einsatzgruppe C:

Standort: Kiew.

Einzelmeldungen:

Der Kommandeur der Sipo u.d.SD in Kiew nahm in der Zeit von 30.3. bis 2.4.42 insgesamt 19 kommunistische Funktionäre, NKWD-Agenten und Mitglieder von Partisanen-Abteilungen fest. Im einzelnen wurden sie beschuldigt bzw. überführt, vor dem Abzug der Roten an der Fortschaffung von Fabrikeinrichtungen beteiligt, Anweisungen zur Sprengung der Jurstfabrik in Kiew gegeben, landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren unbrauchbar gemacht und die Getreidevorräte in der Lambartowoer Kolchose vernichtet zu haben. Bei mehreren dieser Personen wurden Waffen vorgefunden. Einer der Verhafteten hatte falsche Stempel, Pässe sowie Vervielfältigungsmaterial zur Herstellung von Wetzschriften in seinem Besitz, bei einem zweiten wurden mehrere Handgranaten und bei einem dritten ein Gewehr und Munition sichergestellt. Unter den Festgenommenen befanden sich u.a. ein Politruk, der an mehreren Sprengungen teilgenommen hatte, weiterhin ein Mitglied der Partisaneneinheit des Wasserwerkes in Kiew, ein früheres Mitglied der Spezialabteilung der ehem. Tscheka, der Leiter des Fachverbandes des Wasserwerkes, der zugleich NKWD-Agent und Mitglied der Gauleitung der K.P. war, ein Chinese, der sich bereits 1917 als Partisan betätigt und im Jahre 1936 enger Mitarbeiter des NKWD geworden war, der Chef der 2. Abteilung des Wasserwerkes, der vom Parteikomitee den Auftrag erhalten hatte, illegale Arbeit hinter den deutschen Linien zu leisten, ein Parteisekretär, ein zweiter Sekretär des Parteibüros und eifriger Agitator, vier NKWD-Agenten, die zusammen mehr als 60 Personen dem NKWD ausgeliefert hatten, sowie ein Partisan, in dessen Besitz Pulver in grösserer Menge vorgefunden wurde. ./.

Weiter wurden vom Kommandeur der Sipo u.d.SD in Kiew mehrere Kommunisten festgenommen, in deren Besitz sich deutschfeindliche Flugblätter befanden. Sechs von den Festgenommenen konnten überführt werden, diese Flugschriften verbreitet zu haben.

In Gebiet von Christinowka sind in der letzten Zeit rund 1400 Mann festgenommen worden, die alle aus den Kriegsgefangenenlager entwichen waren. Ein Schlupfwinkel wurde ausgehoben.

In Kremianez (Kommandeur der Sipo u.d.SD Rowno) wurde der beim dortigen Gebietskommissar angestellte Kreis-Chef festgenommen, nachdem er verbotene Propagandaschriften des Erzbischofs Polikarp verbreitet hatte. Kurz nach der Festnahme gelang es ihm, aus dem Gendarmerie-Gefängnis auszubrechen. Er gilt als gefährlicher Nationalist, der bereits zur Polenzeit eine 3-jährige Gefängnisstrafe wegen eines politischen Deliktes verbüsst hatte.

Eine aus Bandera-Anhängern zusammengesetzte Terrorgruppe ist im Bereich des Sipo u.d.SD i. Rowno tätig. In Tschospel, Mrs. Fortschyn, wurden ein Bauer erschossen und zwei seiner Angehörigen von bisher unbekannten Tätern verletzt. Am gleichen Tage hielten zwei bewaffnete Männer einen Angehörigen der Schutzmannschaft in Lutzk an und versuchten, ihn mit Hilfe eines Gurtes zu erhängen. Dem Kommandanten der Schutzmannschaft Rayon Lutzk wurde ein Brief zugestellt, in dem ihm angedroht wurde, dass er demnächst mit seiner Ernennung zu rechnen hätte. Verschiedene Beobachtungen und Feststellungen weisen darauf hin, dass es sich in allen Fällen bei den Tätern um chauvinistische Bandera-Anhänger handelt, die Morde und Gewalttätigkeiten gegen solche Ukrainer ausführen, die die Ziele der ukrainischen Nationalisten verraten.

Im Laufe des Monats März 1942 hatten sich ungefähr 15 Personen aus Popelnja, Bez. Rushin, (Bereich d.Kdr. d.Sipo u.d.SD in Shitomir) zusammengeschlossen, um die dort liegende slowakische Einheit zu überfallen, die deutsche Wachmannschaft der Munitionsanstalt zu ermorden und anschliessend die dort lagernde Munition in die Luft zu spragen. Die Ehefrau eines an der bolschewistischen Front stehenden Oberleutnants musste sich zu diesem Zweck an einen deutschen Soldaten heranzumachen. Der Gendarmerieposten in Popelnja nahm 13 Personen fest, nachdem er von den Bestehen dieser Partisanengruppe Kenntnis erhalten hatte. Zwei Rädelsführer wurden erhängt.

Weiter wurden zwei Anhänger der Bandera-Bewegung festgenommen, die im Laufe von Vernehmungen zugaben, die Absicht gehabt zu haben, im Frühjahr Brücken zu sprengen und Sabotageakte auszuführen. Den Auftrag hierzu wollen sie von einem Unbekannten aus Radomyschl erhalten haben. Die Ermittlungen dauern an.

In der Nacht zum 1.4.42 kreisten sowjetrussische Flugzeuge über Tschepowitschi - Gebietskommissariat Vorosten -, die über der Rayonstadt Malin - Gebietskommissariat Radomyschl - 5 Bomben abwarfen. Die Bomben schlugen in der Nähe des Kommandantur-Gebäudes der slowakischen Wehrmacht und des Gebäudes der Rayonverwaltung ein. Die Flugzeuge entfernten sich in Richtung Kiew, nachdem aus ihnen 30 Fallschirmabspringer abgesprungen waren, die später die Telefonleitung nach Malin zerschnitten. 12 km von Malin entfernt wurde abgeworfene Munition gefunden. Da diese Flugzeuge auch über der Stadt und den Gebiet um Owrutsch gesichtet wurden, ist anzunehmen, dass sie den dort liegenden Partisanen zu Hilfe kommen wollten.

Abwürfe von Flugblättern deutschfeindlichen Inhalts erfolgten über den Ortschaften Golubiwka und Dewbysch. Über dem Dorfe Goroschki wurde ein Flugzeug mit angeblich deutschem Hoheitsabzeichen beobachtet, von dem aus die an einer Eisenbahnstrecke beschäftigten Arbeiter mit einer Maschinengewehr beschossen wurden.

Im Bereich des Kommandeurs der Sipo u.d.SD in Dnjeptropetrowsk konnten durch rechtzeitige Festnahme von 12 Personen in Kamenskaja ein Anschlag mit Handgranaten auf einen Miliz-Chef und ein Giftmordanschlag auf den ukrainischen Bürgermeister verhindert werden. Unter den Festgenommenen befanden sich der Kommandeur des 341. Art.Rgts. und ein Major des Stabes der 147.sowj.Schützendivision, die sich in Kriegsgefangenenlager als einfache Soldaten ausgegeben hatten und daraufhin entlassen worden waren. Die beiden Offiziere haben in Laufe der Vernehmungen das geplante Attentat, Flugblattpropaganda und die Anfertigung von Stempeln für die Fälschung von Ausweisen usw. zugegeben. Verbindungen dieser Gruppe zu einer ähnlichen Organisation in Dnjeptropetrowsk wurden festgestellt. Die Ermittlungen sind im Gange.

In der Zeit vom 3.4. bis 7.4.42 nahm der Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD in Dnjeptropetrowsk 4 kommunistische Parteisekretäre, 2 NKWD-Agenten und 9 alte Kommunisten wegen deutschfeindlicher Propaganda fest.

In einem Dorfe 34 km nördlich von Kriwoj-Rog wurde eine Druckereimaschine entdeckt, mit der illegale Flugblätter der Bandera-Gruppe der OUN hergestellt wurden.

Einsatzgruppe D:

Standort: Simferopol.

Bericht über die Durchkämpfung des Stadtgebietes von
Feodosia.

Anlass der Durchkämpfung:

Die Beobachtungen, die vom Sonderkommando 10 b bei der Durchführung der sicherheitspolizeilichen Arbeit gemacht wurden, liessen darauf schliessen, dass sich im Stadtgebiet von Feodosia (jetzt rund 26.000, 1939 : 46.000 Einwohner) noch viele unzuverlässige und feindlich eingestellte Elemente aufhalten. Die Gründe dafür dürften hauptsächlich folgende sein:

- 1.) Im Frieden war Feodosia Stützpunkt der Roten Marine, die bekanntlich einen besonderen Pfeiler des Bolschewismus bildet. Die Bevölkerung stand mit den Angehörigen der Roten Marine in enger Verbindung.
- 2.) Die Arbeit der Sipo und des SD musste seinerzeit wegen des Einbruchs der Sowjets unterbrochen werden.
- 3.) Mit der Wiederbesetzung der Stadt durch die Bolschewisten kamen viele fanatisch eingestellte Kommunisten und dgl. aus den von den Roten noch gehaltenen Gebieten nach Feodosia, wo sie zum Teil auch nach der Wiederbesetzung durch die deutschen Truppen blieben.
- 4.) In der Stadt halten bzw. hielten sich noch Angehörige der Roten Armee, besonders Matrosen, auf, die versprengt worden waren und nicht mehr flüchten konnten.
- 5.) Partisanen, die sich in den an das Stadtgebiet angrenzenden Bergen versteckt halten bzw. hielten, hatten Verbindungsleute in der Stadt, die ihnen Unterschlupf gewährten und sie mit Nahrungsmitteln und Nachrichten versorgten.

- 5.) Partisanen, die sich in den an das Stadtgebiet angrenzenden Bergen versteckt halten bzw. hielten, hatten Verbindungsleute in der Stadt, die ihnen Unterschlupf gewährten und sie mit Nahrungsmitteln und Nachrichten versorgten.
- 6.) Die Rote Armee sendet immer wieder Spione von Kertsch aus durch die Front ins rückwärtige Armeegebiet. Diese Spione suchen erfahrungsgemäss gern in Feodosia Unterschlupf.

Für die Durchkämmung des Stadtgebietes war ausserdem mitbestimmend, dass viele arbeitsfähige Leute sich nicht zum Arbeitseinsatz meldeten und die Aufbauarbeit des Ortskommandanten sabotierten.

Planung der Aktion:

Da die verfügbaren Kräfte für eine Gesamtaktion nicht ausreichten, wurde das Gebiet in 4 Bezirke eingeteilt, die zu verschiedenen Zeiten durchkämmt werden sollten.

Für die Durchkämmung selbst war folgendes festgelegt :

Der äussere Gürtel eines jeden Bezirkes wird in den Morgenstunden schlagartig von Wehrmachtseinheiten abgesperrt. An allen grösseren Strassen innerhalb des zu durchkämmenden Bezirkes werden Wehrmachtsteile aufgestellt, die zu verhindern haben, dass Personen aus noch nicht durchsuchten Stadtteilen in durchsuchte Wohnviertel hinüberwechseln und umgekehrt.

Der zu durchsuchende Bezirk selbst wird dann von einer grösseren Anzahl von Fahndungstrupps durchsucht. Zu diesem Zwecke wird jedem Fahndungstrupp ein bestimmter Stadtteil, bestehend aus mehreren Häuser-

blocks, zugewiesen. Da die Fahndungstrupps schlagartig mit der Durchkennung zu beginnen haben, wird damit gerechnet, dass alle anwesenden Personen erfasst werden.

Alle angetroffenen Leute sind dann vom Fahndungstrupp zu überprüfen und folgende Personen **zunächst festzunehmen**:

Wehrfähige Männer ohne Arbeit,
Zivilpersonen ohne Ausweispapiere,
Personen, die sich bei der Bürgermeisterei noch nicht registrieren liessen,
Wehrmachtsangehörige ohne Ausweis.

Die Festgenommenen sind sofort körperlich zu durchsuchen und sodann zu einem Sammelplatz zu verbringen. Der Fahndungstrupp ist weiter verpflichtet, die ihm zugewiesenen Häuser und dgl. nach Jaffen, Hanster- und Plünderwaren zu durchsuchen und evtl. vorgefundene Sachen sicherzustellen.

Jeder Fahndungstrupp besteht aus einem Fahndungstruppführer, der jeweils aus den Reihen der Angehörigen des Kommandos der Sipo und des SD bestimmt wird, aus einem Feldgendarmen, einem Milizmann und ca. 10 Wehrmachtsangehörigen. Der als Fahndungstrupp-Führer bestimmte Kommandoangehörige ist für die Durchführung der Durchkennung persönlich verantwortlich. Die ihm zugeteilten Männer haben seinen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten. Der Fahndungstruppführer ist verpflichtet, besondere Vorfälle sofort dem Sonderkommando zu melden. Nach Beendigung der Durchsuchung hat sich der Fahndungstrupp sofort beim S.Kdo. zu melden.

Da der von der Wehrmacht abgesperrte Bezirk räumlich ziemlich ausgedehnt ist und um den Fahndungstrupps den oft sehr weiten Transportweg der Gefangenen zur Dienststelle zu ersparen, wird ein Sammelplatz errichtet, der so gewählt wird, dass er möglichst in der Mitte des abgesperrten Bezirks liegt. Zu diesem Platze werden von den einzelnen

159
Fahndungstrupps die Festgenommenen laufend angeliefert. Wenn ein grösserer Trupp von Arrestanten am Sammelplatz zusammengekommen ist, wird dieser zur Dienststelle der Kdos. d.Sipo zur weiteren Überprüfung gebracht. Der Sammelplatz wird durch eigens bestimmte Wehrmachtsangehörige (ca. 30 Mann) gesichert, die auch die Begleitmannschaften für die Gefangenentransporte vom Sammelplatz zur Dienststelle stellen. Ein Wehrmachtsangehöriger wird als Führer des Sammelplatzes bestimmt.

Die vom Sammelplatz zur Dienststelle vorbrachten Festgenommenen werden hier erneut von Kommandoangehörigen (H-Unterführern), die als Prüfer eingesetzt werden, überprüft. Die endgültige Entscheidung darüber, was mit den Festgenommenen zu geschehen hat, fällt sodann nach Vortrag des Prüfers der Kommandoführer.

Wenn alle Fahndungstruppführer mit der Durchkämmung fertig sind, wird die Beendigung der Absperrung den Absperrmannschaften durch 3 weisse Leuchtkugeln angezeigt.

Durchführung der Aktion:

Am Vortage der einzelnen Aktionen fand im engsten Einvernehmen mit dem Trupponkommandanten von Deodasia eine Besprechung mit den Einheitsführern der Absperrmannschaften statt. Dabei wurden die Aufgaben der Absperrmannschaften genau besprochen und an Hand eines Stadtplanes jeder Einheit die ihr zugeteilte Absperrungslinie bekanntgegeben. Zur leichteren Unterrichtung der Absperrungsmannschaften wurde jedem Einheitsführer eine Anzahl der "Merkblätter für Absperrmannschaften" ausgehändigt. Diese sollten an die Unterführer verteilt werden. Anschliessend an diese Besprechung fand eine Schulung und genaue Einweisung der Fahndungstruppführer statt. Um diesen später bei der Aktion das Arbeiten zu erleichtern, wurde ihnen am Schlusse der Schulung ein "Merkblatt für Fahndungstrupps" ausgehändigt. Den Fahndungstruppführern wurde zur Pflicht gemacht, am Tage der Aktion vor Beginn ihre Leute selbst zu schulen. Im Anschluss an diese Schulung wurden noch die als Prüfer eingeteilten H-Unterführer eingehend für diesen Zweck eingewiesen.

Für die erste Razzia standen für die Absperrung und Durchkämmung rund 380 Soldaten zur Verfügung. Durch die Fahndungstrupps wurden 351 Personen festgenommen und über den Sammelplatz zur Dienststelle verbracht. Von diesen Personen wurden 64 arbeits- und wehrfähige Männer dem Kriegsgefangenenlager in Feodosia überwiesen, weil sie sich ohne Arbeit in der Stadt herumtrieben. 13 Personen, darunter 4 Frauen, wurden in das Gefängnis eingeliefert, der Rest am gleichen Tage wieder entlassen.

Von den festgenommenen 13 Personen waren:

- 4 Juden, davon 2 mit gefälschten Pässen (angebl. selbst gef.),
- 3 Jüdinnen, davon 2 mit " " (angebl. v. Themann gef.),
- 1 Partisan ,
- 1 NKWD-Angehöriger,
- 1 Mann, der Partisanen verborgen hielt,
- 1 Frau, die Partisanen verborgen hielt und pflegte,
- 1 Angehöriger der komm. Partei, der keine Arbeit annahm,
- 1 Mann, der bei der Besetzung von Feodosia als Zivilist deutsche Soldaten ermordet und ausgeplündert hatte und nach dem bereits gefahndet wurde.

Sämtliche 13 Personen wurden später exekutiert; der Mann, der die Soldaten ermordet hatte, wurde am Marktplatz öffentlich erhängt.

Bei der Razzia konnte eine Menge verschiedenster Wehrmachts- und Hamstergüter sichergestellt werden. Um 18.30 Uhr war die Aktion beendet.

Für die 2. Razzia waren vom Truppenkommandanten ca. 360 Wehrmachtsangehörige zur Verfügung gestellt worden. 447 Personen wurden festgenommen und den Prüfern zur eingehenden Ermittlung überstellt. 57 Personen, alles wehr- und arbeitsfähige Männer, wurden, da ohne jede Arbeit, dem Kriegsgefangenenlager überstellt. 15 Personen, darunter 5 Frauen, wurden zur besonderen weiteren Behandlung in das Gefängnis eingeliefert. Alle übrigen Verhafteten konnten am gleichen Tage wieder entlassen werden.

Die 15 Personen setzten sich zusammen aus:

- 6 Juden, davon 3 mit von dem NKWD gefälschten Pässen,
- 3 Jüdinnen,

- 1 Frau, die Wehrmachtsgüter in grösserem Umfang geplündert hatte,
- 1 Oberleutnant der russischen Armee in Zivil (versprengt, vermutlich jedoch Partisan)
- 2 Angehörige des NKWD
- 1 Spionin, 19 Jahre, die mit Feindaufträgen durch die Front gekommen war. Nach ihr wurde bereits seit einigen Tagen gefahndet.
- 1 Angehöriger der kommunistischen Partei, der früher sehr aktiv war und jetzt die Arbeit verweigerte.

Alle 15 Personen wurden nach eingehendem Verhör erschossen.

Auch bei dieser Razzia konnten verschiedene Wehrmachts-, Hanster- und Plünderwaren beschlagnahmt werden.

Um 17 Uhr war die Aktion, die um 8 Uhr begonnen hatte, beendet.

Auch die 3. Razzia begann um 8 Uhr. An Wehrmachtsangehörigen standen rund 350 Mann zur Verfügung.

Bei dieser Aktion wurden 257 Personen den Prüfern zugeführt. Hiervon wurden 23 arbeits- und wehrfähige Männer, die ohne Arbeit waren, dem Gefangenenlager überstellt. 17 Personen wurden ins Gefängnis verbracht, der Rest am gleichen Tage wieder entlassen.

Von diesen 17 Personen waren:

- | | |
|--|---------------------------------|
| 3 Juden | 3 Angehörige des NKWD |
| 8 Jüdinnen und Kinder | 2 Männer, die geplündert hatten |
| 1 Politruk (in Zivilkleidung - versprengt) | |

Von diesen 17 Personen sind später 15 exekutiert worden. 2 wurden wieder entlassen, da die Plünderung nicht nachweisbar war.

Wiederum wurden verschiedene Mengen von Hanster- und Plündererwaren sichergestellt.

Diese Razzia war um 16 Uhr beendet.

Bei der 4. Razzia, zu der 350 Wehrmachtsangehörige gestellt waren, wurden 54 Personen den Prüfern zugeführt. 11 Männer davon wurden als arbeitslos dem Gefangenenlager überwiesen. 7 Personen wurden ins Gefängnis eingeliefert und zwar: ./.

3 Juden

3 Kommunisten und Arbeitsverweigerer

1 führender Angehöriger des NKWD.

Sämtliche 7 Personen wurden nach eingehenden Verhören später hingerichtet.

Bei dieser Aktion, die bereits um 13 Uhr beendet war, konnte nur geringes Hamstergut sichergestellt werden.

Damit war die Durchkämmung der Stadt Feodosia abgeschlossen. Das Ergebnis kann, im Grossen gesehen, als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Erfahrungen:

Infolge der systematischen Durchkämmung sind praktisch die Häuser der ganzen Stadt durchsucht und alle Personen überprüft. Die unzuverlässigen Elemente wurden aus der Stadt herausgezogen und unschädlich gemacht. Dadurch erhöht sich die Sicherheit in der Stadt bedeutend. Für den Fall eines plötzlichen Angriffs auf die Stadt durch die Sowjets ist dadurch der deutschen Truppenführung eine grössere Rückenfreiheit gewährleistet.

Auch im erzieherischen Sinne hat sich die Durchkämmung günstig auf die Bevölkerung der Stadt ausgewirkt. Bei der letzten Razzia konnte bereits einwandfrei festgestellt werden, dass sich die arbeitsfähige Bevölkerung durchweg seit den ersten Aktionen um Arbeit bemüht hatte. Der Ortskommandant kann daher in viel grösserem Umfange als vorher an Aufbauarbeiten herangehen.

Der Truppenkommandant von Feodosia, der für die Verteidigung der Stadt verantwortlich ist, sprach sich sehr lobend über den Erfolg der Razzien aus. Das zuständige Generalkommando hat in einem Befehl an die ihm unterstellten Einheiten angeordnet, dass nun alle im Gefechtsstreifen liegenden Ortschaften zu durchkämmen sind, wobei die Aufnahme der Verbindung und die Zusammenarbeit mit der Sipo und dem SD vom Generalkommando verlangt wird.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- IV A1 - 1 B/41 gRs. -

BIb-194-

163

Berlin, den 21. April 1942.

Geheime Reichssache!

75. Ausfertigungen
57. Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 194.
=====

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 21. April 1942.

Die mit Ereignismeldung UdSSR. Nr. 191 von
10.4.1942 gemeldeten Standorte und Nachrichten-
verbindungen sind unverändert geblieben.

./.

-350-

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A:

Standort: Krasnogwardeisk.

In mehrtägiger durch schwierigste Wetterlage beeinflusste Aktion ist es gelungen, eine Rekrutierungszentrale der Roten Armee in rückwärtigen Armeegebiet bei Panova, 15 km westlich Nasswa, auszuheben. Nach starker Gegenwehr wurden 8 Personen, darunter 2 Frauen, gefangen genommen und überführt. Die ausgehobene Zentrale hat seit Wochen Rekrutierungen von jungen Bauern für die Rote Armee durchgeführt und die Angeworbenen nachts über die Partisanendörfer zu den Roten Truppen gebracht. Als Hauptbeteiligter der Zentrale wird ein gewisser K o l j a genannt. Kolja, der vermutlich Offizier der Roten Armee war, wurde bei einem Fluchtversuch erschossen.

Einzelmeldungen:

Estland:

In Revaler Bevölkerungskreisen wird die Reise des Chofs der estnischen Selbstverwaltung und des Wirtschaftsinspektors nach Berlin mit einer erwarteten Besserung der Ernährungslage in Zusammenhang gebracht.

In verschiedenen Kreisen der estnischen Bevölkerung wird immer häufiger über die Stellung Schwedens zu den augenblicklichen kriegerischen Auseinandersetzungen gesprochen. Zum Teil werden Hoffnungen auf eine Mithilfe Schwedens bei einer kommenden Neuregelung des baltischen Raumes gesetzt. So wird geäußert, dass beim Vorrücken der deutschen Front in innerrussische Gebiete hinein für Estland die richtige Zeit gekommen wäre, sich mit Schweden in Verbindung zu setzen, um mit seiner Hilfe die Selbständigkeit zu gewinnen. Ein Gerücht besagt, dass England sich mit Schweden dahingehend geeinigt hätte, in Schweden Truppen zu stationieren, um von dort eine neue Angriffsbasis gegen Deutschland zu bilden. Auch werde dann von Schweden aus die Verbindung nach Russland aufgenommen. Als Gegenmassnahmen deutscherseits seien angeblich auch schon deutsche Truppen bestimmt, die Finnlands Küste bewachen sollen.

Die durch das warme Wetter bedingte Tauperiode der letzten Tage und die damit verbundene Nässe der Strassen hat zu mehrfachen Klagen der Bevölkerung über die schwierige Lage der Schuh- und Lederversorgung geführt.

Am 11.4. wurden in der Nähe von Jensonberg Flugblätter in estnischer und russischer Sprache gefunden, die am 5.4. nachts von russischen Flugzeugen in Paketen gebündelt abgeworfen worden sein sollen. Die Flugblätter wurden sichergestellt .

Lettland:

Aus den bisherigen Vernehmungen über die Tätigkeit der illegalen kommunistischen Organisation in Riga bzw. über deren Aufgaben konnte folgendes festgestellt werden:

Attentatspläne gegen führende lettische und reichsdeutsche Persönlichkeiten.

Kommunistische Agitation durch Mund- und Flugblattpropaganda.

Vorbereitungen für Sabotageakte wie z.B. Sprengung des Rigaer Elektrizitätswerkes in Kegum, Brückensprengungen, Sprengung von Bahnanlagen und heereswichtiger Betriebe.

Hilfeleistung für entwichene russische Kriegsgefangene durch Eingliederung in die Partisanenbewegung oder Rücktransport zu den russischen Linien.

Waffen und Munitionsbeschaffung.

Fühlungnahme und Unterstützung von Fallschirmspringern.

Litauen:

Am 11.4. wurden in einer Scheune in Dorfe Aluwe, Gebiet Wilan - Land, 2 bewaffnete Kommunisten ausgehoben. Die Scheune musste in Brand gesteckt werden.

Bei dem stattgefundenen Feuergefecht wurde ein litauischer Schutzmann getötet und ein Wachtmeister der deutschen Gendarmerie sowie ein litauischer Schutzmann verwundet.

Weißbruthenien:

An 12.4. wurde im Bereich des Gebietskommissariats Minsk-Land und damit auch des Generalkommissariats die dritte volksdeutsche Schule eingeweiht. Die Schule wird von 20 Kindern besucht. Der Vertreter des Generalkommissars äusserte bei seiner Einweihungsrede, dass auch die Frage des Landbesitzes bald geregelt sein werde. Volksdeutsche würden geschlossen in Dörfern angesiedelt werden.

Einsatzgruppe B:
Standort: Smolensk.

Allgemeine Lage.

Die andauernden aber erfolgreichen Abwehrkämpfe an der mittleren Front haben die allgemeine Lage und Stimmung der Bevölkerung auch weiterhin günstig beeinflusst. Die Möglichkeiten eines bolschewistischen Sieges werden nach Ansicht der Bevölkerung mit nachlassender Kälte immer geringer. Das Anrücken neuer Truppenteile verstärkt die Hoffnung auf den baldigen Beginn der deutschen Frühjahrsoffensive.

Die Haltung der Bevölkerung gegenüber den Deutschen hat sich grundsätzlich nicht geändert. Von geringfügigen Ausnahmen abgesehen vertrauen die Menschen nach wie vor den Deutschen und erwarten baldige Besserung ihrer Lage.

Dagegen wirkt sich die Tätigkeit der Partisanen, die sich in letzter Zeit erheblich verstärkt hat, auf die allgemeine Stimmung nachteilig aus. Weite Gebiete des bisher besetzten Raumes sind von Partisanen verseucht bzw. werden von diesen beherrscht. Kleinere deutsche Einheiten oder gar Einzelpersonen dürfen unter keinen Umständen die von Partisanen besetzten Gebiete betreten, andernfalls laufen sie Gefahr, restlos niedergemacht zu werden. Selbstverständlich ist es auch nicht möglich, diese Gebiete propagandistisch oder wirtschaftlich zu erfassen, insbesondere die dort wohnende Bevölkerung mit dem neuen Agrargesetz bekannt zu machen, geschweige denn es zur Anwendung zu bringen. Es besteht somit die Gefahr

./.

dass die von Partisanen besetzten Gebiete einmal für die Frühjahrsbestellung nicht herangezogen werden können, zum anderen aber der gesamte Viehbestand sowie sämtliche Lebensmittel- und Saatvorräte an die Partisanen verloren gehen. -

Die Bevölkerung in den von deutschen Truppen besetzten Räumen ist über die Tätigkeit der Partisanen weitgehend unterrichtet. Diese Tatsache beeinflusst selbstverständlich die Stimmung wesentlich, zumal die Bevölkerung nicht versteht, warum seitens der deutschen Wehrmacht nicht entsprechende Massnahmen zur Beseitigung dieser Gefahr ergriffen werden. In der Bevölkerung wird sehr oft behauptet, dass die Deutschen die Partisanengefahr unterschätzen, zum andern aber wird die Tatsache, dass nichts unternommen wird, als Schwäche ausgelegt, festgestellt wurde ferner, dass die Feindpropaganda durch die Partisanen tatkräftig unterstützt bzw. von diesen selbst betrieben und teilweise von der Bevölkerung in den jeweiligen Gebieten willig aufgenommen wird, insbesondere deshalb, weil die deutsche Propaganda völlig fehlt.

Feindpropaganda.

Die Feindpropaganda ist nach wie vor insbesondere mit Flugzettel- und Flüsterpropaganda sehr aktiv. Die schlechte Versorgungslage und die starke Tätigkeit der Partisanen erleichtern der gegnerischen Propaganda ihre Arbeit. Der bedingte Stillstand der militärischen Operationen deutscherseits und die fortgesetzte Aktivität russischerseits lassen die Propaganda verschiedenartig wirken. Ein Teil der Bevölkerung nimmt die Hetschriften zur Kenntnis und legt sie beiseite, während ein anderer Teil interessiert die Flugblätter liest und sich in wahllosen Kombinationen verliert. Entscheidende Auswirkungen der sowjet. Propaganda waren bisher nicht festzustellen.

Flugblätter in deutscher Sprache werden in immer grösser werdender Vielgestaltigkeit von Feinde verbreitet. Neben Aufrufen, die Waffen niederzulegen und sich in Gefangenschaft zu begeben, werden auch Texte von Reden, illustrierte Zeitungen und Postkarten abgeworfen.

Meldungen "Was geht in Deutschland vor" geben die üblichen Greuelberichte über die angeblich schlechte Ernährungslage im Reich, das Fehlen von Treibstoffen, die Verhaftung von Generälen und das grauenvolle Los der Witwen und Waisenkinder.

Neben dieser Schriftpropaganda nimmt die Flüsterpropaganda den weitaus grössten Raum ein. Es werden die wahnwitzigsten und unglaublichsten Gerüchte verbreitet mit dem Ziel, die russ. Bevölkerung in steter Unruhe zu halten und den deutschen Aufbau zu stören. Die Verbreitung der Ansicht, dass die Deutschen nicht mehr in der Lage seien, eine Offensive durchzuführen, und dass dagegen eine neue Offensive der Sowjets nahe bevorstehe, dass der General "Morast" sämtliche deutsche Anstrengungen zunichte macht und dass, sobald die Wälder wieder grün sind, die Partisanen zum neuen glorreichen Kampf bereitstünden, ist keine Seltenheit.

Die erfolgte Verordnung über die Rückführung der Kriegsgefangenen in die Kriegsgefangenenlager hat zu einer Bounruhigung geführt. Wie berichtet wird, ist ein Teil der Kriegsgefangenen in die Wälder gegangen, um nicht, wie gerüchtweise durch Partisanenpropaganda verlautet, erschossen oder nach Afrika gebracht zu werden.

Deutsche Propaganda.

Die deutsche Propaganda ist in der Berichtszeit von zwei Ereignissen getragen worden, die sich gut ausgewirkt haben. Die Ankündigung der Aufteilung der Kolchosen gab der Propaganda breiten

Raum zur Entfaltung. Der geplante Arbeitseinsatz im Reich und die damit verbundene Propaganda hat mit einzelnen Ausnahmen gleichfalls guten Anklang gefunden. Wenn auch die Propagandawelle zur Agrar-Ordnung langsam und schleppend anlief, so kann doch aus allen Bereichen festgestellt werden, dass sehr geschickt und ausführlich zu den einzelnen Fragen Stellung genommen wurde.

Die Werbeaktionen für den Arbeitseinsatz in Deutschland sind auf breiter Basis eingeleitet und haben gute Erfolge gezeitigt. Bei der Durchführung der Werbeaktion und der bestehenden Anordnungen sind verschiedentlich Schwierigkeiten aufgetreten, die unter Umständen eine derartige Aktion zum Scheitern bringen.

Grundsätzlich muss jedoch immer wieder festgestellt werden, dass von einer propagandistisch wirksamen Erfassung des Landes überhaupt keine Rede sein kann und auch in den Städten auf diesem Gebiet noch viel zu tun ist. Selbstverständlich verhindern auf dem Lande teils die Wegeverhältnisse die Durchführung propagandistischer Maßnahmen weitgehend. . Für eine wirksame deutsche Propaganda muss erst der Boden bereitet werden. Die Eröffnung von Kinosälen, die Vorführung von Unterhaltungsfilmen müssen die Stimmung der Bevölkerung laufend auflockern, sie auf diese Art und Weise von ihrem eigenen Elend ablenken und ihnen eine Vorstellung von Deutschland geben. Dieses Erkenntnis fordert die Zurverfügungstellung von Räumen für diesen Zweck. Die Verbreitung des Drahtfunkfunks sowie der Presse muss gesteigert und die Landbevölkerung über aktuelle landwirtschaftliche Fragen besonders in Form von praktischen Ratschlägen für den Bauern interessiert und aufgeklärt werden. In diesem Zusammenhang wird die billliche Darstellung irgendwelcher Anordnungen propagandistisch wesentlich mehr Erfolg versprechen als

12

die gewöhnliche Gesetzessprache und Schriftenmaterial. Die kleinliche Behandlung und Anwendung dieser wohl wirksamsten deutschen Propaganda hat dazu geführt, dass sämtliche Möglichkeiten bei weitem nicht ausgenutzt sind.

Volkstumsfragen.

Die Zahl der Volksdeutschen in dem von der Einsatzgruppe B besetzten Gebiet beläuft sich auf 1506 bei einer Bevölkerung von insgesamt 4 695 938 (ausser den erfassten Partisanengebieten). Wovon sind in den Bereichen der Standort- bzw. Feldkommandanturen ansässig:

Im Bezirk	der	Standortkommandantur	Smolensk	116	Volks-
"	"	Feldkommandantur	Lepel	27	deut-
"	"	"	Polozk	--	sche
"	"	"	Witebsk	247	"
"	"	Kampfgebiet		--	"
"	"	Standortkommandantur	Roslavl	44	"
"	"	FK	Mogilew	136	"
"	"	FK	Orscha	179	"
"	"	FK	Borissow	272	"
"	"	FK	Bobruisk	274	"
"	"	StOK	Gomel	89	"
"	"	FK	Klimowitschi	26	"
"	"	FK	Klinzy	96	"
"	"	FK	Brjansk	--	"

Von geschlossenen Volksgruppen kann nicht gesprochen werden. Wie festgestellt wurde, haben sich die Volksdeutschen in den verschiedenen Gebieten, so im Rayon Mogilew, vor dem Weltkrieg nur zweimal im Jahr getroffen, um kirchliche Veranstaltungen abzuhalten. Zur Zeit der Sowjets mussten diese Zusammenkünfte unterbleiben, und erst jetzt werden Massnahmen getroffen, -----

----- um die Volksdeutschen der einzelnen Gebiete zusammenzufassen und zu betreuen. Ein Teil dieser Volksdeutschen ist bei deutschen Dienststellen, soweit sie die deutsche Sprache beherrschen, als Dolmetscher un-

./.

tergekommen bzw. verrichten sie ihrem Beruf entsprechend andere Arbeit.

Der Bürgermeister von Borissow, der zugleich Vorsitzender des weissruthenischen Kulturvereins ist, Dr. Stanislaus Stankiwitsch, bemüht sich um Zusammenfassung der weissruthenischen Volksgruppe im gesamten Raum. Die Fragen, die ihn bewegen, sind die Stellungnahme zum weissruthenischen Sprachgebiet und zum von Weissruthenen bewohnten Territorium sowie zur weissruthenischen Sprache, ihrer Erhaltung und Anwendung. Ausgehend von dem vom weissruth. Volk in geschlossener Masse bewohnten Gebiet ist nach seiner Ansicht und seiner historischen Beweisführung der den Weissruthenen zustehende Raum grösser als das ehemalige Gebiet der Weissruthenischen Sowjetrepublik. Stankiwitsch legt in seiner Ausführung die Grenzen des weissruth. Raumes mit etwa 350 000 qkm fest und spricht von über 14. 000 000 Weissruthenen. Sie wohnen auf diesem Gebiet in geschlossener Masse und betragen seiner Berechnung nach 70 - 80 % der Gesamtbevölkerung. Als kleines, wenn auch nicht allgemein zu wertendes Beispiel wird die vor einem Monat im Borissower Gebiet durchgeführte Volkszählung angeführt. Obwohl sich in diesem Gebiet ein ganz beachtlicher Teil von Kriegsflüchtlingen befindet, zählen die Weissruthenen 91,7 % der Gesamtbevölkerung. Ein höherer Prozentsatz von Nichtweissruthenen ist in Wilna, in Grofno und in anderen Städten zu finden. Hier wohnen teils Polen, die sich meistens aus ehemaligen

polnischen Beamten und sonstigen zuströmenden Elementen zusammensetzen. Auch in den Stälten Polozk, Witebsk, Nowel, Welish und Smolensk ist die gleiche Erscheinung festzustellen. Die ethnographische Grenze zwischen den Weissruthenen einerseits und den angrenzenden Volksgruppen andererseits ist allgemein klar und einheitlich. Die Beweisführung Stankiwitschs läuft darauf hinaus, den deutschen Behörden einen möglichst grossen von Weissruthenen bewohnten Raum einzureden, in dem schon von jeher weissruthenische Sprache und Brauchtum sowie Kulturgüter gepflegt und gehegt wurden. Auch hier wird also schon jetzt vorgearbeitet, um, wenn vielleicht auch erst nach dem Kriege, beim Reich den Anspruch auf eine Eigenstaatlichkeit Weissrutheniens anmelden zu können.

Kirchenfragen.

Durch die eingetretene Beruhigung der Lage hat das Kirchenleben in der Stadt Witebsk wieder einen beachtlichen Aufschwung genommen. Der innere organisatorische Ausbau der griechisch-orthodoxen Kirche schreitet fort. Am 8.3.42 ernannte der Metropolit Bandelenen aus Minsk den Priester Afanasi Mortos zum Bischof von Witebsk und Polozk.

Neben der altgriechisch-orthodoxen Kirche bestehen in Witebsk noch zwei Gemeinden der altgläubigen Kirche. Jede Gemeinde ist im Besitz eines Bethauses und wird durch einen Geistlichen betreut. Die Gläubigenzahl liegt zwischen 60 und 100 Personen.

Wie durch verschiedene Mitteilungen bekannt wurde, herrscht bei den Weissruthenen katholischer Konfession im Westen des Gebietes Witebsk

175

besonders in Drissa, Lepel und Uschotshi durch das kirchliche Betätigungsverbot Unzufriedenheit. Es handelt sich nach Angaben des weissruth. Bürgermeisters um etwa 20 000 durch ihren Katholizismus stark polonisierte Weissruthenen, die angeblich weissruthenisch sprechen. Es dürfte sich dabei durchweg um ältere Leute handeln, die ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen, da bei der Jugend bisher noch keine Neigung zum Katholizismus festgestellt wurde. In Ordshonikilsegrad hat ein Beauftragter der evangelisch-christlichen Baptisten-gemeinde Matuchin um die Eröffnung eines eigenen Bethauses nachgesucht. Sein Antrag wurde abgelehnt, worauf Matuchin in unbekannter Richtung verzogen ist.

Auch die deutschen Geistlichen entfalten z.Zt. eine beachtliche Propaganda bei den Soldaten des hiesigen Gebietes. So konnte ein im Vervielfältigungsverfahren hergestelltes dreiseitiges "Kirchenamtliches Mitteilungsblatt" des bischöflichen Ordinariats Rottenburg v. 2.2.42 erfasst worden, das an alle Seelsorgerstellen der dortigen Diözese gerichtet war.

Aufsehen erregte ferner ein Artikel im Frontnachrichtenblatt der Panzerarmee "Das Neueste" v. 14.3.42 unter dem Titel "Niedertrachten unserer Fliegerhelden Hölgers". Es wurde in verschiedenen Teilen des Reiches, so wird in diesem Artikel ausgeführt, ein Brief verbreitet, den Hölgers angeblich kurz vor seinem Tode an den kathol. Probst von Stettin gerichtet haben soll. Dieser Brief sei eine Fälschung und seine Verbreitung werde streng bestraft. Es wurde festgestellt, dass in hiesigen Armeebereich der Obergefreite Gotschin, i. Beruf Pfarrer, an als Offiziere und Soldaten diensttuende Pfarrer diesen Brief verbreitet hatte. Gotschin hat den Text des Briefes von einem Pfarrer Rüter aus Dönhofstält,

Kreis Rastenburg i.Pr. erhalten. Eine kriegsgerichtliche Untersuchung führte zur Festnahme des G. und eines Leutnants Sporleder. Regelmässige Zusammenkünfte der Pfarrer und ihre Reden an die Soldaten sollen geeignet gewesen sein, das Vertrauen zur Führung zu untergraben.

Ernährungslage:

Allgemein ist festzustellen, dass die Ernährungslage in allen Gebieten äusserst angespannt ist und die Bevölkerung von der Hand in den Mund lebt. Die vorhandenen Vorräte sind erschöpft und die noch zum Markt kommenden Lebensmittel und Landesprodukte trotz antlicher Festpreise unerschwinglich teuer. Der Schleichhandel und Wucher nehmen deshalb immer krassere Formen an. So wurden z.B. unter der Hand für 1 l Brennschpirtus 150 Rubel bezahlt.

Der Tauschhandel gibt immer noch dem Markt- leben ein starkes Gepräge. Es ist für Viele die einzige Möglichkeit in den Besitz von Mangelware zu kommen.

Landwirtschaft:

Inzwischen sind weitere Stippen zur Agrar-Ordnung bekannt geworden, die bestätigen, dass die Agrar-Ordnung übereinstimmend gut aufgenommen wurde. und die Bevölkerung über diese Regelung erfreut ist. Auf die Stimmung der Landbevölkerung hat die Ankündigung der vorgesehenen Neuaufteilung der Kolchosen sehr belebend gewirkt und die durch die rücksichtslosen Requirierungen stellenweise deutschfeindliche Einstellung stark eingeschränkt. Die günstige Aufnahme der Massnahmen hat ihren Niederschlag in geschlossenen Dankschreiben der Bauern aus den verschiedensten Gegenden gefunden.

In den gefährdeten Partisanengebieten ist man der Ansicht, dass der russ. Bauer, wenn er erst

177

wieder Besitzer seines Bodens ist, jede Handbreit seines Bodens verteidigen wird. Der verantwortliche Wirtschaftsführer des Gebietes Witebsk hat den zuständigen ^{eing}berliner Stellen Vorschläge unterbreitet, die weitgehende Landaufteilung ermöglichen als sie ursprünglich in der Agrar-Ordnung vorgesehen war. Sie wurden berücksichtigt, und in rückw. Heeresgebiet Mitte wird nach diesen Vorschlägen nunmehr gearbeitet.

Der Mangel an Saatgut wird nach Ansicht deutscher Dienststellen jetzt weitgehend behoben werden können, da die Kolchosbauern nach dieser Regelung ihre versteckten Bestände für die Aussaat verwenden werden, weil sie später einen grösseren persönlichen Nutzen erwarten. Die Arbeit der Wikos ist besonders darauf abgestellt, Traktoren herbeizuschaffen bzw. instandzusetzen, um das Fehlen von Zuvieh auszugleichen. Schmiedewerkstätten werden zur Herstellung von Ackerpflügen herangezogen. In den verschiedenen Bezirken wurden je nach Lage von den Rayonbürgermeistern Vorschläge eingebracht, die darauf abzielten, vor allen Dingen eine Produktionssteigerung zu erreichen. Die Kolchosverwalter werden in den Versammlungen laufend geschult und über die zeitlich anfallenden Fragen beraten.

Die Lockerung und grosszügige Handhabung der Agrar-Ordnung verspricht nach bisher gemachten Beobachtungen einen grösseren Erfolg, als wenn sie in der alten Fassung zur Anwendung gekommen wäre.

Arbeits- und Sozialwesen:

Die Verbetätigkeit für den Arbeitseinsatz nach Deutschland ist in gesamten Bereich angelaufen.

Der Rayon Mogiles hatte ein Soll von 1700 Arbeitern zu stellen. Das Arbeitsamt schätzt jedoch die Meldezahl auf ca. 700 Personen, so dass der verbleibende Rest ausgehoben werden muss. Der erste Transport von 134 Männern und Frauen ist nach Deutschland abgegangen. Von den vorgeschriebenen

Soll von 300 Personen pro Woche fehlen somit bei der ersten Vermittlung bereits 166 Arbeitskräfte.

Die in Bezirk Brjansk bereits durchgeführten Aushebungen unter Druck haben eine erhebliche Beunruhigung hervorgerufen. Nach Vorstellungen seitens des SK und Io des Korück hat das Arbeitsamt weitere zwangsweise Aushebungen nicht mehr vorgenommen. Der erste Transport umfasste 300 Personen aus Brjansk, 400 aus Ordshonikidsegrad und 250 aus den Dulag.

Das Arbeitsamt in Witebsk vermittelte gleichfalls seinen ersten Transport mit 700 Freiwilligen nach Deutschland. Es liegen bereits über 1200 Neuansmeldungen vor, von denen 900 Freiwillige am 1. April in Marsch gesetzt werden sollten. Witebsk und Umgebung soll weitere 2.500 Arbeitskräfte stellen. Die durchgeführte Propaganda lässt darauf schliessen, dass diese Zahl noch überschritten wird. Für die Arbeiter, die ihre Familien zurücklassen, werden Richtlinien ausgearbeitet, wie ihre Angehörigen abzufinden sind. Aus dem Gebiet der Wirtschaftsinspektion Witebsk ist bis Ende April die Werbung von weiteren 25 000 Arbeitern, 1/3 Männern, 2/3 Frauen geplant.

In Nowel und Lepel sind gleichfalls umfassende Werbeaktionen beabsichtigt. Das Polozker Arbeitsamt ist gleichfalls in der Anwerbung von Arbeitskräften sehr erfolgreich gewesen. Roslawl meldet einen geringen Erfolg der bisherigen Anwerbungsaktionen.

Wenn auch der Mangel an Arbeitskräften in Reich in den kommenden Wochen und Monaten eine weitere Anwerbung von Kräften notwendig machen wird, darf dabei nicht übersehen werden, dass auch für die Aufbauarbeiten der besetzten Gebiete ein erhebliches Kontingent an Fachkräften erforderlich ist.

Polizeiliche Tätigkeit.

Die Tätigkeit der Einsatzgruppe B hat sich in der Berichtszeit noch mehr, als es bisher der Fall war, auf das Gebiet der Partisanenerkundung verlagert. Während die Sicherheitslage in den grösseren Standorten der Kommandos als befriedigend bezeichnet werden kann, hält der Druck der Partisanen auf den flachen Lande nicht nur an, sondern verstärkt sich, so dass in absehbarer Zeit mit der Möglichkeit grösserer Kampfhandlungen zu rechnen ist. Aus den eingehenden Meldungen und den durchgeführten Erkundungen ergibt sich, dass es sich bei den Partisanentrupps nicht allein um zusammengerottete Rotarmisten, die aus den Kesselschlachten des vorigen Jahres in den verschiedensten Gebieten entkommen sind, handelt oder um grössere Räuberbanden, die sich in den Wäldern versteckt halten, sondern um Einheiten, bestehend aus Rotarmisten, Kommunisten, Juden und Zwangsevakuierten. Von ihnen werden die in den Partisanenschulen erlernten Methoden systematisch in die Praxis umgesetzt, so dass man in einigen Arbeitsbereichen der Einsatzgruppe von einem regelrechten Partisanenkrieg nach bolschewistischer Methodik sprechen kann.

Durch die unzähligen Überfälle, besonders nachts, ist die Dorfbevölkerung verängstigt und lebt in gedrückter Stimmung. Sie ist teilweise enttäuscht von der angeblich geringen Aktivität der deutschen Dienststellen in der Partisanenbekämpfung. In den bedrohten Dörfern findet sich bald niemand mehr bereit, irgend ein Amt anzunehmen. Die Einwohner müssen untätig zusehen, wie Vieh und

und Lebensmittel von den Partisanen geplündert werden, da die Selbstverteidigung mangels ausreichender Bewaffnung die Abwehr der Überfälle einfach unmöglich macht. Es ist festgestellt worden, dass dort, wo Partisanen in geringer Stärke die Dorfbewohner bedrohen, sich die Bevölkerung energisch wehrt. Man darf ferner sagen, dass die Landbevölkerung im allgemeinen mit Freude den Kampf gegen die Partisanenlandplage aufnimmt und dabei gern auf Hilfe verzichtet, wenn die Vernichtung der Partisanen mit eigenen Kräften erzielt werden kann. Die Arbeit der Einsatzkommandos wird durch Anzeigen aus der russischen Bevölkerung weitgehend unterstützt. Die Ordnungsdienst Männer und die überall angesetzten V-Personen haben sich bei der Partisanenerkundung gut bewährt.

Der Erfassung und Bekämpfung der noch aktiven Kommunisten wird nach wie vor besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Der OD. ist angewiesen, aufgrund der zusammengestellten Listen auch auf dem Lande rührig gewesene Kommunisten festzunehmen und dieselben den Gefängnissen der Rayonstädte zuzuführen, wo dann die sicherheitspolizeiliche Überprüfung durchgeführt wird. Die Zahl der listenmässig erfassten Kommunisten ist in der letzten Zeit erheblich gestiegen, was sich daraus erklärt, dass erst jetzt die Einzelmeldungen aus den Landgemeinden eintreffen.

In der Zeit v. 6. - 30.3.42 wurde im Bereich der Einsatzgruppe sonderbehandelt

durch <u>SK 7a</u>	1 657 Personen, darunter
	27 wegen Zugehörigkeit zu Partisanengruppen und Mitgliedschaft zur ehem. KP.,
	45 Zigeuner
	1 585 Juden;

" <u>SK 7b</u>	82 Personen, darunter
----------------	-----------------------

181

- 19 wegen Zusammenarbeit mit Partisanen,
22 wegen kommunistischer Propagandatätig-
keit und erwiesener KP-Zugehörigkeit,
14 wegen hetzerischer Ausserungen,
27 Juden;
- durch SK M 52 Personen, darunter
41 Russen wegen Zugehörigkeit zu Partisa-
nengruppen,
4 wegen Diebstahls bzw. Giftmordversuchs,
7 Juden;
- " EK 8 1 609 Personen, darunter
20 Russen wegen kommunistischer Untriebe,
Sabotage und NKWD-Zugehörigkeit,
5 Russen wegen Diebstahls, Einbruchs
Unterschlagung,
33 Zigeuner,
1 551 Juden;
- " EK 9 273 Personen, darunter
85 Russen wegen Zugehörigkeit zu Parti-
sanengruppen,
18 wegen kommunistischer Wühlarbeit und
krimineller Delikte,
170 Juden;
- " Trupp Gnolensk
60 Personen, darunter
29 Russen wegen Partisanenhilfeleistung,
13 wegen Diebstahls, Plünderung, Agenten-
tätigkeit, Sabotage,
18 Juden.

Von den Einsatzgruppen C und D liegen keine
Meldungen vor.

.....

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 24. April 1942.

- IV A1 - 1 B/41 gRs. -

Geheime Reichssache!

75 Ausfertigungen

57. Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 195.
=====

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 24. April 1942.

Die mit Ereignismeldung UdSSR. Nr. 191 vom
10.4.1942 gemeldeten Standorte und Nachrichten-
verbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A:

Standort: Krasnogwardisk.

Allgemeine Lage und Stimmung.

Nachdem bereits seit Wochen in den breitesten Kreisen das Gerücht umlief, daß in Kürze eine Verfassung für die ehemaligen baltischen Staaten in Ausarbeitung sei, erfolgte am Donnerstag, den 19.3. 1942 in den hiesigen Zeitungen die Veröffentlichung der Anordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über die Selbstverwaltung der 3 baltischen Gebiete, ohne daß dem Reichs- oder Generalkommissar vom Ostministerium hinsichtlich der Veröffentlichung Gelegenheit zur Stellungnahme über Zeitpunkt und Formulierung der Bekanntmachung gegeben worden war. Die Reaktion in der lettischen Öffentlichkeit war besonders am ersten Tage sehr positiv. Man sah in der Verordnung eine Bestätigung dafür, daß der Wirkungskreis der bisher noch vorhandenen einheimischen Behörden nicht weiter eingeschränkt, sondern eher erweitert werden soll. Am 20.3.42 haben auf Veranlassung des vorläufigen Generaldirektors für das Justizwesen, V a l d m a n i s, sämtliche Generaldirektoren bis auf General D a n k e r s, ihr Rücktrittsgesuch beim Generalkommissar eingereicht. Der Generalkommissar betraute die bisherigen Generaldirektoren mit der Weiterführung der Geschäfte. Im Laufe des Tages erfolgte eine Besprechung des Generalkommissars mit Valdmanis, der die Absicht zu Grunde lag, diesen zum neuen Leiter des Generaldirektoriums für Inneres und Personalfragen an Stelle von General D a n k e r s vorzuschlagen. Valdmanis war nach einigen Bedenken bereit, diese Stellung anzunehmen. Da der Generaldirektor für Inneres etwa die Stellung eines Ministerpräsidenten einnehmen soll, wäre der Einfluß Valdmanis in der lettischen Politik noch

184

noch stärker geworden als bisher. Am Nachmittag des 20. 3. 42 fand beim Generalkommissar eine Hauptabteilungsleiterbesprechung, zu welcher der 4/- und Polizeiführer und der Kommandeur der Spo und des SD hinzugezogen wurden, statt, in der die Besetzung der Generaldirektorenposten geklärt werden sollte. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Lettland erhob Einspruch gegen die Ernennung von Valdmanis zum Generaldirektor des Inneren und gegen seinen Verbleib in der lettischen Selbstverwaltung überhaupt. Die Ablehnung erfolgte angesichts der bisherigen Tätigkeit des V., der sowohl zur Zeit der lettischen Selbständigkeit als auch durch sein gegenwärtiges Wirken als Generaldirektor für Justizwesen keineswegs den Beweis erbracht hat, dass er vorbehaltlos gewillt ist, eine Linie einzuhalten, die der Reichspolitik entspricht.

Inzwischen hat der Generalkommissar davon Abstand genommen, Valdmanis als Spitze des Selbstverwaltungskörpers vorzuschlagen. Wahrscheinlich auf Anregung von Valdmanis sollte der General Dankers nunmehr durch den ehemaligen Präsidenten Kwiesis ersetzt werden, der früher der Bauernpartei angehörte und nach seinem Staatsstreich vom 15. Mai 1934 jedoch ausgebootet wurde. Kwiesis hat den ihm vorgeschlagenen Posten jedoch abgelehnt und erklärt, nur ein Teilressort annehmen zu wollen.

Durch Vermittlung des 4/- und Polizeiführers Lettland wurde dem Generalkommissar von ehemaligen Perkonkrustlern und dem Werbekomitee für die Freiwilligen ein weiterer Vorschlag unterbreitet. Diese Liste enthält keinesfalls nur Anhänger des Perkonkrusts, sondern setzt sich in der Hauptsache

aus Fachleuten zusammen, die besonders während der Bolsche-
wistenzeit ihren Willen und ihre Fähigkeiten unter Beweis
gestellt haben. Am 26.3.42 wurde der ehemalige Führer
des Perkonkrusts, Gustav Z e l m i n s c h , durch den
Generalkommissar empfangen. Irgendeine Entscheidung ist
hierbei jedoch nicht gefallen. Der Generalkommissar hat in
den letzten Tagen folgenden endgültigen Vorschlag an den
Reichskommissar weitergeleitet: Generaldirektor für Inneres
und Personalfragen General D a n k e r s , Generaldirek-
tor für das Justizwesen V a l d m a n i s , Generaldirek-
tor der Finanzen S k u j e w i t z , Generaldirektor der
Wirtschaft Z a g a r s , Generaldirektor für das Verkehrs-
wesen L e i m a n i s , Generaldirektor für das Bildungs-
wesen wahrscheinlich Rektor P r i m a n i s . Die General-
direktorien für Landwirtschaft, Handel und Industrie sind
im Wirtschaftsgeneraldirektorium zusammengefasst worden.
Die Volkswohlfahrt wurde als Direktorium dem Innern und die
Staatskontrolle den Finanzen unterstellt.

Obwohl zweifellos die Einführung der Selbstverwaltung
einen politisch bedeutungsvollen Schritt bedeutet, ist
die stimmungsmässige Auswirkung nicht so positiv ausge-
fallen, wie es der Fall hätte sein können. In der Haupt-
sache ist dies auf die ungenügende Vorbereitung zurückzu-
führen. Es besteht bei der Bevölkerung nicht nur über die
personelle Besetzung erhebliche Unklarheit sondern auch
über den Wirkungsbereich der landeseigenen Verwaltung. Die
Mißstimmung wird in der Hauptsache von den Anhängern
der ehemaligen Ulmanis-Regierung getragen. Sie behaupten,
die Deutschen hätten nunmehr gezeigt, dass sie keineswegs
gewillt seien, dem ehemaligen Lettland auch nur den Schein
eines selbständigen Staatsgebildes zu geben. Die letti-
schen Wirtschaftskreise verbreiten die Parole, dass die
neue Selbstverwaltung nichts zu verwalten haben wird, da die

gesamte lettische Wirtschaft, insbesondere alle Industrie- und Handelsbetriebe zu großen deutschen Gesellschaften zusammengeschlossen sind, auf die die lettische Selbstverwaltung überhaupt keinen Einfluß nehmen kann.

Auf der anderen Seite ist die Ratlosigkeit der deutschen Dienststellen und die Zwiespältigkeit in der Personalpolitik den Letten gegenüber sehr deutlich geworden. Da die Letten bis zum Einmarsch der Bolschewisten eine mehr oder weniger deutschfeindliche Haltung eingenommen haben, kann die Wertung der Menschen für den politischen Einsatz in unserem Sinne letzten Endes nur davon ausgehen, wie sie sich in der Bolschewistenzeit und während des augenblicklichen Zustandes verhalten haben. Es kommt daher in erster Linie darauf an, Männer zur Arbeit heranzuziehen, die mit der Tat bewiesen haben, daß sie gewillt sind, an einer positiven Aufbauarbeit teilzunehmen. Die großen Aktivposten für das lettische Volk sind:

- 1) der Kampf gegen die Rote Armee und Partisanen während der Kämpfe in Lettland,
- 2) die Beseitigung der Juden und Freimaurer,
- 3) der günstigen Verlauf der Werbeaktion für den Reichsarbeitsdienst,
- 4) das überaus günstige Ergebnis der Wintersachensammlung für die Front,
- 5) die freiwilligen Meldungen in die Schutzmannschaften und
- 6) Förderung des Verständnisses der Letten für den Nationalsozialismus, unter Anerkennung der Aufgabe des deutschen Volkes als Neugestalter Europas.

Insbesondere die Pelzspende hat gezeigt, dass die lettische Landbevölkerung unbedingt gewillt ist, die grössten Opfer als Dank für die Befreiung vom Bolschewismus auf sich zu nehmen. Am meisten haben diejenigen Gebiete geopfert, wo das Einvernehmen mit der deutschen Verwaltung am grössten war. Dies trifft besonders auf das Gebiet Sengallen zu. Bei allen diesen positiven Merkmalen ist weder Valdmanis noch

ein anderer der gegenwärtigen Generaldirektoren - mit Ausnahme von General D a n k e r s und teilweise auch Z a g a r s - beteiligt gewesen.

Die Freiwilligenmeldungen für die Schutzmannschaften, so gut wie ganz aufgehört. Eine gewisse Ausnahme hier bildet Lettgallen, wo die ansässige überschüssige Landbevölkerung es vorzieht, sich für den Osteinsatz zu ~~machen~~ um nicht als Landarbeiter bei äusserst geringen Löhnen nach dem übrigen lettischen Gebiet zu kommen. Hier konnte auch die Beobachtung gemacht werden, dass sich verhältnismässig viele Russen als Freiwillige melden. Das Stocken der Meldungen ist in erster Linie auf die schlechte Ausrüstung und Versorgung der lettischen Verbände zurückzuführen. Es hat sich herumgesprochen, dass die an der Front eingesetzten lett. Soldaten mit vollkommen ungenügendem Schuhwerk und Uniformen ausgestattet worden sind. In vielen Fällen haben die Letten erst toten Russen die notwendigen Ausrüstungsgegenstände abgenommen. Auch die Bezüge wurden allgemein als völlig ungenügend angesehen, da sie die Versorgung der Familie nicht sicherstellen. Die jetzt erfolgte Regelung der Vergütungssätze hat eine gewisse Beruhigung ausgelöst, obwohl darauf hingewiesen wird, dass die Hinterbliebenenfürsorge auch weiterhin ungeklärt geblieben ist. Da die lettischen Bataillone und Kompanien fast immer in ganz kleine Einheiten aufgeteilt werden und so die Disziplinargewalt der Bataillonskommandeure und Kompaniechefs gewöhnlich nicht zur Auswirkung kommt, ist ein beträchtliches Nachlassen der Disziplin der lettischen Frontverbände festzustellen. Im Auftrage des Komitees für Freiwilligenwerbung hat General D a n k e r s als dessen Vorsitzender ein Memorandum an den 4- und Polizeiführer Lettland, 4-Brigadeführer S c h r ö d e r , und den Generalkommissar eingereicht, in welchem die Mißstände aufgezählt werden. Das Komitee brachte

zum Ausdruck, es hoffe, dass bald die Möglichkeit bestehen werde, diese Unzulänglichkeiten zu beseitigen, da es sich sonst nicht in der Lage sehe, mit gutem Gewissen die Werbung fortzuführen. Auch die Tatsache, dass einige dieser Freiwilligen als Wachbataillone in die Ukraine geschickt werden sollen, hat die Begeisterung abebben lassen.

In den letzten Wochen ist eine verstärkte Zunahme der gegenrussischen Flugblattpropaganda festzustellen. Neben solchen kommunistischer Herkunft, die in der Hauptsache von bolschewistischen Flugzeugen über Lettgallen abgeworfen werden, sind im übrigen Lettland hauptsächlich solche festgestellt worden, die aus den Kreisen der lettischen Widerstandsbewegung stammen. Einerseits sind es mit Maschinenschrift geschriebene, vielfältigste Handzettel, die meist einen plumpen und unsachlichen Text aufweisen. So kursiert jetzt das Gedicht "Geständnis des Heinrich L o h s e", in dem es u.a. heißt: "Wir wollen, daß ihr auseinander gefegt werdet, nach allen Seiten, wo der Bolschewist schiesst, nach Deutschland, wo die Bomben fallen. Sie werden alle Leichen sein, kalt und steif. Mit dem Willen des Führers schlagen wir euch mit schlanker Rute, um euch die Freiheitsmücken auszutreiben und alle diese hinterlistigen lettischen Schliche." Andererseits kursieren aber auch Flugblätter, die den Charakter einer kleinen Zeitung haben und von Zeit zu Zeit als neue Nummern erscheinen. Es sind dies das Flugblatt "Latvija" und "Tautas Balss" (Volksstimme). Das erste Flugblatt erschien mit der alten Ulmanis-Parole "Für das erhabene und mächtige Lettland", während das 2. von der illegalen Organisation "L N S" (Lettischer Nationaler Verband) herausgegeben wurde und eine aktivistischere Note aufzeigt. Beide Flugblätter haben aber gemein, dass sie das lettische Volk dazu auffordern, sich nicht zu Gewalthandlungen hinreissen zu lassen sondern überall passive Resistenz zu üben und alle Vorhaben

189

der Deutschen, wie z.B. die Metallsammlung, die Freiwilligenmeldungen, Arbeitsaufnahme im Reich usw. zu sabotieren. In diesen Kreisen ist die Überzeugung vorherrschend, dass es den Deutschen gelingen wird, Sowjetrußland zu schlagen, dass es sich aber dabei um einen Pyrrhussieg handeln würde. England und Amerika würden dann später das Übergewicht Deutschlands beseitigen und dadurch auch die Ausnützung eines Sieges Deutschlands über Russland. Da die kommunistische Gefahr nach einem Zusammenbruch Sowjet-Rußlands als beseitigt gelten dürfe, müsste das lettische Volk alle seine Kräfte auf diese historische Stunde konzentrieren, um dann den Deutschen in den Rücken zu fallen. Damit würde, wie in den Jahren 18-20, die lettische Selbständigkeit mit Hilfe Englands und Amerikas wieder erkämpft werden können. Während die bolschewistische Propaganda im großen und ganzen im lettischen Volk keinen Widerhall mehr findet, sind die letztgenannten Bestrebungen durchaus ernst zu nehmen. Besonders trifft das auf die Rigaer Bevölkerung und hier wiederum in ganz besonderem Maße auf die lettische Intelligenzschicht zu, die sich von den Deutschen deklassiert fühlt. Das Ermittlungsbüro der lettischen Volkshilfe hat bis zum 1.III.42 im ganzen 34.493 Personen als Opfer des Bolschewismus registriert. Davon sind 14.635 Verschleppte, 5.972 Verhaftete, 12.498 Verschwundene, von denen anzunehmen ist, dass der grösste Teil von ihnen ebenfalls verschleppt worden ist und 1.388 Ermordete. Von den Registrierten haben sich 3.021 Personen wieder eingefunden.

Antisemitisches Institut.

Das lettische Antisemitische Institut bereitet im Auftrag der Propagandaabteilung beim Generalkommissar eine antibolschewistische Ausstellung für den 1. Juli d.J. in Riga vor. Der Generaldirektor für Bildungswesen, C e l m s , der wiederholt den Versuch unternommen hat, das antisemitische Institut zu sabotieren, hat seinerseits den Leiter des "historischen Institutes", Prof. S c h w a l b e , mit der Durch-

190

führung einer gleichen Ausstellung zum 1. Mai beauftragt. Sowohl C e l m s wie S c h w a l b e sind als alte Ulmanis-Anhänger in ganz Lettland bekannt, wobei Celms an vielen Verordnungen, die gegen das kulturelle Leben der deutschen Volksgruppe gerichtet waren, mitgewirkt hat. Prof. Schwalbe war früher bemüht, durch pseudowissenschaftliche Arbeiten den historischen Wert der deutschen Kulturarbeit in den baltischen Ländern herabzusetzen.

Schulen.

In den lettischen Schulen und Bildungsanstalten konnten in der letzten Zeit keine besonderen Veränderungen und Ereignisse festgestellt werden. Dagegen ist mit dem Aufbau der polnischen Schulen begonnen worden. Sie werden fast nur in Lettgallen eingerichtet; die polnischen Schulen haben nur 4 Klassen.

Den weissruthenischen Schulen, die in Lettgallen in grösserer Zahl entstanden sind, werden nach wie vor von den lettischen Behörden Schwierigkeiten bereitet. Die Auffassung der Letten, daß die Weissruthenen und ebenso die Russen sämtlich Kommunisten sind, trifft für die eingewohnte Bevölkerung nicht zu. Eine Ausnahme bilden die Angehörigen der russischen Sekte der Altgläubigen, die sich mit den "Ernstern Bibelforschern" vergleichen lassen. Typisch für das Verhalten der Letten ist, dass eine Anzahl von weissruthenischen Lehrern unbehelligt in lettischen Schulen gewirkt hatte, nun, da sie zu weissruthenischen Schulen übergangen, plötzlich als verdächtige Elemente denunziert werden. Die Errichtung bzw. Bestätigung der Schulen für die slavischen Bevölkerungsteile in Lettland wurde vom SD unterstützt, damit nicht noch stärkere slavische Blutseinflüsse auf Grund einer Lettisierung der Slaven in das lettische Volk hineinströmen.

K i r c h e n .

Die Unruhe innerhalb der ev. Geistlichkeit bezüglich der Zukunftsgestaltung der Kirche und der Kampf zwischen den Altkirchlichen und Reformlern unter den Geistlichen hält an. In Wolmar und Wenden sollen die dortigen Präbste von sich aus alle Neuerungspläne abgelehnt und die Pastoren gar nicht zusammengerufen haben. In Mitau, wo die neuen Projekte vorgelegt wurden, vertrat man den Standpunkt, dass nichts zu ändern sei. In Riga Stadt und Land, in Düna und Selburg soll sich eine knappe Mehrheit für das Projekt der Tscheibegruppe ergeben haben. Nach Meinung der Kreise um Tscheib sollen die letzten Stärkeverhältnisse den tatsächlichen Zuständen unter der gesamten ev. Geistlichkeit des Generalbezirks entsprechen. Es gibt oft heftige Zusammenstöße zwischen den Geistlichen, die an den Kampf zwischen der Bekenntnisfront und den Deutschen Christen im Reich erinnern.

Dr. Sanders sen., der Altmeister der "Lettischen Christen", ist in diesen Tagen in Riga eingetroffen und hat seinen Kampf gegen das jüdische Alte Testament und für eine arische Kirche begonnen. Der heutige Kampf unter den evangelischen Geistlichen dreht sich in der Hauptsache um Personalfragen. Die Altkirchlichen wollen die Autorität des Erzbischofs Theodor Grünberg stärken. Die Reformler wollen den Erzbischof als unter den Gläubigen bewährte Dekoration belassen und Prof. Kundsins, Sakarnis, Kulitis usw. die tatsächliche Leitung der Kirche in die Hand geben. Von den ev. Geistlichen haben sich 3 (Kraulis, Mangaud und Robeschniek) als Freiwillige zu den lettischen Schutzmannschaften gemeldet.

Ein erstes Schreiben des abgereisten Exarchen Metropoliten Sergej von Wilna an seinen Rigaer Mitarbeiter, den orth. Prof. Grimm (mit sehr interessanten Einblicken in die neue Tätigkeit des Sergej) konnte erfaßt werden. Dieser Brief ist eine weitere Bestätigung für die vom Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Litauen getroffene Feststellung: "Die Reden und Handlungen des Sergej verlaufen in einer

deutschfreundlichen Richtung. Sein Erscheinen ist geeignet, zur weiteren Entspannung und Beruhigung beizutragen." Der Rigaer orth. Generalvikar, Bischof Alexander von Modohn, fühlt sich als Rechtsnachfolger des Metropoliten Augustin Petersen. Unter Alexanders friedfertiger Hand haben sich die Zustände innerhalb der orth. Kirche normalisiert. Wohl versucht eine kleine Minderheit von Augustinanhängern noch immer, in den Vordergrund zu treten und wird dabei von allen national-lettischen Kreisen unterstützt. Die Mehrheit der russischen Gläubigen und auch ruhig gesinnte lettisch-orthodoxe Kreise sind mit der jetzigen Entwicklung sehr zufrieden.

Der röm.-kath. Bischof Ranzans, der sich mehrfach dahingehend geäußert hatte, dass die deutschen Stellen, z.B. die Sicherheitspolizei, wahllos kath. Priester einsperren und offenbar bei den Bolschewisten in die Schule gegangen seien, wurde sicherheitspolizeilich schärfstens verwahrt. Die Priester Waikulis und Juchnewitz, die gegen das wegen der Typhusepidemie erlassene Gottesdienstverbot im Dünaburger Kreise verstoßen hatten, wurden nach Abbüßung einer vierwöchigen Haft freigelassen.

Die national-lettischen Kreise, auch die Katholiken, drängen immer mehr darauf, die kath. Priester, die als politische Agitatoren für die polnische Sache sattem bekannt sind, in das Generalgouvernement abzuschieben. Die Seele dieser Bestrebungen der polnischen Aktivisten unter den Geistlichen ist der Rigaer Prof. Nowitzky.

W i r t s c h a f t .

In lettischen Wirtschaftskreisen kann man fast durchweg eine sehr pessimistische Stimmung feststellen. Die Übernahme aller Betriebe und Unternehmen der Ernährungswirtschaft, ausgenommen sind bisher die korporativen Unternehmungen, durch die Zentralhandelsgesellschaft Ost ab 1.4.d.Js. hat weiter den Eindruck vertieft, dass auch der letzte Betrieb in Lettland von irgendeiner Gesellschaft übernommen und damit die

Lösung der Eigentumsfrage einen weiteren Aufschub erfahren werde. Im Zusammenhang mit der Selbstverwaltung wird daher in Wirtschaftskreisen die Frage aufgeworfen, was den letzten Endes noch zum Verwalten übrig bleiben werde.

In Bezug auf die Reprivatisierung hat sich nichts geändert. Lettischerseits sind Bestrebungen im Gange, nach Möglichkeit auch die grosseren Einzelhandelsgeschäfte zurückzuerhalten, ebenso auch die grosseren Handwerksunternehmungen, die mehr als 20 Gefolgschaftsmitglieder beschäftigen.

Das Rigaer Sozialamt (Arbeitsamt), das dem Gebietskommissar unterstellt ist, wird von allen Seiten stark kritisiert. Deutsche Firmen klagen darüber, dass dringend benötigte Arbeitskräfte, die namentlich angefordert werden und frei sind, erst nach einigen Wochen zugeteilt werden.

Die Werbung von Arbeitskräften für das Reich wird durch die Furcht vor den englischen Bombenangriffen nachteilig beeinflusst. Die lettischen Arbeitskräfte werden namentlich in der Hauptsache nach Hamburg, Lübeck, Kiel vermittelt.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter wegen der geringen Lebensmittelration hat sich allmählich gelegt, da in letzter Zeit wieder mehr Schwerarbeiterzulagen genehmigt worden sind. Es wird allerdings scharf darauf geachtet, dass die zusätzlichen Nahrungsmittel nur über die Werkküchen verabreicht werden, damit diese Vergünstigung auch tatsächlich dem Arbeiter und nicht seiner Familie zugutekommt.

Landwirtschaft.

Bei den Bauern herrscht augenblicklich grösste Aufregung wegen der Einziehung von 10 000 Pferden für die Wehrmacht. Da der Bestand an Zugtieren durch den Krieg bereits erheblich zusammengeschmolzen ist, wird allgemein befürchtet, dass man nicht in der Lage sein wird, die Feldbestellung durchzuführen.

Die während der Bolschewistenzeit eingesetzten Junglandwirte, von denen 3000 als Landarbeiter ins Reich verpflichtet wurden, versuchen mit allen Mitteln, im Land zu bleiben.

194

In landwirtschaftlichen Kreisen hat eine Notiz der "Deutschen Zeitung im Ostland" vom 5. März erhebliche Unruhe verursacht. Es hiess dort, dass alle während der Bolschewistenzeit in Estland nationalisierten landwirtschaftlichen Anwesen an ihre einstmaligen Besitzer zurückzugeben seien. Man erhoffte für Lettland eine ähnliche Anordnung, deren Ausbleiben eine anhaltende Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

Ernährungslage.

Die allgemeine Ernährungslage wird durch das Ausbleiben verschiedener wichtiger Nahrungsmittel weiterhin negativ beeinträchtigt. So würde beispielsweise eine erhöhte Zuteilung von Gemüse und vor allem auch Kartoffeln einen Ausgleich für die mengenmässig niedrig gehaltenen Normalverbrauchersätze, die in Kürze nochmals reduziert werden, darstellen. Sämtliche Gemüsesorten sind jedoch in ungenügenden Mengen vorhanden und besonders der einheimischen Zivilbevölkerung kaum zugänglich. Die Aussichten, einen intensiveren Gemüseanbau zu betreiben, sind bis jetzt noch infolge des fehlenden Saatgutes in Frage gestellt.

Auf den hiesigen Märkten ist vor allem die Nachfrage nach marktfreien Nahrungsmitteln ausserordentlich gross, obwohl solche kaum zum Angebot gelangen. So wurden im Laufe der vergangenen Woche beispielsweise Fischabfälle, u.a. Köpfe von Strömlingen, zum Verkauf angeboten. Es wurde beobachtet, dass sich eine grosse Anzahl von Kaufinteressenten um den Kauf von Fischköpfen stritt, obwohl es sich hierbei lediglich um Abfallprodukte handeln dürfte, die früher nie begehrt waren.

Die Ernährungslage erfährt weiterhin durch den anhaltenden angestregten spekulativen Geschäftsgang mit Nahrungsmitteln einen grossen Abbruch. Der Erzeuger, der mit den angeordneten Preisen für seine Erzeugnisse äusserst unzufrieden ist, neigt mit Vorliebe dazu, auf spekulativem Wege Preisüberschreitungen zu begehen. In Erzeugerkreisen auf dem Lande hat die Ein-

führung von Schlachtkarten keine Befriedigung hervorgerufen. Die Gemeindeältesten erhielten den Auftrag, bekanntzugeben, daß fortan je Verbraucher pro Woche 800 gr Fleisch genehmigt seien. Eine diesbezügliche Bekanntmachung in der Tagespresse wurde unterlassen. Die Unzufriedenheit über die angeordnete Rationierung wird dadurch verstärkt, daß bekannt geworden ist, dass alle Selbsterzeuger im Reich in der gleichen Zeit 1060 gr Fleisch verbrauchen dürfen.

Es muss damit gerechnet werden, dass trotz Inkrafttretens des Schlachtverbotes ab 1.3.42 und trotz der Einführung der Schlachtkarte ein erhöhtes Schwarzschlachten eintreten wird.

Stand der sicherheitspolizeilichen Arbeit.

I. Festnahmen:

Es wurden festgenommen:

- 83 Personen wegen kommunistischer Betätigung,
 - 4 entflozene russische Kriegsgefangene,
 - 4 Personen wegen Verkehrs mit Kriegsgefangenen,
 - 3 Personen wegen Abhörens ausländischer Sender,
 - 5 Juden, darunter 3 wegen Diebstahls bei der Woll- und Pelzsammlung, und 2 Juden, die unberechtigt außerhalb des Ghettos lebten,
 - 1 Person wegen Sp.-Verdachtos.

100 Personen insgesamt.

II. Kommunismus und Marxismus.

In Frauenburg wurde eine illegal arbeitende MOPR-Zelle aufgedeckt. Sichergestellt wurden ein neugefertigter Stempel und Aufnahmeformulare. Bisher konnten 4 Personen festgenommen werden.

In Prekultn, Kr. Libau, wurde eine Organisation, deren Ziel der Aufbau einer kommunistischen Partisanengruppe war, festgestellt. Die Angehörigen der Organisation hatten die Absicht, sich nach Eintritt der warmen Jahreszeit in den Wäldern aufzuhalten, um von dort aus Sabotageakte durchzuführen. Bisher wurden 8 Personen festgenommen. Die Ermittlungen sind noch im Gange.- Ferner wurde der Expedient Janis Bergmanis festgenommen. B. ist in seiner

vorgefundenen Personalakte und in seinem Lebenslauf als äußerst aktiver Kommunist bezeichnet. 1918 - 1920 gehörte er der 'Roten Armee' an und hat bei Riga an den Kämpfen gegen die Deutschen teilgenommen. 1920 wurde er vom lettischen Kriegsgericht der Nachrichtenübermittlung an die 'Rote Armee' und kommunistische Organisationen beschuldigt. Ihm drohte die Todesstrafe. Nur auf Grund des lettisch-sowjetischen Friedensvertrages wurde er begnadigt.

In Dünaburg wurden 7 Kommunisten, die sich im Sommer 1941 an der Erschießung notgelandeter deutscher Flieger beteiligt hatten und 2 kranke, nicht mehr arbeitsfähige Juden exekutiert.

Am 19.3.1942 wurden bei Puce, Kr. Windau, 3 Fallschirmspringer, darunter eine Frau, festgenommen. Es handelt sich um lettische Staatsangehörige. Diese Personen sind mit einem Flugzeug vom Flugplatz Bolgajos (Rußland) aufgestiegen und in der Gemeinde Puce mit Fallschirmen abgesprungen. Bei ihnen wurden ein Sendegerät, zwei Pistolen -Kal.7,65 mm - Munition, Sprengstoff und Proviant vorgefunden.

Auf den fahrenden Eisenbahnzug Nr. 252 Pleskau-Abrene wurde in der Gegend von Piragi durch Entzündung eines Sprengkörpers ein Anschlag verübt. Durch die Explosion wurde der Boden eines Eisenbahnwagens und die Fensterscheiben beschädigt.

In der Nacht zum 21.3.1942 beobachteten die Brückenwachen in Riga-Strand, dass in den Gemeinden Holmhof, Pinkenhof und Bileringshof, Kr. Riga-Land, weiße und grüne Leuchtraketen abgeschossen wurden. Die Fahndung nach den Tätern verlief zunächst ergebnislos. Da auch in anderen Orten des Kreises Leuchtraketen beobachtet wurden, bestand die Vermutung, dass Fallschirmspringer abgesetzt worden waren. Bei der anschliessend durchgeführten Razzia erhielten die Streifen aus einem aus der Vorkriegszeit stammenden Schützengraben lebhaftes Pistolenfeuer. Der Aufforderung, sich zu ergeben, leisteten die drei Fallschirmspringer keine Folge, sondern warfen mit Handgranaten. Nach kurzem Feuergefecht sind sie erschossen worden. Bei einem der Erschossenen wurde ein modernes englisches Sendegerät nebst Code gefunden. Bei den Toten handelt es sich um zwei Letten und einen Russen. In sechs vorgefundenen Rucksäcken wurden Wäsche, Bekleidungsstücke, Medikamente, Verpflegung, Kartenmaterial und Munition gefunden.

Bei der Besichtigung des Kampfplatzes am 22.3.42 konnten in unmittelbarer Nähe 4 gut im Schnee versteckte Fallschirme geborgen werden.

Am 26.3.42 wurde der Gefangenenaufseher Boris M a j o r o v festgenommen, da er Angehöriger eines NKWD-Vernichtungsbataillons gewesen war. Er hat an Durchsuchungen, Festnahmen und Erschiessungen teilgenommen. Mit seiner Einheit flüchtete er über Narwa nach Petersburg und wurde am Ladogasee am Newa-Ufer zur Erkundung deutscher Stellungen eingesetzt. Er will sich freiwillig in deutsche Gefangenschaft begeben haben und wurde dem Kriegsgefangenenlager Riga überstellt. Dort meldete er sich freiwillig zum Dienst in der Deutschen Wehrmacht. Er wurde in lettische Uniform eingekleidet und zur Bewachung russischer Kriegsgefangener zugeteilt. Bei seiner Vernehmung gab er sämtliche Straftaten zu.

In Riga wurde am 24.3.42 in einem Hausbriefkasten ein in lettischer Sprache durch Schreibmaschine hergestellter Aufruf vorgefunden:

"Öffnet die Augen, Letten!

Genügend haben wir den Deutschen gedankt und die Hände für die verabfolgte "Freiheit" geküsst.

Diese deutschen Bettler haben uns bis zum Letzten ausgeplündert und empfangen hier sowie in Deutschland zweimal soviel Lebensmittel wie wir!

Gleich den Bolschewisten führen diese Untiere unsere Landsmänner weg, und verschicken dieselben entweder nach Deutschland oder an die sowjetische Kriegsfront. Während die Bolschewisten aber Junge sowie Alte verschleppten, rauben uns diese deutschen Befreier unmittelbar die Blüte unseres Volkes - die Jugend!

Die Straßen unserer Hauptstadt sind mit den Namen Plettenberg und Goltz geschmückt, auf dass wir beständig an die Zeit, wo uns die deutschen Barone zu

198

Sklaven machen wollten, erinnert werden. 700 Jahre haben sie uns gefoltert und geschlagen und nun wird wahrscheinlich auf Anregung des General Dankers die Körperstrafe auf's neue eingeführt.

Die letzte Anordnung der Metallaktion und die Alkoholeinschränkung bezeugen hell und klar, dass die Deutschen "Bankrott" gespielt haben und sich ängstigen, dass ihre Soldaten in trunkenem Zustande die schlechte Lage an der Front und im "Vaterlande" verraten.

Letten, unsere Stunde hat nunmehr geschlagen!

Viele von uns sind bereits in die Reihen der Partisanen getreten! Tut desgleichen! Wer aber nicht zur Waffe greifen kann, soll sich bemühen, die deutschen Pläne, wo nur irgend möglich, zu sabotieren. Hindert in den Fabriken und den Werkstätten der Stadt und des Landes die deutsche Arbeit, da der Tag nicht mehr weit ist, wo uns die Amerikaner, angreifend von den Inseln Englands, von dem Joch der Deutschen befreien werden."

- Am 10.3.42 wurde auf den Vertreter des Bezirkschefs von Aglona (Lettgallen) eine Handgranate geworfen, die keinen Schaden anrichtete. Der Vertreter des Bezirkschefs von Aglona hat sich an den zur Bekämpfung der Partisanen getroffenen sicherheitspolizeilichen Maßnahmen eifrig beteiligt. Vermutlich stammt der Täter aus Partisanenkreisen.

Es sollen sich etwa 30 Personen in gut ausgebauten Unterständen in den naheliegenden Wäldern von Aglona verborgen halten.

Auf Veranlassung der Außenstelle Dünaburg wurde von der Wehrmacht ein Flugzeug über die Gegend von Aglona entsandt, um die Gegend aufzuklären. Vom Flugzeug aus konnte beobachtet werden, daß:

- 1.) die Umgegend von Aglona mehr Waldbestand aufweist, als in den Karten verzeichnet ist,
- 2.) sich in den Wäldern eine große Anzahl von Gebäuden befindet,
- 3.) sich an einigen Punkten, besonders Höhe 179 und 182, auffallend viel Menschen aufhielten.

Während des Fluges wurde die Maschine mit MG-Feuer beschossen, wurde aber nicht getroffen.

Die kommunistische Tätigkeit in Lettland nimmt erheblich zu. Nach wie vor sind die Hauptgründe für eine aktive kommunistische Propaganda die Diskussionen der Lohnfragen, die Wohnungs- bzw. Mitsverhältnisse und die herabgeminderte Lebensmittelrationierung. Die illegal arbeitenden Kommunisten tarnen sich hinter national-lettischen Parolen wie z.B.: "Tretet nicht in die Schutzmannschaften ein, lasst euch nicht ins Reich verschicken, bleibt in Lettland und arbeitet hier für eine bessere und schönere Zukunft eures Volkes."

Durch den Aufbau eines Netzes von Vertrauenspersonen und sorgfältiger Überwachungsarbeit wurden die Ermittlungen gegen eine grössere kommunistische Gruppe vorwärts getrieben. Das Bild über den Kreis der illegal tätigen Kommunisten und ihrer Organisationen rundet sich immer mehr ab. Es sind bereits Verbindungen zu Sabotagegruppen und organisierten Trupps entfloher russischer Kriegsgefangener festgestellt worden. Sobald die Vorermittlungen zum Abschluß gekommen sind, wird schlagartig zugegriffen werden. Bei der Aufrollung des Gesamtkomplexes wird es voraussichtlich gelingen, eine illegale Flugblattdruckerei auszuheben.

Insbesondere treiben die Kommunisten mit folgenden Argumenten in der Wirtschaft Propaganda:

"Zur Bolschewistenzeit brauchtet ihr weniger zu arbeiten und verdientet mehr Geld. Die Deutschen steigern die Preise und zahlen euch niedrigere Löhne."

V e r s c h i e d e n e s .

In der Berichtszeit wurden insgesamt 1 272 Personen exekutiert, davon 983 Juden, die ansteckende Krankheiten hatten oder derart alt und gebrechlich waren, daß sie für einen Arbeitseinsatz nicht mehr infrage kamen, 71 Zigeuner, 204 Kommunisten und weitere 14 Juden, die sich verschiedener Vergehen und Verbrechen schuldig gemacht hatten.

Einsatzgruppe B:

Standort: Smolensk.

Allgemeine Lage. (23.4.1942)

In Orel Flüsse Oka und Orlik über Ufer getreten. Weite Teile der Stadt überflutet. Heute nach 03 00 Uhr höchster Wasserstand. Kommandoquartier vom Wasser umgeben. Höhe bis 1 Meter. Die meisten Straßen in den Stadtvierteln unpassierbar. 2000 Einwohner umquartiert. Hochwasser seit vielen Jahren nie so hoch. Pioniere sprengen seit 2 Tagen das Eis der Flüsse. Wasserspiegel seit 18 00 Uhr im Sinken. Verlassen des Kommandoquartiers nur zu Pferde oder Boot möglich. Boot vor Wochen beschafft. Straße nach Briansk und Karatschew unpassierbar. Sonnentemperatur heute mittag in Smolensk 48 Grad Wärme.

201

Einsatzgruppe C:

=====

Standort: K i e w .

Einzelmeldungen:

Kiew

1. In verschiedenen Dörfern im Bereich des Kdrs. der Sipo u.d.SD in Kiew hatten sich im Laufe des vergangenen Winters eine ganze Anzahl entwichener Kriegsgefangener angesiedelt, von denen seit Anfang April bereits 33 Mann ergriffen werden konnten. Bei den Vernehmungen wurde festgestellt, daß sich fast alle mehr oder weniger aktiv als Partisanen betätigt haben.
2. Am 14.4.42 nahm der Kdr. der Sipo u.d.SD in Kiew ein langjähriges Mitglied der KP fest. Dieser Mann war früher bei der Tscheka tätig und hatte später das Amt eines Richters inne. Als geheimer Mitarbeiter des NKWD hat er viele Ukrainer denunziert.
3. Um die gleiche Zeit wurde ein Ukrainer festgenommen, der als NKWD-Mitarbeiter vor dem Einmarsch der deutschen Truppen aus Kiew geflüchtet war. Einige Zeit später kehrte er jedoch wieder zurück mit dem Auftrage, für das NKWD illegal weiterzuarbeiten.
4. Bei einer Werbestelle meldete sich der Ukrainer L u g i n a zum Einsatz nach Deutschland. Er wurde von einem V-Mann des Kdrs.d.Sipo u.d.SD in Kiew als alter Kommunist erkannt und dem Gefängnis zugeführt. Er war früher Milizkommandant und seit 1928 Parteisekretär. Auf sein Konto fällt die Verschickung vieler unschuldiger Personen nach Sibirien.

5. Der Ukrainer D o b r o w o l s k y war seit 1922 führend in der russ. Miliz tätig und später einige zeitlang Angestellter des NKWD. In dieser Eigenschaft hat er viele Volksdeutsche in die Verbannung geschickt. Er wurde jetzt wegen deutschfeindlicher Propaganda und kommunistischer Wühlarbeit vom Kdr.d.Sipo u.d.SD in Kiew festgenommen.
6. In Kostowzi wurde ein alter Kommunist und NKWD-Zuträger ergriffen, dem vorgeworfen wurde, mit drei weiteren Personen eine Bande gebildet zu haben, die führende Personen in deutschen Dienststellen beseitigen sollten. Die Ermittlungen in dieser Sache sind noch nicht abgeschlossen.
7. In Kiew wurde ein früherer NKWD-Mitarbeiter beim Plündern einer Wohnung angetroffen und festgenommen. Eine bei ihm vorgenommene Haussuchung förderte u.a. drei sowjetische Fahnen zutage, die er nach seinen eigenen Angaben für eine evtl. Rückkehr der Sowjets aufbewahrt hatte.

Ein kommunistischer Funktionär aus Horosbje, Bez. Kiew, der vor dem Einmarsch der deutschen Truppen die Einwohnerschaft seines Heimatortes aufgefordert hatte, Maschinen- und Getreidevorräte zu vernichten, wurde gleichfalls festgenommen. Ihm wurde ausserdem nachgewiesen, deutschfreundliche Ukrainer mißhandelt zu haben.

Am gleichen Tage erfolgte durch den Kdr. d.Sipo u.d.SD in Kiew die Festnahme zweier alter KP-Mitglieder, von denen einer an der Sprengung der Eisenbahnbrücke in Kiew aktiv teilgenommen hatte.

Shitomir

8. In Shitomir ergriff der dortige Kdr.d.Sipo u.d.SD Maßnahmen gegen eine Gruppe von etwa 40 Personen, die seit längerer Zeit mit der Gründung von geheimen Partisanenkommandos beschäftigt war. Der Führer dieser Gruppe wurde in seiner Wohnung, in der regelmäßig Versammlungen und Besprechungen der Partisanen stattfanden, ergriffen.

In der Nacht zum 4.4.42 wurde in Radomyschl (Kdr.d.Sipo u.d.SD Shitomir) ein Flugblatt aufgefunden, das mit "Radomyschler Aufstandskomitee" unterschrieben war und u.a. die Sätze enthielt:

"Die Deutschen sind nur gekommen, um zu rauben und zu vernichten. Versprecht heute vor Gott, daß Ihr Euer Leben einsetzen werdet, um Euch selbst und Eure Kinder vor der Faschistenbande zu schützen. Schärft die Beile und die Sensen, macht die Gabeln fertig. Nach dem Aufruf zu den Waffen brecht den deutschen Menschenfressern ohne Rücksicht die Rippen. Nieder mit den Faschisten, es lebe die Sowjetunion".

Zu der Festnahme von 13 Mitgliedern einer Geheimorganisation in Popelnja, die sich u.a. zur Aufgabe gemacht hatte, eine in Popelnja liegende slowakische Einheit zu überfallen und zu entwaffnen und das dortige Munitionslager nach Beseitigung der deutschen Wachmannschaft in die Luft zu sprengen, berichtet der Kdr.d.Sipo u.d.SD in Shitomir noch folgendes:

Die Führer der Geheimorganisation waren
H o m e n j u k als Leiter,
Eugen R o m a n t s c h u k als Werber und Organisator und
Peter L e b e d i j e w s k i y j als stellv. Leiter.

204

Nach ihren Aussagen wollten sie von dem Führer in Popelnja ansässigen Lehrer K r a s c h n o s c h o k und von einem sowjetischen Oberleutnant mit Vornamen Wasil den Auftrag erhalten haben, eine Partisanengruppe zu bilden. Die Fahndungen nach diesen Auftraggebern sind eingeleitet. Zwei der Haupträdelführer wurden auf einem öffentlichen Platze erhängt.

Weiterhin wurden in Makejewka ein Politruck, der im Besitz falscher Ausweise war und sich als Partisan betätigt hatte, ein NKWD-Agent, der handgeschriebene Flugblätter mit deutschfeindlichen Aufrufen an verschiedene Haustüren geklebt hatte, ein kommunistischer Agitator, der zur Bildung von Partisanengruppen aufgefordert hatte, sowie der ehem. Vorsitzende der Kollektivs in Selidowka festgenommen, der u.a. geäußert hatte, er würde dem Führer den Kopf abschlagen und ihn Stalin übergeben.

Tschernigow

9. Vom Kdr.d.Sipo u.d.SD in Tschernigow werden die Festnahmen eines kommunistischen Funktionärs, eines Kommandeurs eines Vernichtungsbataillons und 4 weiterer Personen, in deren Besitz sich Waffen befanden, gemeldet. Ausserden wurden in der näheren Umgebung von Tschernigow 5 NKWD-Angehörige und 20 Personen festgenommen, die verschiedenen Partisanengruppen angehört hatten.
10. Im Dorfe Swiin wurden der Bürgermeister und zwei andere Personen in das Gefängnis eingeliefert, da sie fortgesetzt deutschfeindliche Äusserungen getan und die Bevölkerung des Dorfes gegen die deutsche Wehrmacht aufgehetzt hatten.
11. Seit einiger Zeit beobachtete der Kdr.d.Sipo u. d.SD in Tschernigow in verschiedenen Orten Zu-

205

wanderungen von Personen. Bei Nachprüfungen stellte sich heraus, daß sie in ganz anderen Gegenden beheimatet waren. Ähnlich wie vor einiger Zeit im Ort Repki wurden im Rayon Beresna schlagartig alle diese Personen aufgegriffen, wobei sich ergab, daß es sich grösstenteils um geflüchtete Kriegsgefangene handelte. Insgesamt wurden 167 Personen wegen Verdachts der Verbindung zu Partisanengruppen festgenommen.

12. In Krementschug wurde ein Mann festgenommen, der vom September 1941 bis jetzt als Bürgermeister eingesetzt war und der fortwährend Diebstähle und Plünderungen ausgeführt hatte. Bei der Vernehmung ergab sich, daß dieser Mann früher ein aktiver Kommunist war und als Henker des NKWD über 100 Menschen ermordet hatte.

Dnjepropetrowski 13. In Dnjepropetrowsk nahm der Kdr. d.Sipo u.d.SD 89 KP-Mitglieder, Agitatoren, Funktionäre und Angehörige eines Verschickungskomitees fest.

Stalino

14. Das EK 6 ergriff in Stalino 15 kommunistische Aktivisten, die deutschfeindliche Flugblätter verteilt, unwahre Nachrichten unter der Bevölkerung verbreitet, vor dem Einrücken der deutschen Truppen zum Widerstand aufgerufen hatten und an der Wegschaffung landwirtschaftlicher Maschinen beteiligt waren.
15. Das EK 6 nahm in Stalino einen Politruk, einen Partisanenführer und 4 NKWD-Agenten fest, von denen einer deutschfeindliche Aufrufe verfaßt und verbreitet hatte.

Rowno

16. Nach einer Meldung des Kdrs.d.Sipo u.d.SD in Rowno wurden aus dem Eisenbahnzug Kowel-Solbunow Flugblätter in 5 verschiedenen Ausführungen herausgeworfen, die kommunistische Hetzpropaganda

206

und Aufforderungen zu Partisanentätigkeit enthielten. In Jarmolinzi wurden zwei verschiedene selbstgefertigte, an Telefonmasten angeklebte Flugblätter kommunistischen Inhalts erfaßt.

17. Kommandeur d.Sipo u.d.SD in Rowno ergriff in der Gegend von Nowo-Labun im Kreisgebiet Schepetowka vier ortsfremde Personen, in deren Besitz sich falsche Papiere, gefälschte Stempelabdrucke, Karten der UdSSR, Skizzen und Teile einer anzufertigenden Bohrmaschine, Gewehrmunition und eine Büchse mit Pulver befanden.

Ukrainische Widerstandsbewegung:

Nikolajew

In dem Dorfe Besserewodka (Kdr.d.Sipo u.d.SD in Nikolajew) wurde gegenüber einer deutschen Polizeiwache ein handgeschriebenes Flugblatt der Bandera-Bewegung gefunden, das zum "Kampf gegen die Okkupation" aufrief.

Sabotage- und Arbeitsniederlegung:

Kiew

Eine Fliegerhorstkompanie überstellte dem Kdr. d.Sipo u.d.SD in Kiew am 10.4.42 den Führer der ukrainischen Horstmiliz Penoherschewski. P. hatte versucht, den Ausbau des Fliegerhorstes dadurch zu sabotieren, daß er die dort beschäftigten Arbeiter zur Arbeitsniederlegung aufforderte und ihnen bei der Flucht behilflich war. Ukrainische Wachmänner beurlaubte er ohne Erlaubnis der Horstkompanie in der Absicht, die ausreichende Bewachung des Fliegerhorstes infrage zu stellen. Er wird ausserdem verdächtigt, sich darum bemüht zu haben, eine genaue Anzahl der Ski-Ausrüstungen zu erfassen.

Abwehr:

Nikolajew

In Nikolajew wurde ein Major der Roten Armee in das Gefängnis eingeliefert, der mit dem Fallschirm hinter den deutschen Linien abgesprungen war. Nach seinen Angaben sollten weiter 150 Offiziere der Roten Armee abgesprungen sein, um in den von den Deutschen besetzten Gebieten Spionage zu treiben, Widerstand für die deutsche Wehrmacht zu organisieren und Sabotageakte auszuführen.

In Kremenschug wurden in der Umgebung Saporoshje 4 Studenten und 1 Studentin festgenommen, die mit zwei Funkgeräten versehen waren und den Auftrag hatten, die Moskauer Sendungen unter der Bevölkerung zu verbreiten und Truppenbewegungen den Sowjets durch Funk bekannt zu geben.

Shitomir

In der Nähe des Dorfes Trokowitsch (Bereich des Kdrs. d.Sipo u.d.SD in Shitomir) wurden Flugblätter gefunden, die handgeschrieben in ukrainischer Sprache verfaßt und u.a. folgende Sätze enthielten: "Patrioten der Ukraine, helft der Roten Armee und den Partisanen. Sammelt Nachrichten über feindliche Kräfte und über den Nachschub und übergibt sie den Partisanen oder den Regimentern der Roten Armee, zerstört die Telefonverbindungen des Feindes, zerstört die deutschen Autotransporte, nehmt ihnen die Gewehre weg und wendet sie gegen die Deutschen selbst an. Wenn ihr keine Gewehre bekommt, greift zu den Beilen, Forken und Kreuzhacken, organisiert Hockenschützen und überfällt die feindlichen Soldaten".

Einsatzgruppe D:

Standort: Simferopol.

In Auswirkung der Bestimmungen zur Auflockerung der Kollektivwirtschaft wurde für den Bereich der Krim von der Armee verfügt, daß den Einwohnern, die sich für die deutschen Belange besonders einsetzen, Land zugeteilt wird.

BI b
188-195

BIb
188-195